



LANDESKRIMINALAMT
NIEDERSACHSEN



BEFRAGUNG
ZU SICHERHEIT
UND KRIMINALITÄT



Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen 2025

Bericht zu Kernbefunden der Studie



Niedersachsen

Mai 2026



Empfohlene Zitation: Rollwage, Johannes; Bosold, Viktoria; Gluba, Alexander (2026): Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen 2025 – Bericht zu Kernbefunden der Studie. Hannover: Landeskriminalamt Niedersachsen.

Landeskriminalamt Niedersachsen
Forschung, Prävention und Jugend (FPJ)
Am Waterlooplatz 11
30169 Hannover
Tel. 0511 / 9873-1203
fpj@lka.polizei.niedersachsen.de

Nachdruck und sonstige Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe des
Landeskriminalamtes Niedersachsen

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

Sicherheit ist ein zentrales Grundbedürfnis der Menschen. Sie beeinflusst unser tägliches Leben, unser Vertrauen in den Rechtsstaat und das gesellschaftliche Miteinander. Um dieses Sicherheitsgefühl zu erhalten und zu stärken, ist es von entscheidender Bedeutung, nicht nur die polizeilich erfasste Kriminalität im Blick zu haben, sondern auch das, was darüber hinausgeht: das sogenannte Dunkelfeld. Was wird der Polizei nicht gemeldet? Was wird nicht bekannt? Und warum?

Mit der „Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen“ führt das Landeskriminalamt Niedersachsen bereits zum sechsten Male eine umfassende Erhebung durch, die genau dort ansetzt. Sie ermöglicht es, Kriminalitätswahrnehmungen, Erfahrungen mit Straftaten, das Anzeigeverhalten, die Bewertung der Polizeiarbeit und das persönliche Sicherheitsgefühl der Menschen in Niedersachsen systematisch zu erfassen.

Solche Einblicke sind unverzichtbar für eine moderne, bürgernahe und evidenzbasierte Kriminalitätsbekämpfung. Denn sie geben uns als Polizei nicht nur Aufschluss über das tatsächliche Ausmaß der Kriminalität jenseits der offiziellen Statistik, sondern auch darüber, wie sicher sich die Menschen fühlen. Wir haben durch solche Studienergebnisse sowohl die Möglichkeit, die tatsächliche Lage vollständiger zu verstehen, als auch einen wichtigen Einblick in die gefühlte Lage zu erlangen.

Die Ergebnisse der „Befragung zu Sicherheit und Kriminalität“ helfen uns, gezielter auf Sorgen und Bedürfnisse der Bevölkerung einzugehen, Präventionsmaßnahmen weiterzuentwickeln und die Polizeiarbeit noch stärker auf die Lebensrealitäten der Menschen in Niedersachsen abzustimmen. Zugleich leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Transparenz und zur Stärkung des Vertrauens in unsere Institutionen.

Erstmals bestand für die Befragten die Möglichkeit, ihre Antworten online abzugeben. Wir bieten damit noch mehr Menschen die Chance, möglichst einfach und problemlos an der Befragung teilzunehmen, was sich in einer weiterhin hohen und sogar gestiegenen Rücklaufquote ausdrückt.

Ich danke dem Team in meinem Hause, das die Studie umgesetzt hat, sowie allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich an dieser Befragung beteiligt haben, für ihre Offenheit und Bereitschaft, einen wertvollen Beitrag für mehr Sicherheit in unserem Land geleistet zu haben.



Thorsten Massinger

Präsident des Landeskriminalamtes Niedersachsen

Inhaltsverzeichnis

SCHLAGLICHTER	1
1 Ausgangssituation	2
2 Erhebung	5
2.1 Erhebungsmethode	5
2.2 Stichprobenziehung.....	5
2.3 Erhebungsinstrument.....	6
2.4 Feldphase.....	7
2.5 Referenzzeitraum	8
2.6 Auswertung	8
3 Stichprobenbeschreibung.....	10
3.1 Wohnort	10
3.2 Alter	13
3.3 Geschlecht	13
3.4 Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund	13
3.5 Haushaltsgröße und Kinder im Haushalt	14
3.6 Bildung und Erwerbstätigkeit	14
3.7 Wirtschaftliche Lage	15
3.8 Politische Einstellung.....	15
4 Ergebnisse.....	16
4.1 Leben in Niedersachsen	16
4.1.1 Wohndauer.....	16
4.1.2 Nachbarschaftsqualität	17
4.1.3 Nachbarschaftsintensität.....	19
4.2 Kriminalitätsfurcht	21
4.2.1 Raumbezogenes Unsicherheitsgefühl	22
4.2.2 Allgemeine Kriminalitätsfurcht (affektive Dimension).....	27
4.2.3 Persönliche Risikoeinschätzung (kognitive Kriminalitätsfurcht)	33
4.2.4 Schutz- und Vermeidungsverhalten (konative Dimension der Kriminalitätsfurcht).....	38
4.2.5 Subjektive Fähigkeit zur Vermeidung von Angriffen	46
4.2.6 Soziale Kriminalitätsfurcht.....	47
4.3 Kriminalitätsbelastung	53
4.3.1 Opferwerdung.....	53
4.3.2 Anzeigeverhalten.....	66
4.3.3 Nichtanzeigegründe und Tatfolgen	77
4.3.3.1 Nichtanzeigegründe	77
4.3.3.2 Nutzung der Online-Wache	79

4.3.3.3	Folgen der Tat	79
4.4	Bewertung der Polizei	84
4.4.1	Beurteilung der allgemeinen Polizeiarbeit	84
4.4.2	Eigenschaften der Polizei	89
4.4.3	Vertrauen in die Polizei	94
4.4.4	Polizeikontakt.....	98
5	Zusammenfassung.....	103
6	Literaturverzeichnis	109

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Angeschriebene Personen nach Verwaltungseinheit.....	6
Tabelle 2: Rücklauf und Grundgesamtheit nach Landkreisen / kreisfreien Städten	10
Tabelle 3: Rücklauf und Grundgesamtheit nach Polizeidirektionen	12
Tabelle 4: Rücklauf und Grundgesamtheit nach Ortsgrößenklassen.....	12
Tabelle 5: Rücklauf und Grundgesamtheit nach Altersgruppen	13
Tabelle 6: Rücklauf und Grundgesamtheit nach Geschlecht	13
Tabelle 7: Rücklauf und Grundgesamtheit nach Haushaltsgröße	14
Tabelle 8: Rücklauf und Grundgesamtheit nach höchstem Bildungsabschluss.....	15
Tabelle 9: Einzelaspekte des raumbezogenen Unsicherheitsgefühls in Prozent.....	23
Tabelle 10: Einzelaspekte des raumbezogenen Unsicherheitsgefühls nach Ortsgrößen in Prozent („eher unsicher“ und sehr unsicher“)	25
Tabelle 11: Einzelaspekte des raumbezogenen Unsicherheitsgefühls nach ausgewählten Altersgruppen in Prozent („eher unsicher“ und sehr unsicher“)	25
Tabelle 12: Einzelaspekte des raumbezogenen Unsicherheitsgefühls nach Geschlecht und Migrationshintergrund in Prozent („eher unsicher“ und sehr unsicher“).....	26
Tabelle 13: Einzelaspekte des raumbezogenen Unsicherheitsgefühls nach politischer Einstellung in Prozent („eher unsicher“ und sehr unsicher“).....	27
Tabelle 14: Einzelaspekte der allgemeinen Kriminalitätsfurcht in Prozent.....	29
Tabelle 15: Index der allgemeinen Kriminalitätsfurcht nach Soziodemographie in Prozent	32
Tabelle 16: Einzelaspekte der persönlichen Risikoeinschätzung in Prozent	34
Tabelle 17: Index der persönlichen Risikoeinschätzung nach Soziodemographie in Prozent.....	37
Tabelle 18: Einzelaspekte des Schutz- und Vermeidungsverhaltens in Prozent	39
Tabelle 19: Index des Vermeidungsverhaltens nach Soziodemographie in Prozent	42
Tabelle 20: Tragen von Messern und anderen Gegenständen zur Eigensicherung nach Soziodemographie in Prozent.....	45
Tabelle 21: Einzelaspekte der subjektiven Fähigkeit zur Vermeidung von Angriffen in Prozent	46
Tabelle 22: Bewertung von Kriminalität als Problem in Niedersachsen nach Soziodemographie in Prozent	49
Tabelle 23: Bewertung der Entwicklung der Kriminalitätslage in Niedersachsen nach Soziodemographie in Prozent..	51
Tabelle 24: Opferwerdung im Jahr 2024 nach Geschlecht und Alter in Prozent.....	55
Tabelle 25: Anzeigequoten im Jahr 2024 in Prozent	68
Tabelle 26: Kriminalitätsfurcht nach Opferwerdung im Jahr 2024 in Prozent ([eher] hoch).....	83
Tabelle 27: Einzelaspekte der Bewertung der allgemeinen Polizeiarbeit in Prozent.....	85
Tabelle 28: Index der Bewertung der allgemeinen Polizeiarbeit nach Soziodemographie in Prozent	87
Tabelle 29: Einzelaspekte der Bewertung von Eigenschaften der Polizei in Prozent	89
Tabelle 30: Index der Bewertung von Eigenschaften der Polizei nach Soziodemographie in Prozent.....	92
Tabelle 31: Einzelaspekte der Bewertung des Vertrauens in die Polizei und den Rechtsstaat in Prozent	94
Tabelle 32: Index der Bewertung des Vertrauens in die Polizei und den Rechtsstaat nach Soziodemographie in Prozent	97
Tabelle 33: Verhalten der Polizei beim letzten Kontakt in Prozent	102

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Wohndauer nach Jahren in Prozent	17
Abbildung 2: Baulich-räumliche Qualität der Nachbarschaft nach Jahren in Prozent	18
Abbildung 3: Ordnung und Sauberkeit der Nachbarschaft nach Jahren in Prozent	19
Abbildung 4: Nachbarschaftsintensität nach Jahren in Prozent	20
Abbildung 5: Einzelaspekte des raumbezogenen Unsicherheitsgefühls nach Jahren in Prozent („eher unsicher“ und „sehr unsicher“)	24
Abbildung 6: Index der allgemeinen Kriminalitätsfurcht nach Jahren in Prozent	28
Abbildung 7: Index der persönlichen Risikoeinschätzung nach Jahren in Prozent	33
Abbildung 8: Schutz- und Vermeidungsverhaltens nach Jahren in Prozent („häufig“ oder „immer“)	40
Abbildung 9: Bewertung von Kriminalität als Problem in Niedersachsen nach Mediennutzung in Prozent ([eher] problematisch)	50
Abbildung 10: Bewertung der Entwicklung der Kriminalitätslage in Niedersachsen nach Mediennutzung in Prozent ([eher] verschlechtert)	52
Abbildung 11: Opferwerdung insgesamt nach Jahren in Prozent	54
Abbildung 12: Opferwerdung nach Deliktgruppen nach Jahren in Prozent	58
Abbildung 13: Opferwerdung für Diebstahlsdelikte nach Jahren in Prozent	61
Abbildung 14: Opferwerdung für computerbezogene Delikte nach Jahren in Prozent	62
Abbildung 15: Opferwerdung für Körperverletzungsdelikte nach Jahren in Prozent	63
Abbildung 16: Opferwerdung für Sachbeschädigungs- und Bedrohungsdelikte nach Jahren in Prozent	64
Abbildung 17: Opferwerdung für Sexualdelikte nach Jahren in Prozent	65
Abbildung 18: Opferwerdung für Social-Media-Delikte nach Jahren in Prozent	66
Abbildung 19: Anzeigequote insgesamt nach Jahren in Prozent	67
Abbildung 20: Anzeigequote nach Deliktgruppen nach Jahren in Prozent	71
Abbildung 21: Anzeigequote von Diebstahlsdelikten nach Jahren in Prozent	72
Abbildung 22: Anzeigequote von computerbezogenen Delikten nach Jahren in Prozent	73
Abbildung 23: Anzeigequote von Körperverletzungsdelikten nach Jahren in Prozent	74
Abbildung 24: Anzeigequote von Sachbeschädigungs- und Bedrohungsdelikten nach Jahren in Prozent	75
Abbildung 25: Anzeigequote von Sexualdelikten nach Jahren in Prozent	76
Abbildung 26: Anzeigequote von Social-Media-Delikten nach Jahren in Prozent	77
Abbildung 27: Nichtanzeigegegründe im Jahr 2024 in Prozent	78
Abbildung 28: Formen der Belastung in Folge einer Opferwerdung in Prozent	80
Abbildung 29: Inanspruchnahme professioneller Unterstützungsangebote in Folge einer Opferwerdung in Prozent..	82
Abbildung 30: Schutz- und Vermeidungsverhalten nach Opferwerdung im Jahr 2024 in Prozent („häufig“ und „immer“)	83
Abbildung 31: Einzelaspekt der Bewertung der allgemeinen Polizeiarbeit nach Jahren in Prozent	86
Abbildung 32: Index der Bewertung der allgemeinen Polizeiarbeit nach Mediennutzung in Prozent (eher gut und gut)	88
Abbildung 33: Einzelaspekte der Bewertung von Eigenschaften der Polizei nach Jahren in Prozent	90
Abbildung 34: Index der Bewertung von Eigenschaften der Polizei nach Mediennutzung in Prozent (eher gut und gut)	93
Abbildung 35: Einzelaspekte der Bewertung des Vertrauens in die Polizei und den Rechtsstaat nach Jahren in Prozent	95

Abbildung 36: Index der Bewertung des Vertrauens in die Polizei und den Rechtsstaat nach Mediennutzung in Prozent (eher hoch und hoch).....	98
Abbildung 37: Art der Kontaktaufnahme mit der Polizei nach Jahren in Prozent	99
Abbildung 38: Anlass des letzten Polizeikontakts in Prozent.....	100
Abbildung 39: Zufriedenheit mit dem letzten Polizeikontakt nach Jahren in Prozent.....	101

SCHLAGLICHTER

Weiterhin hohe und gestiegene Rücklaufquote von 42,3 %. Ca. eine von fünf Teilnahmen erfolgte mittels erstmalig angebotener Onlinebefragung.

Trotz leichter Abnahmen empfinden noch immer die große Mehrheit der Befragten die baulich-räumliche Attraktivität und die Sauberkeit und Ordnung der Nachbarschaft, sowie die Intensität nachbarschaftlicher Beziehungen als (eher) hoch.

Deutlich erhöhtes räumliches Unsicherheitsgefühl bezüglich aller abgefragten Kontexte. Noch deutlich höhere Unsicherheit wird nachts angegeben.

Bemerkenswert ist der öffentliche Nahverkehr: Aktuell fühlen sich beispielsweise nachts fast 60 % in Fahrzeugen des Personennahverkehrs und ca. 65 % an Haltestellen unsicher.

Die allgemeine Kriminalitätsfurcht ist im Vergleich zu 2023 angestiegen. Mehr als jede zehnte befragte Person berichtet eine (eher) hohe allgemeine Furcht Opfer einer Straftat zu werden. Die Risikoeinschätzung einer Opferwerdung ist dagegen auf vergleichbarem Niveau zur vorherigen Befragung geblieben.

Deutliche Zunahme von Vermeidungsverhalten, beispielsweise dem Nahverkehr oder bestimmten Straßen, Wegen oder Plätzen. Ein Messer zum Schutz vor Kriminalität tragen weiterhin nur wenige Menschen bei sich.

Gut drei Viertel sehen Kriminalität als Problem in Niedersachsen an, fast genauso viele nehmen eine verschlechterte Kriminalitätslage wahr.

36,3 % wurden Opfer mindestens einer Straftat im Jahr 2024, das ist der höchste jemals erreichte Wert.

Am häufigsten werden computerbezogene Straftaten und Diebstähle erlebt. Schwere Delikte wie Raub oder Körperverletzungen sind weiterhin selten.

Im langfristigen Zeitvergleich zeigen sich vor allem Steigerungen bei der Betroffenheit von computerbezogener Kriminalität, Sexualdelikten und Social-Media-Straftaten.

22,0 % der erlebten Straftaten wurden angezeigt, ein signifikanter Rückgang auf die niedrigste Quote, die bereits für das Jahr 2020 festgestellt wurde.

Bei acht von zehn der betrachteten Deliktgruppen sind Rückgänge in den Anzeigequoten feststellbar (Ausnahme: Körperverletzungen und Social-Media-Delikte).

Weiterhin sehr positive Bewertung der allgemeinen Polizeiarbeit sowie des Vertrauens in Polizei und Rechtsstaat auf dem Niveau der letzten Befragung. Verbesserung der ohnehin bereits sehr positiven Bewertung der Polizei anhand von Eigenschaften.

Fast zwei Drittel waren nach einem Polizeikontakt „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“ mit diesem, signifikant mehr als in der letzten Befragung.

Erstmals untersucht wurde der Einfluss der Mediennutzung. Insbesondere die regelmäßige Nutzung klassischer Medienangebote (öffentlich-rechtliches Fernsehen, Radio, Zeitungen) ging mit einer geringeren Kriminalitätsfurcht und einer höheren Zufriedenheit mit Polizei und Rechtsstaat einher.

1 Ausgangssituation

Während die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) seit vielen Jahrzehnten einen Überblick über polizeilich registrierte Straftaten bietet, bleibt ein erheblicher Teil des kriminellen Geschehens im Verborgenen. Die PKS hat demnach sowohl Vor- als auch Nachteile: Einerseits ist es mit einer derartig standardisierten Erhebung möglich, über lange Zeiträume hinweg belastbare Aussagen zum Kriminalitätsgeschehen im sogenannten Hellfeld zu tätigen – ausgenommen sind dabei Verkehrs- und Staatsschutzdelikte. Andererseits finden Delikte im sogenannten Dunkelfeld keine Beachtung. Gemeint sind hierbei Straftaten, welche aus unterschiedlichen Gründen nicht angezeigt oder erkannt werden (vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat 2023: 7).

Um auch jenes für die PKS unsichtbare Kriminalitätsgeschehen zu erfassen, werden sogenannte Dunkelfeldstudien durchgeführt. Innerhalb des Dunkelfelds unterscheidet man zwischen einem relativen und einem absoluten Bereich. Das relative Dunkelfeld beinhaltet jene Straftaten, die mithilfe von Dunkelfeldforschung prinzipiell aufgedeckt werden können. Das absolute Dunkelfeld umfasst hingegen Vergehen, die aus unterschiedlichen Gründen, auch mithilfe der Dunkelfeldforschung, nicht erkannt werden – etwa, weil die Betroffenen nicht bemerkten, dass sie Opfer wurden (vgl. Dölling et al. 2022: 189–197; vgl. Heimann 2020: 26). Erst durch die gemeinsame Betrachtung von Hellfeld und relativem Dunkelfeld lassen sich zuverlässige Aussagen über Kriminalitätstrends treffen.

Neben den erfassten Straftaten spielt auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung eine wichtige Rolle. Dies beschreibt einen individuellen Wahrnehmungs- und Bewertungsprozess, der wesentlich durch persönliche Erfahrungen, Emotionen und situative Erfahrungen geprägt ist. Wenngleich dieses Empfinden nicht notwendigerweise an reale Gefährdungslagen gekoppelt ist, beeinflusst es dennoch das Schutz- und Vermeidungsverhalten der Menschen und dadurch indirekt auch gesellschaftliche Dynamiken, welche bei strategischen und (kriminal-)politischen Entscheidungen berücksichtigt werden sollten (vgl. Miko-Schefzig 2019).

Je nach Zielsetzung und Fragestellung werden Dunkelfeldstudien methodisch unterschiedlich betrieben, wobei standardisierte Befragungen – sei es postalisch, online oder telefonisch – am häufigsten zur Anwendung kommen. Gerade schriftliche Verfahren gelten als besonders geeignet, da die anonyme Teilnahme ehrliches Antwortverhalten begünstigt (vgl. Reinecke 2019; vgl. Echterhoff 2023: 83). Beobachtungsstudien oder experimentelle Designs finden hingegen aufgrund von hohen Kosten und der begrenzten Reichweite seltener Anwendung (vgl. Verneuer 2020: 252). Grundsätzlich lassen sich drei Haupttypen von Befragungen unterscheiden: Täterbefragungen, Informantenbefragungen und Opferbefragungen (vgl. Heimann 2020: 26). Täterbefragungen sind für die Polizei aufgrund des Ermittlungszwangs (§ 163 StPO) kaum praktikabel und stoßen meist auf geringe Teilnahmebereitschaft. Informantenbefragungen richten sich an Dritte, die etwa durch berufliche Einblicke von Delikten wissen (vgl. Prätor 2015: 48) und eignen sich insbesondere zur Erhellung opferloser Straftaten, wie etwa Korruption oder Umweltvergehen. Der Großteil der Dunkelfeldstudien bezieht sich jedoch auf Opferbefragungen, welche direkte Einblicke in Viktimisierungserfahrungen und das Anzeigeverhalten geben.

Die Ursprünge der Dunkelfeldforschung reichen bis in die 1970er-Jahre zurück, wobei in Deutschland erste systematische Untersuchungen in Göttingen und Stuttgart durchgeführt wurden (vgl. Schwind et al. 1975; vgl. Stephan 1976). Im Ausland nahm die Forschung in den darauffolgenden Jahren ebenfalls Fahrt auf. Bereits 1982 startete Großbritannien mit dem „British Crime Survey“ (seit 2012: „Crime Survey for England and Wales“), der bis heute regelmäßig durchgeführt wird und damit eine langjährige Datenbasis zur Viktimisierungserfahrung der Bevölkerung bereitstellt (vgl. Hough / Mayhew 1983). Die erste internationale Dunkelfeldstudie, der „International Crime Victims Survey“ (ICVS), wurde 1989 durchgeführt, weitere Erhebungen

folgten 1992, 1996, 2000 sowie 2004/2005 (vgl. van Dijk et al. 1990; vgl. van Dijk et al. 2008: 6). Insgesamt nahmen über 300.000 Personen – überwiegend telefonisch – teil. Deutschland beteiligte sich an den Erhebungen in den Jahren 1989 und 2005. Weitere bedeutende nationale Studien sind der „National Crime Victimization Survey“ in den USA (vgl. Morgan / Truman 2021) und der „Swedish Crime Survey“ (vgl. Viberg 2021). In der Bundesrepublik nahm die Zahl einschlägiger Studien insbesondere seit den 2000er-Jahren erheblich zu, wobei sie sich hinsichtlich ihrer geographischen Ausrichtung (regional vs. national), thematischen Schwerpunkte und des Umfangs teils deutlich unterschieden. Umfassende Übersichten zur Dunkelfeldforschung in Deutschland bieten Feldmann-Hahn (2011), Haverkamp (2019) oder Liebl (2019).

Seit Mitte der 2000er-Jahre haben sich neben Universitäten und Forschungsinstituten zunehmend auch Polizeibehörden an der Dunkelfeldforschung beteiligt. Das Projekt „Barometer Sicherheit in Deutschland“ (BaSiD), eine Kooperation zwischen Bundeskriminalamt und Max-Planck-Institut, legte 2012 erstmals eine bundesweit repräsentative Dunkelfeldstudie vor (vgl. Birkel et al. 2014). Eine Wiederholung erfolgte 2017 (vgl. Birkel et al. 2019). Seit 2020 läuft das Nachfolgeprojekt „Sicherheit und Kriminalität in Deutschland“ (SKiD) unter Leitung des Bundeskriminalamts in Zusammenarbeit mit den Landespolizeien (vgl. Birkel et al. 2020; vgl. Bundeskriminalamt 2022). Ziel ist eine umfassende Einschätzung der Sicherheitslage für ganz Deutschland – bei entsprechender Stichprobenerweiterung auch auf Länderebene. Eine Wiederholung der Befragung alle zwei Jahre ist geplant. Darüber hinaus wird auch auf Ebene der Bundesländer geforscht: So führte das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen zwischen 2007 und 2011 den „Kriminalitätsmonitor“ durch (vgl. Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen 2019a). Weitere Bundesländer folgten, etwa Mecklenburg-Vorpommern, welches 2015 und 2018 eigene Erhebungen durchführte (vgl. Balschmiter 2017; vgl. Balschmiter 2018). Ein Beispiel für neuere Studien ist die 2019 vom Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen initiierte Untersuchung „Sicherheit und Gewalt in NRW“, die sich speziell auf Gewaltkriminalität konzentrierte (vgl. Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen 2019b). Zusätzlich etablierten sich in Niedersachsen und Schleswig-Holstein regelmäßige Befragungen.

In Niedersachsen wird seit 2013 vom Landeskriminalamt die Studie „Befragung zu Sicherheit und Kriminalität“ durchgeführt. Der vorliegende Bericht stellt die sechste Befragungswelle dar. Während die ersten drei Befragungen im zweijährigen Rhythmus durchgeführt wurden, wurde dieser Turnus pandemiebedingt unterbrochen – zwischen der dritten (2017) und vierten (2021) Erhebung lagen vier Jahre. Anschließend konnte eine reguläre Erhebung im zweijährigen Abstand jedoch wieder fortgeführt werden. Durch die einheitliche Methodik und das gleichbleibende Befragungsinstrument liegen mittlerweile vergleichbare Zeitreihen zur Dunkelfeldentwicklung in Niedersachsen vor.

In jeder Erhebungswelle werden folgende Themenbereiche abgefragt:

- Bewertung der Nachbarschaftsqualität
- Kriminalitätsfurcht
- persönliche Erfahrungen mit Kriminalität (einschließlich Anzeigeverhalten) sowie
- Beurteilung der Polizei und ihrer Arbeit

Darüber hinaus enthält jede Befragung ein wechselndes Sondermodul, welches aktuelle und gesellschaftlich besonders relevante Themen behandelt. In der vorliegenden sechsten Befragung wurden Erfahrungen mit sexuellen Übergriffen und Belästigungen in den Fokus gerückt.

Die Kombination aus Daten der PKS und den Ergebnissen der Befragung zu Sicherheit und Kriminalität ermöglicht es der Polizei Niedersachsen, sowohl die objektive Kriminalitätslage als auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung umfassend darzustellen.

2 Erhebung

2.1 Erhebungsmethode

Wie bereits in den letzten Erhebungen wurde ein schriftlich-postalisches Befragungsverfahren angewendet. Die angeschriebenen Personen hatten so die Möglichkeit, den Fragebogen selbstständig und anonym innerhalb eines festgelegten Zeitraums auszufüllen und mithilfe eines beiliegenden Rückumschlags kostenfrei an das Landeskriminalamt Niedersachsen zurückzusenden. Alternativ hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Option, den Fragebogen online zu beantworten. Hierfür wurde dem postalischen Schreiben ein Zugangslink, der auch über einen QR-Code erreichbar war, beigelegt, über die eine eigens eingerichtete Landingpage mit grundlegenden Informationen zur Befragung aufgerufen werden konnte. Von dort aus gelangten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über Eingabe eines ebenfalls übersandten individuellen Zugangscodes zur Online-Version des Fragebogens, welche mittels der Umfrageplattform LimeSurvey realisiert wurde. Um eine Mehrfachteilnahme auszuschließen, war die Eingabe einer anonymisierten Kennung erforderlich, die jedem Fragebogen individuell zugeordnet war. Durch die parallele Bereitstellung beider Teilnahmeoptionen wurde sichergestellt, dass sowohl digital versierte als auch weniger technikaffine Personen gleichermaßen an der Befragung teilnehmen konnten.

Diese schriftliche Erhebungsmethode gilt insbesondere bei sensiblen Themen wie persönlichen Viktimisierungserfahrungen als geeignet (vgl. Reinecke 2019: 728), da die Befragten ihre Antworten unbeeinflusst und in einem geschützten Rahmen geben können. Dadurch steigt die Wahrscheinlichkeit für offenere und ehrlichere Angaben (vgl. Echterhoff 2023: 83). Da kein Interviewpersonal involviert ist, werden potenzielle Verzerrungen durch sozial erwünschtes Antwortverhalten oder andere externe Einflüsse weitgehend minimiert (vgl. Häder 2019: 253; vgl. Reuband 2019: 774). Nichtsdestotrotz kann nicht gänzlich ausgeschlossen werden, dass das Wissen um das Landeskriminalamt Niedersachsen als durchführende Institution das Antwortverhalten beeinflusst – etwa durch Nichtteilnahme bei polizeikritischen Haltungen oder durch tendenziell konforme Angaben (vgl. Möhring / Schlütz 2019: 54). Insgesamt hat sich das postalische Erhebungsverfahren jedoch – auch unter Berücksichtigung von Kosten-Nutzen-Abwägungen und den bisherigen Erfahrungen aus den fünf vorausgegangenen Erhebungen – als methodisch tragfähig und zuverlässig erwiesen.

2.2 Stichprobenziehung

Da in Niedersachsen kein zentrales Einwohnermelderegister existiert, musste die Ziehung der Stichprobe – wie bereits in den vorangegangenen Befragungswellen – in einem zweistufigen Verfahren erfolgen.

Im ersten Schritt unterstützte das GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften die Auswahl der Erhebungseinheiten. Zunächst wurde aus den insgesamt 405 niedersächsischen Verwaltungseinheiten am 01.12.2024 eine Stichprobe gezogen, die nach Ortsgrößenklassen sowie hinsichtlich der regionalen Verteilung auf Ebene der Polizeidirektionen so geschichtet wurde, dass sie die Bevölkerung ab 16 Jahren in Niedersachsen repräsentativ abbildete. Insgesamt wurden einhundert Kommunen gezogen, wobei größere Kommunen aufgrund ihrer Einwohnerzahl eine höhere Wahrscheinlichkeit hatten, mehrfach in die Stichprobe zu gelangen. So konnte ihrer demografischen Relevanz Rechnung getragen werden. Die so gezogene Bruttostichprobe umfasste insgesamt 90 verschiedene Verwaltungseinheiten. Die nachfolgende Tabelle stellt einen Überblick über die Stichprobenstruktur der Gemeinden, in denen befragt wurde, dar.

Tabelle 1: Angeschriebene Personen nach Verwaltungseinheit

Verwaltungseinheit	Anzahl der Ziehungen in der Stichprobe	Zielanzahl der Adressen (400 Adressen pro Ziehung)
Hannover	7	2.800
Braunschweig	3	1.200
Oldenburg	2	800
Osnabrück	2	800
Übrige ausgewählte Verwaltungseinheiten	je 1 (86)	je 400 (34.400)
Gesamt	100 Ziehungen	40.000 Adressen

Der zweite Schritt erfolgte am 10.12.2024: Die ausgewählten Verwaltungseinheiten wurden gebeten, entsprechend der Anzahl ihrer Ziehungen in der Bruttostichprobe jeweils 400 zufällig ausgewählte Personen ab 16 Jahren mit Hauptwohnsitz und ohne Auskunftssperre aus dem aktuellen Melderegister zu benennen. Dementsprechend sollte Hannover 2.800 Adressen übermitteln, Braunschweig 1.200 und Oldenburg sowie Osnabrück jeweils 800. Zur Sicherstellung einer einheitlichen Durchführung wurde der Ziehungsprozess ausführlich und verbindlich beschrieben.

Die Übermittlung der Adressdaten erfolgte über das sogenannte Behördenpostfach – eine cloudbasierte, sichere und datenschutzkonforme Kommunikationsplattform zwischen niedersächsischen Behörden. Die übermittelten Datensätze waren zusätzlich durch ein Passwort geschützt, welches separat übermittelt wurde.

Bis zum 07.02.2025 lagen schließlich alle angeforderten Zufallsstichproben der beteiligten Verwaltungseinheiten vollständig vor und konnten zu einer Gesamtstichprobe zusammengeführt werden.

2.3 Erhebungsinstrument

Da die „Befragung zu Sicherheit und Kriminalität“ in regelmäßigen Abständen durchgeführt wird, erlaubt die sechste Erhebungswelle einen systematischen Vergleich mit den Ergebnissen früherer Befragungen. Auf diese Weise können Entwicklungen im Bereich der Kriminalität über die Zeit hinweg beobachtet, Veränderungen identifiziert und potenzielle Auffälligkeiten analysiert werden. Ebenso lässt sich die Wirksamkeit polizeilicher Maßnahmen anhand der Daten überprüfen.

Zur Sicherstellung der Vergleichbarkeit über alle Erhebungszeitpunkte hinweg wurde der Fragebogen in seiner Grundstruktur weitgehend beibehalten. Lediglich geringfügige inhaltliche Anpassungen wurden vorgenommen, um auf aktuelle gesellschaftliche und kriminalitätsbezogene Entwicklungen adäquat reagieren zu können.

Der aktuelle Fragebogen umfasst 20 Seiten mit insgesamt 61 Fragen. Neben grundlegenden soziodemografischen Merkmalen erfasst er in vier standardisierten Modulen Informationen zur Nachbarschaftsqualität, zum individuellen Sicherheitsempfinden, zu Viktimisierungserfahrungen und Anzeigeverhalten sowie zur Bewertung der Polizei und ihrer Tätigkeit. Ergänzt wird der Fragebogen durch ein jeweils thematisch wechselndes Sondermodul, das ein zum Erhebungszeitpunkt besonders relevantes gesellschaftliches oder politisches Thema adressiert. Da dieses Sondermodul inhaltlich variiert und nicht über die Zeit hinweg wiederholt wird, ist es für

Trendanalysen nicht geeignet. Es liefert jedoch punktuelle Einblicke in spezifische Kriminalitätsphänomene oder Einstellungen zum jeweiligen Zeitpunkt der Befragung.

In der sechsten Befragungswelle widmet sich das Sondermodul dem Themenfeld sexueller Übergriffe und Belästigungen. Dabei werden unter anderem Erfahrungen mit sogenannten „Cat Calling“-Situationen, sexueller Belästigung, dem unerwünschten Erhalt expliziter Bilder (z. B. sogenannter „Dick Pics“) sowie sexueller Gewalt thematisiert. Die Entscheidung für dieses Thema basiert auf der zunehmenden öffentlichen und medialen Aufmerksamkeit gegenüber sexueller Grenzverletzung im Alltag sowie den Herausforderungen, die mit der Erfassung und Bearbeitung entsprechender Delikte verbunden sind. Für die Polizei ist es von hoher Bedeutung, das Dunkelfeld in diesem sensiblen Bereich besser zu verstehen, um sowohl Präventions- als auch Interventionsstrategien gezielter entwickeln und Betroffene wirksam unterstützen zu können.

2.4 Feldphase

Alle zufällig ausgewählten Personen erhielten im Verlauf der Erhebung insgesamt drei postalische Anschreiben. Zunächst wurde am 17.03.2025 ein Ankündigungsschreiben versendet, das über Ziele und Inhalte der Studie sowie die Wahrung der Anonymität der Teilnehmerinnen und Teilnehmer informierte. Am 24.03.2025 folgte die Hauptzusendung mit dem (Online-)Fragebogen, einem frankierten Rückumschlag sowie einem Begleitschreiben, das ergänzende Erläuterungen zur Teilnahme enthielt und erneut die Anonymität der Angaben betonte. Zur Erinnerung und gleichzeitigen Danksagung an bereits Teilnehmende wurde am 08.04.2025 ein kombiniertes Dankes- und Erinnerungsschreiben verschickt. Diese Maßnahme diente der Steigerung der Rücklaufquote. Insgesamt konnten 955 der ursprünglich 40.000 angeschriebenen Personen postalisch nicht erreicht werden, da sie nicht mehr an der im Melderegister verzeichneten Adresse wohnten.

Für Rückfragen der angeschriebenen Personen wurde während des Erhebungszeitraums (17.03. bis 05.05.2025) eine Telefonhotline eingerichtet, die werktags zwischen 9 und 16 Uhr erreichbar war. Diese wurde während des Erhebungszeitraumes von 600 Anrufern genutzt, zudem richteten 54 Personen ihre Fragen per E-Mail an das Landeskriminalamt Niedersachsen. Da erfahrungsgemäß auch Polizeidienststellen vor Ort kontaktiert werden, erfolgte über bestehende Kommunikationskanäle eine interne Information der niedersächsischen Polizei. Zusätzlich wurden Hinweise im polizeiinternen Netzwerk „Null 1|5“ – dem Intranet der Polizei Niedersachsen – veröffentlicht, um die Beschäftigten über die Studie zu informieren.

Darüber hinaus stellte das Landeskriminalamt Niedersachsen auf seiner Internetseite zentrale Informationen zur Befragung bereit. Flankierend wurde die Studie über Pressemitteilungen des Landeskriminalamtes sowie einzelner Polizeidirektionen öffentlich kommuniziert, um die Bekanntheit zu steigern und dadurch potenziell die Teilnahmebereitschaft zu erhöhen.

Als absendende Institution trat das Landeskriminalamt Niedersachsen in allen Schreiben auf, um das Vertrauen in die Seriosität der Befragung zu steigern. Die ausgefüllten Fragebögen wurden anonymisiert mithilfe der beigefügten Rückumschläge an das Landeskriminalamt Niedersachsen zurückgesandt, dort gesammelt und anschließend für die digitale Verarbeitung vorbereitet. Die Überführung in ein elektronisches Format erfolgte durch einen externen Dienstleister. Im Zuge des Scannens wurde jeder Fragebogen als PDF-Dokument archiviert und die Angaben automatisiert auf Plausibilität überprüft. Die erhobenen Daten wurden auf Grundlage eines zuvor erstellten Codebooks zusammen mit den Antworten der Online-Befragung in eine CSV-Datei übertragen, die wiederum in die Statistiksoftware SPSS überführt wurde. Mit dem Vorliegen des fertigen SPSS-Datensatzes am 15.5.2025 wurde die Feldphase offiziell abgeschlossen.

2.5 Referenzzeitraum

Für die Erfassung von Viktimisierungserfahrungen wurde das Kalenderjahr 2024 als eindeutig definierter Referenzzeitraum vorgegeben. Die Befragten sollten ihre Angaben auf in diesem Zeitraum erlebte Straftaten beziehen. Dennoch lässt sich nicht ausschließen, dass sogenannte Telescoping-Effekte auftreten können, bei denen Ereignisse vor oder nach dem Referenzjahr irrtümlich diesem Zeitraum zugeordnet werden (vgl. Horten / Gräber 2019: 298).

Alle übrigen Angaben – etwa zur wahrgenommenen Nachbarschaftsqualität, zum individuellen Sicherheitsgefühl oder zur Bewertung der Polizei und ihrer Arbeit – sollten sich auf den subjektiven Eindruck zum Zeitpunkt der Befragung bzw. des Ausfüllens des Fragebogens beziehen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der konkrete Erhebungszeitpunkt Einfluss auf die Einschätzungen nehmen kann. So stand etwa die Erhebungswelle im Jahr 2021 deutlich im Kontext der COVID-19-Pandemie, diese dürfte das Antwortverhalten und die Erfahrungen der Befragten maßgeblich beeinflusst haben. Die sechste Welle der Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen wurde zwischen März und Mai 2025 durchgeführt. Auch wenn es in diesem Zeitraum kein vergleichbar dominantes gesamtgesellschaftliches Phänomen wie die COVID-19-Pandemie gab, sind die Antworten der Teilnehmenden dennoch im Kontext der zu diesem Zeitraum geltenden politischen, gesellschaftlichen oder medialen Rahmenbedingungen zu betrachten und können ebenso von diesen beeinflusst worden sein wie durch persönliche Erlebnisse oder aktuelle Erfahrungen.

2.6 Auswertung

Für die Analyse der erhobenen Daten kam das Statistikprogramm IBM SPSS Statistics 25 zum Einsatz. Bevor mit der Auswertung begonnen wurde, erfolgte eine gründliche Aufbereitung des Datensatzes. Dazu zählten insbesondere die Berechnung zusätzlicher Variablen sowie die Bildung von Indexwerten, um bestimmte inhaltliche Zusammenhänge angemessen erfassen zu können. Zur Sicherstellung der Repräsentativität – bezogen auf Alter und Geschlecht sowohl auf Landesebene als auch innerhalb der sechs niedersächsischen Polizeidirektionen – wurden entsprechende Gewichtungen vorgenommen. Zusätzlich wurde der Datensatz auf Ausreißer überprüft und abschließend hinsichtlich Plausibilität kontrolliert.

Im Bericht werden die erhobenen Informationen vorrangig deskriptiv dargestellt. Wenn mehrere Items – nach methodischer Prüfung mittels Reliabilitäts- und Faktorenanalysen – ein gemeinsames theoretisches Konzept abbilden, wurden sie zu Skalen zusammengeführt und entsprechend gruppiert. Dies betrifft unter anderem die verschiedenen Aspekte der Kriminalitätsfurcht. Die Ergebnisse basieren auf gewichtetem Datenmaterial und werden überwiegend anhand relativer Häufigkeiten (gültiger Prozentwerte) erläutert. Bei Variablen mit hohem Anteil fehlender Antworten wird dies im Text kenntlich gemacht, um die dargestellten Prozentwerte besser einordnen zu können. Aufgrund von Rundungsdifferenzen kann es vereinzelt zu Abweichungen von exakt 100 % kommen – auch bei zusammengefassten Kategorien. Datenpunkte mit einer Fallzahl unter 20 werden in den Tabellen farblich markiert, da deren Aussagekraft für belastbare Aussagen begrenzt ist. Die Darstellung erfolgt in Form von Tabellen und grafischen Elementen.

Für den Vergleich von Teilgruppen – gebildet auf Grundlage der soziodemografischen Angaben der Befragten – wurden Chi-Quadrat-Tests und T-Tests eingesetzt. Damit wurde geprüft, ob beobachtete Unterschiede statistisch bedeutsam sind. Als signifikant gelten Unterschiede, wenn die Wahrscheinlichkeit eines zufälligen Ergebnisses bei höchstens 5 % liegt. In solchen Fällen kann von einem systematischen Zusammenhang ausgegangen werden. Dank der großen Stichprobe und der daraus in den meisten Fällen resultierenden hohen statistischen Testpower der Analysen weisen nicht signifikante Befunde hingegen darauf hin, dass die beobachteten Unterschiede wahrscheinlich zufällig zustande gekommen sind und deshalb nicht für ganz Niedersachsen

verallgemeinert werden können. Dadurch, dass die Zusammenhänge zwischen den Teilgruppen in der Regel bivariat analysiert werden, besteht die Möglichkeit, dass einige der gefundenen Zusammenhänge nur Scheinzusammenhänge darstellen und eigentlich durch Zusammenhänge mit einer, bei der konkreten Analyse nicht kontrollierten, Drittvariable verursacht werden. Dies sollte bei der Interpretation der berichteten Zusammenhänge bzw. Unterschiede zwischen Teilgruppen berücksichtigt werden.

Zeitvergleiche werden durch Balkendiagramme mit Konfidenzintervallen visualisiert. Diese erscheinen als feine Linien am oberen Ende der Balken und markieren jenen Bereich, in dem sich der tatsächliche Wert für die Grundgesamtheit mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit befindet. Wenn sich die Intervalle zweier Zeitpunkte überlappen, wird davon ausgegangen, dass kein signifikanter Unterschied vorliegt. Berühren sie sich hingegen nicht, kann von einem statistisch signifikanten Unterschied ausgegangen werden. Die grafische Darstellung dieser Intervalle erleichtert somit eine schnelle Einschätzung, ob sich bestimmte Werte im Zeitverlauf tatsächlich verändert haben.

3 Stichprobenbeschreibung

An der Befragung nahmen insgesamt 16.929 der 40.000 angeschriebenen Personen teil, das entspricht einer Rücklaufquote von 42,3 %. Im Vergleich zur letzten Befragungswelle hat sich der Rücklauf damit um 2,9 Prozentpunkte (PP) erhöht.

Die meisten Befragten beantworteten die eingangs im Fragebogen gestellten Fragen zur Soziodemographie. Die Angaben der Befragten wurden nach Alter, Geschlecht sowie den Zuständigkeitsbereichen der niedersächsischen Polizeidirektionen gewichtet. In diesem Kapitel wird die Stichprobe nun anhand diverser Merkmale beschrieben und, wenn möglich, mit Referenzwerten aus offiziellen Statistiken verglichen.

3.1 Wohnort

Aufgrund des Vorgehens im Rahmen der Stichprobenziehung (siehe 2.2) wurden Befragte aus allen Landkreisen und kreisfreien Städten sowie der Region Hannover angeschrieben. Entsprechend stammt der Rücklauf aus dem gesamten Bundesland. Die nach Alter, Geschlecht und Polizeidirektionen gewichteten Anteile der Landkreise und kreisfreien Städte in der Stichprobe entsprechen grundsätzlich bereits gut den Anteilen, die sich aus der Bevölkerungsstatistik des niedersächsischen Landesamtes für Statistik mit Stand 31.12.2024 ergeben. Abweichungen jenseits von einem Prozentpunkt sind lediglich beim Landkreis Rotenburg/Wümme, der in der Stichprobe unterrepräsentiert ist, sowie den Kreisen Northeim und Helmstedt, die häufiger vorkommen, zu beobachten.

Tabelle 2: Rücklauf und Grundgesamtheit nach Landkreisen / kreisfreien Städten

Landkreis (LK) / Kreisfreie Stadt	Stichprobe (gewichtet)		Bevölkerungsfortschreibung ab 16 Jahre (Stand: 31.12.2024)	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Ammerland, LK	171	1,0	108.317	1,5
Aurich, LK	511	3,0	162.044	2,3
Braunschweig, krf. Stadt	540	3,2	219.880	3,2
Celle, LK	337	2,0	145.990	2,1
Cloppenburg, LK	324	1,9	145.565	2,1
Cuxhaven, LK	333	2,0	170.026	2,4
Delmenhorst, krf. Stadt	141	0,8	68.570	0,9
Diepholz	515	3,1	187.624	2,7
Emden, krf. Stadt	148	0,9	41.840	0,6
Emsland, LK	548	3,3	280.474	4,1
Friesland, LK	171	1,0	86.358	1,2
Gifhorn, LK	340	2,0	146.644	2,1
Goslar, LK	170	1,0	111.267	1,6
Göttingen, LK	570	3,4	284.170	4,1
Grafschaft Bentheim, LK	337	2,0	121.271	1,7
Hameln-Pyrmont, LK	311	1,8	128.511	1,8
Hannover, Stadt	1.055	6,3	450.349	6,5
Hannover, Region (ohne Stadt Hannover)	1.350	8,0	522.936	7,6
Harburg, LK	682	4,0	225.304	3,2

Landkreis (LK) / Kreisfreie Stadt	Stichprobe (gewichtet)		Bevölkerungsfortschreibung ab 16 Jahre (Stand: 31.12.2024)	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Heidekreis, LK	312	1,9	120.292	1,7
Helmstedt, LK	520	3,1	76.963	1,1
Hildesheim, LK	546	3,2	229.717	3,3
Holzminden, LK	138	0,8	56.432	0,8
Leer, LK	317	1,9	142.729	2,0
Lüchow-Danneberg, LK	145	0,9	40.345	0,5
Lüneburg, LK	336	2,0	152.430	2,2
Nienburg / Weser, LK	142	0,8	103.061	1,5
Northeim, LK	503	3,0	108.465	1,5
Oldenburg, LK	386	2,3	111.959	1,6
Oldenburg, krf. Stadt	386	2,3	152.554	2,2
Osnabrück, LK	749	4,4	298.296	4,3
Osnabrück, krf. Stadt	313	1,9	143.983	2
Osterholz, LK	318	1,9	96.044	1,4
Peine, LK	168	1,0	114.733	1,6
Rotenburg / Wümme, LK	164	1,0	141.193	2,0
Salzgitter, krf. Stadt	139	0,8	87.666	1,2
Schaumburg, LK	374	2,2	134.598	1,9
Stade, LK	355	2,1	174.991	2,5
Uelzen, LK	347	2,1	79.026	1,1
Vechta, LK	322	1,9	121.370	1,7
Verden, LK	334	2,0	116.218	1,6
Wesermarsch, LK	173	1,0	76.105	1,1
Wilhelmshafen, krf. Stadt	166	1,0	65.670	0,9
Wittmund, LK	140	0,8	48.128	0,7
Wolfenbüttel, LK	336	2,0	101.210	1,4
Wolfsburg, krf. Stadt	163	1,0	108.924	1,5
Fehlende Angaben	81			

Bezogen auf die Zuständigkeitsbereiche der sechs niedersächsischen Polizeidirektionen ergibt sich nachfolgendes Bild. Es zeigt sich, dass die Rückläufer auf Ebene der Direktionen nach der Gewichtung ein fast exaktes Abbild der entsprechenden Bevölkerungsverteilung darstellen.

Tabelle 3: Rücklauf und Grundgesamtheit nach Polizeidirektionen

Polizeidirektion	Stichprobe (gewichtet)		Bevölkerungsfortschreibung ab 16 Jahre (Stand: 31.12.2024)	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Braunschweig	2.378	14,1	967.287	14,2
Göttingen	2.585	15,3	1.044.954	15,3
Hannover	2.405	14,3	973.285	14,3
Lüneburg	2.678	15,9	1.079.571	15,9
Oldenburg	3.741	22,2	1.506.380	22,1
Osnabrück	3.061	18,2	1.238.765	18,2
Fehlende Angaben	81			

Im Fragebogen wurde zudem abgefragt, wie groß die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner (EW) in den Wohnorten der Befragten ist. Es konnte aus insgesamt fünf Kategorien ausgewählt werden. Hierbei zeigen sich im Vergleich der Stichprobe mit der Verteilung in Niedersachsen deutliche Unterschiede, insbesondere die Anteile kleinerer Gemeinden betreffend. Dies dürfte daran liegen, dass Menschen, die beispielsweise in Samtgemeinden wohnen, die aus mehreren einzelnen und wahrnehmbar unterscheidbaren Ortschaften bestehen, sich auf diese und nicht die Samtgemeinde bezogen haben. Diese Vermutung wird dadurch gestützt, dass bei größeren Städten ab 50.000 EW die Anteilswerte gut korrespondieren.

Tabelle 4: Rücklauf und Grundgesamtheit nach Ortsgrößenklassen

Wohnortgröße	Stichprobe (gewichtet)		Bevölkerungsfortschreibung ab 16 Jahre (Stand: 31.12.2024)	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Bis 5.000 EW	3.178	20,3	50.964	0,7
5.000 bis unter 20.000 EW	4.768	28,2	2.743.578	39,8
20.000 bis unter 50.000 EW	3.514	20,8	2.082.350	30,1
50.000 bis unter 100.000 EW	1.585	10,1	675.628	9,8
Mehr als 100.000 EW	2.607	16,7	1.370.604	19,8
„Ich weiß es nicht“ / Fehlende Angaben	1.276			

3.2 Alter

Die Befragten sind im Durchschnitt 51 Jahre alt. Die jüngste Person in der Stichprobe ist 16 Jahre alt– unterhalb dieses Alters wurde auch nicht befragt –, die älteste 102. Bezogen auf Altersgruppen zeigt die in dieser Hinsicht gewichtete Stichprobe entsprechend keine wesentlichen Abweichungen von der Grundgesamtheit.

Tabelle 5: Rücklauf und Grundgesamtheit nach Altersgruppen

Alter	Stichprobe (gewichtet)		Bevölkerungsfortschreibung ab 16 Jahre (Stand: 31.12.2024)	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
16 bis unter 21 Jahre	973	5,8	393.165	5,8
21 bis unter 35 Jahre	3.127	18,6	1.292.893	19,0
35 bis unter 50 Jahre	3.635	21,7	1.459.514	21,4
50 bis unter 65 Jahre	4.378	26,1	1.807.436	26,5
65 bis unter 80 Jahre	3.204	19,1	1.269.721	18,6
Über 80 Jahre	1.468	8,7	587.513	8,6
Fehlende Angaben	144			

3.3 Geschlecht

Neben „männlich“ und „weiblich“ konnte im Fragebogen auch „divers“ als geschlechtliche Selbstzuschreibung gewählt werden. Die Daten des Statistischen Landesamtes enthielten keine Angaben zu diversen Personen, sodass die Gewichtung ausschließlich für Männer und Frauen erfolgen konnte. Da diverse Personen in der Stichprobe aber nur einen sehr geringen Teil ausmachen, entsprechen sich Stichprobe und Grundgesamtheit in Bezug auf die Geschlechter.

Tabelle 6: Rücklauf und Grundgesamtheit nach Geschlecht

Geschlecht	Stichprobe (gewichtet)		Bevölkerungsfortschreibung ab 16 Jahre (Stand: 31.12.2024)	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Weiblich	8.531	50,8	3.471.616	51,0
Männlich	8.197	48,8	3.338.626	49,0
Divers	18	0,1	k.A.	k.A.
„Ich kann / möchte mich nicht zuordnen“	41	0,2	k.A.	k.A.
Fehlende Angaben	142			

3.4 Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund

16.622 Personen machten Angaben zu ihrer Staatsangehörigkeit. 95,8 % davon gaben an, deutsche Staatsangehörige zu sein. Im Fragebogen standen die gemäß Bevölkerungsstatistik häufigsten nichtdeutschen Staatsangehörigkeiten zur Auswahl, allerdings nahmen nur wenige Personen mit ukrainischer (0,6 %), polnischer (0,8 %), syrischer (0,6 %) oder türkischer (0,5 %) Staatsangehörigkeit teil. 3,3 % der Stichprobe gaben an, eine andere Staatsangehörigkeit zu

besitzen. 880 Personen (5,3 %) haben neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit angegeben. Die genannten nichtdeutschen Staatsangehörigkeiten sind damit im Vergleich zur niedersächsischen Wohnbevölkerung unterrepräsentiert: Das Ausländerzentralregister weist mit Stichtag 31.12.2024 für Personen ab 16 Jahren jeweils 1,3 % mit ukrainischer, türkischer und polnischer sowie 1,0 % mit syrischer Staatsangehörigkeit aus. 8,1 % haben eine andere ausländische Staatsangehörigkeit.

Einen Migrationshintergrund – dieser gilt als gegeben, sobald eine befragte Person selbst und / oder Vater oder Mutter nicht in Deutschland geboren ist / sind – weisen 15,9 % der Befragten auf. Zahlen aus dem Zensus für Niedersachsen aus dem Jahr 2022 zeigen einen Anteil von 18,2 % für Menschen ab 16 Jahren mit Einwanderungsgeschichte. Wenngleich das Erhebungsjahr nicht vergleichbar ist und auch das Konzept der Einwanderungsgeschichte sich von dem des Migrationshintergrunds unterscheidet (vgl. Landesamt für Statistik Niedersachsen o.J.), kann davon ausgegangen werden, dass Menschen mit Migrationshintergrund in der Stichprobe unterrepräsentiert sind.

3.5 Haushaltgröße und Kinder im Haushalt

Die Befragten wurden gebeten anzugeben, wie viele Personen – sie inklusive – in ihrem Haushalt leben und wie viele davon minderjährig sind. 18,4 % der Personen der Stichprobe wohnen allein; vor allem hochaltrige Personen ab 80 Jahre wohnen häufiger in Einpersonenhaushalten – hier sind es 40,8 %. Bezogen auf die niedersächsische Bevölkerung ab 16 Jahren sind insbesondere Einpersonenhaushalte sowie größere Haushalte mit fünf und mehr Personen unterrepräsentiert.

Minderjährige leben in 34,2 % der Haushalte. Bezogen auf die niedersächsischen Haushalte weist der Zensus 2022 den entsprechenden Anteil mit 25,5 % aus.

Tabelle 7: Rücklauf und Grundgesamtheit nach Haushaltgröße

Haushaltsgröße	Stichprobe (gewichtet)		Zensus ab 16 Jahre (Stand: 15.5.2022)	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
1 Person	3.022	18,4	1.530.780	23,1
2 Personen	7.074	43,0	2.346.363	35,4
3 Personen	2.779	16,9	1.184.896	17,9
4 Personen	2.486	15,1	952.890	14,4
5 oder mehr Personen	1.094	6,6	620.659	9,4
Fehlende Angaben	474			

3.6 Bildung und Erwerbstätigkeit

Die Menschen wurden nach ihrem höchsten Bildungsabschluss gefragt. Im Vergleich zu den Daten des Zensus 2022 stellt sich die Stichprobe als deutlich gebildeter dar. Der Anteil von Menschen mit mindestens Fachhochschulreife ist deutlich höher als in der Gesamtbevölkerung. Ebenso befinden sich deutlich weniger Menschen in der Stichprobe, die keinen Schulabschluss haben.

Tabelle 8: Rücklauf und Grundgesamtheit nach höchstem Bildungsabschluss

Höchster Bildungsabschluss	Stichprobe (gewichtet)		Zensus ab 15 Jahre (Stand: 15.5.2022)	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Noch in schulischer Ausbildung	348	2,1	301.960	4,6
Haupt-/Volksschule	2.991	18,1	1.721.630	26,2
Mittlere Reife / Polytechnische Oberschule	5.139	30,4	1.963.680	29,8
Fachhochschulreife / Abitur / Erweiterte Oberschule	7.291	44,0	2.159.820	32,8
Ohne Schulabschluss	241	1,5	434.330	6,6
Fehlende Angaben	370			

62,2 % der Befragten gehen einer bezahlten Arbeit nach. Der Zensus 2022 weist für den Stand 15.5.2022 50,5 % Erwerbstätige aus. Obwohl auch hier gilt, dass die Erhebungszeiträume nicht deckungsgleich sind und der Zensus auch bereits Personen ab 15 Jahren betrachtet, dürfte die Stichprobe eher durch erwerbstätige Personen geprägt sein als die Grundgesamtheit.

3.7 Wirtschaftliche Lage

Die Befragten wurden gebeten einzuschätzen, wie sie ihre aktuelle wirtschaftliche Lage bewerten. Es gab sechs abgestufte Antwortmöglichkeiten, die von „sehr schlecht“ bis „sehr gut“ reichten. Den Angaben der Befragten in der Stichprobe zufolge sehen die meisten Menschen ihre wirtschaftliche Situation grundsätzlich positiv. Zwei von drei Befragten (66,1 %) gaben „eher gut“ oder „gut“ an, 6,5 % sogar „sehr gut“. 2,4 % bewerteten die wirtschaftliche Lage dagegen als „sehr schlecht“, 7,4 % als „schlecht“ und 17,6 % als „eher schlecht“.

3.8 Politische Einstellung

Hinsichtlich der politischen Einstellung verortet die Stichprobe sich in der Mitte. Auf einer Skala von 1 (links) bis 10 (rechts) wird ein Mittelwert von 4,7 erreicht. Die meisten Befragten (64,9 %) sehen sich exakt in der politischen Mitte (Ausprägungen 4 bis 6). Bei den Rändern sind Menschen, die als (eher) links bezeichnet werden können (Ausprägungen 0 bis 3) häufiger vertreten als solche, die sich (eher) rechts (Ausprägungen 7 bis 10) sehen (22,5 % vs. 12,6 %).

4 Ergebnisse

4.1 Leben in Niedersachsen

Kriminalität und die damit verbundene Furcht entstehen häufig im Zusammenhang mit der direkten sozialen Umgebung, dem Wohnumfeld der Menschen. Besondere Bedeutung kommt in diesem Rahmen der sozialen Kontrolle zu. Soziale Kontrolle meint auf der formalen Ebene jene durch beispielsweise die Polizei und auf informeller Ebene, inwieweit Menschen in einer Nachbarschaft bereit sind, bestehende Mehrheitsnormen zu überwachen und durchzusetzen, um so abweichendes Verhalten und damit auch Kriminalität zu verhindern. Es wird angenommen, dass ein geringes Maß an sozialer Kontrolle in einem Viertel mit einem erhöhten Risiko für Viktimisierung sowie einer stärkeren Angst vor Kriminalität einhergeht (vgl. Lanfear 2022).

Für das Ausmaß der informellen sozialen Kontrolle hält die Kriminologie mehrere Erklärungsansätze bereit. So wird, angelehnt an die Theorie der sozialen Desorganisation von Shaw und McKay (1969), davon ausgegangen, dass Faktoren wie Armut, ethnische Heterogenität, hohe Fluktuation oder bauliche Aspekte einer Nachbarschaft Einfluss auf die Stärke der sozialen Kontrolle nehmen. Die Hypothese der „Broken Windows“ (vgl. Wilson / Kelling 1982) geht davon aus, dass bestimmte Anzeichen von Verwahrlosung, wie eben zerbrochene Fenster oder Graffitis, oder sogenannte Incivilities, also Verstöße gegen gesellschaftliche Normen, die häufig nicht die Schwelle der Kriminalität überschreiten (z.B. Bettelei, trinken in der Öffentlichkeit), bereits Ausdruck einer schwindenden sozialen Kontrolle sind und diese in einer Art Abwärtsspirale weiter verringern. Potentiellen Straftäterinnen und Straftätern können solche Entwicklungen ein Signal senden, dass in diesem Gebiet mit wenig Aufmerksamkeit und Widerstand zu rechnen ist, was einen Tatentschluss begünstigen kann. Empirische Studien belegen, dass Menschen häufiger Opfer von Straftaten in ihrem Wohnviertel werden, wenn sie dort verstärkt Verwahrlosungserscheinungen wahrnehmen. Bestehen in einem Viertel dagegen starke nachbarschaftliche Kontakte, gegenseitiges Vertrauen, gemeinsame Werte und Normen, ähnliche Lebenssituationen und -stile, wirkt dies abschreckend auf Straftäterinnen und Straftäter (vgl. Starcke 2019; vgl. Hahne 2020; vgl. Glas 2021).

Vor diesem Hintergrund berücksichtigt die vorliegende Untersuchung auch Merkmale der Nachbarschaft. Erhoben wurden unter anderem Daten zur Dauer des Wohnens in der aktuellen Nachbarschaft, zur wahrgenommenen Qualität der Umgebung im Hinblick auf die baulich-räumliche Attraktivität, zu Sauberkeit und Ordnung sowie Intensität der nachbarschaftlichen Kontakte.

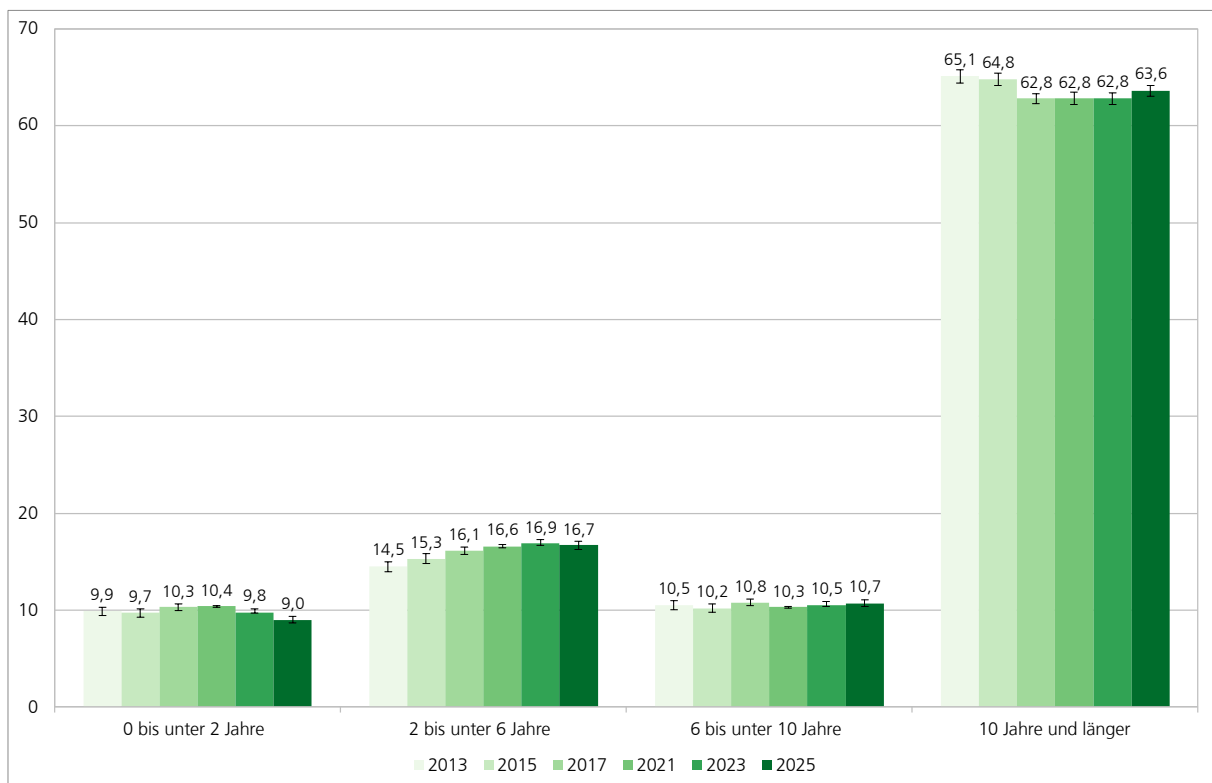
4.1.1 Wohndauer

Die meisten Menschen leben wie in allen vorangegangenen Befragungswellen schon mindestens zehn Jahre in ihrer Nachbarschaft. Aktuell geben annähernd zwei Drittel (63,6 %) dies an. Wenngleich der entsprechende Anteil um 0,8 Prozentpunkte gesunken ist, lebt immer noch knapp jede zehnte befragte Person (9,0 %) maximal zwei Jahre in der aktuellen Wohngegend. Zwischen zwei und sechs Jahren sind weiterhin ca. 17 % der Befragten am Wohnort ansässig, weitere 10,7 % zwischen sechs und zehn Jahren. Ein Geschlechterunterschied ist in dieser Hinsicht nicht festzustellen. Allerdings ist die Wohndauer bei Menschen mit Migrationshintergrund deutlich geringer (14,6 % der Menschen mit Migrationshintergrund weisen eine Wohndauer von unter zwei Jahren auf, dagegen nur 8,0 % derer ohne Migrationshintergrund). Ursächlich hierfür dürften auch die Migrationsbewegungen und Zuzüge der letzten Jahre sein.

Die Fluktuation ist vor allem in großen Städten ab 100.000 Personen deutlich höher: 12,7 % wohnen zum Befragungszeitpunkt unter zwei Jahre in ihrer Nachbarschaft; dieser Anteil liegt in kleineren Städten zwischen 50.000 und 100.000 EW bei 8,6 %, in kleineren Gemeinden bis 20.000 Personen nur bei 7,0 %.

Plausibel ist in diesem Zusammenhang, dass die Wohndauer mit dem Alter zunimmt. Insbesondere junge Erwachsene leben noch nicht lang in ihrer Nachbarschaft: 25,2 % der 21- bis 34-Jährigen wohnt noch keine zwei Jahre am aktuellen Wohnort.

Abbildung 1: Wohndauer nach Jahren in Prozent



4.1.2 Nachbarschaftsqualität

Die Qualität der Nachbarschaft wurde auf zwei Ebenen gemessen: Die baulich-räumliche Qualität wird dabei über schön gestaltete und gut erhaltene Häuser sowie attraktive Straßen, Wege und Plätze operationalisiert, die Sauberkeit und Ordnung als zweite Ebene umfasst Müll auf Straßen und Grünflächen, Schmierereien an Wänden und beschädigte Wartehäuschen, Briefkästen und dergleichen. Aus den jeweils drei Einzelitems wurden Indizes gebildet, deren Ausprägung von „gering“ bis „hoch“ reicht.

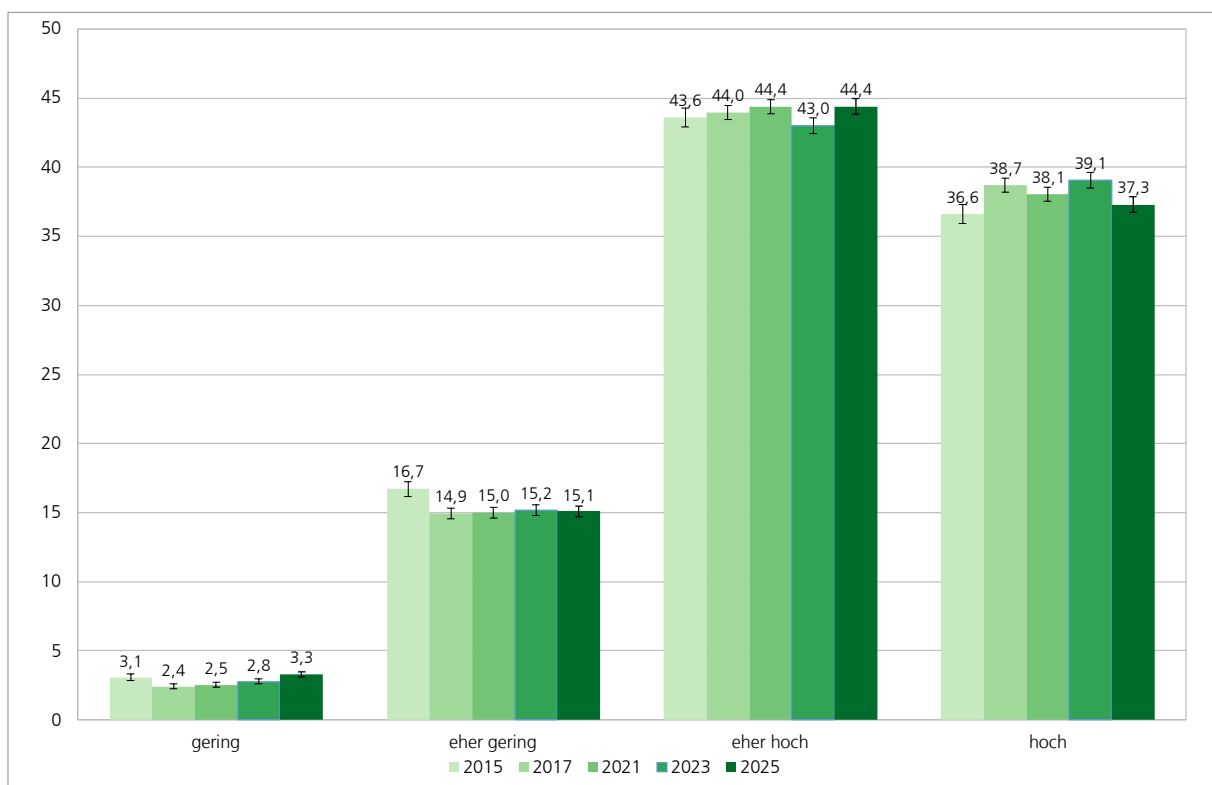
Wie in den bisherigen Befragungen empfindet nur ein geringer Anteil der Menschen die baulich-räumliche Qualität der eigenen Nachbarschaft als gering (3,3 %), 81,7 % dagegen als eher hoch oder gar hoch. Der Anteil derer, die eine hohe bauliche und räumliche Attraktivität und Gestaltung des Umfelds wahrnehmen, ist indes signifikant um fast 2 Prozentpunkte auf 37,3 % gesunken.

Verantwortlich für diese grundsätzlich positive Bewertung ist vor allem die Ansicht, dass die Gebäude gut erhalten sind – 92,2 % stimmen dem eher oder völlig zu. Vergleichsweise weniger Befragte, nämlich 73,1 % bzw. 66,9 % bewerten die Attraktivität der Häuser sowie des öffentlichen Raums – also von Straßen, Wegen und Plätzen – positiv.

Heruntergebrochen auf soziodemographische Merkmale sind Faktoren wie die Größe des Wohnorts, das Alter, das Geschlecht, Kinder im Haushalt und die Wohndauer ausschlaggebend für die Bewertung der baulich-räumlichen Nachbarschaftsqualität. Je größer beispielsweise der Wohnort der Befragten ist, desto geringer wird die baulich-räumliche Qualität der Umgebung bewertet. Hinsichtlich des Alters verhält es sich so, dass mit steigendem Alter die Gestaltung und Attraktivität der Nachbarschaft tendenziell besser wahrgenommen werden; dies könnte auch damit zusammenhängen, dass ältere Menschen finanzielle Möglichkeiten haben, die ihnen die Wahl für sie besserer Nachbarschaften ermöglichen. Sofern Kinder im Haushalt leben, wird die Umgebung ebenfalls als besser gestaltet angesehen; auch dies verwundert nicht vor dem Hintergrund, dass viele Menschen im Rahmen der Familiengründungsphase in Eigentum und vielleicht auch aufs Land ziehen. Die genannten Einflussfaktoren auf die Bewertung hängen dabei freilich auch voneinander ab und stehen in Zusammenhang.

Keinen Unterschied auf die Bewertung der baulich-räumlichen Gestaltung der Nachbarschaft hat dagegen ein Migrationshintergrund der befragten Personen.

Abbildung 2: Baulich-räumliche Qualität der Nachbarschaft nach Jahren in Prozent

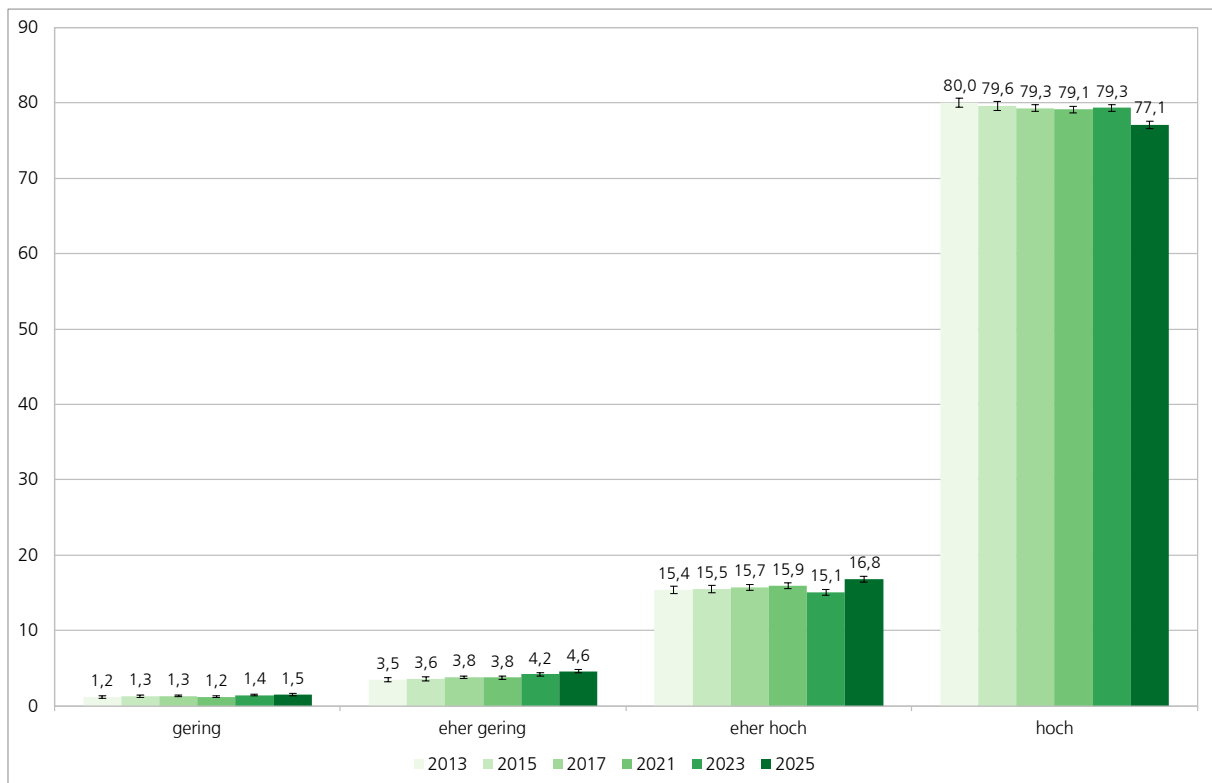


Die Bewertung der Ordnung und Sauberkeit der Nachbarschaft ist über den Betrachtungszeitraum insgesamt sehr positiv – mindestens drei Viertel haben Ordnung und Sauberkeit jeweils als hoch eingeschätzt. Jedoch fällt im Vergleich zu den letzten Befragungswellen auch die Bewertung dieses Aspekts statistisch signifikant schlechter aus.

Vor allem Müll im Wohnumfeld treibt die Menschen um. 2025 stimmen 18,5 % der Aussage, dass häufig Abfall und Müll in der Nachbarschaft herumliegen, „eher“ oder „völlig zu“. 2023, in der letzten Befragung, war bei diesem die Ordnung und Sauberkeit betreffenden Item die Zustimmung mit 16,5 % zwar im Vergleich zu den anderen Items am höchsten, aber deutlich geringer als in der jetzigen Befragung. Dass es viele Beschädigungen und Graffiti gibt, sehen 2025 5,5 % bzw. 5,4 % eher oder völlig.

Die Größe des Wohnorts der Befragten hat einen sehr starken Einfluss auf die Bewertung. Während in Gemeinden mit einer Bevölkerung bis 20.000 nur zu 2,8 % die Sauberkeit und Ordnung als (eher) gering angesehen wird, und auch in Städten mit einer Bevölkerungszahl zwischen 20.000 und 100.000 der entsprechende Anteil nur 5,5 % beträgt, sind es in Großstädten 14,9 %. Alter, Geschlecht, ein Migrationshintergrund oder das Vorhandensein von Minderjährigen im Haushalt haben dagegen keinen Einfluss auf die Bewertung der Ordnung und Sauberkeit.

Abbildung 3: Ordnung und Sauberkeit der Nachbarschaft nach Jahren in Prozent



4.1.3 Nachbarschaftsintensität

Die Nachbarschaftsintensität wurde über insgesamt sechs Einzelitems berechnet. Diese messen, ob man die Nachbarn kennt – etwa die Namen kennt oder genau weiß, wer in der Nachbarschaft wohnt –, Kontakt hat, sich zum Beispiel besucht, oder gegenseitige Hilfsbereitschaft und Unterstützung.

Auf einer vierstufigen Skala schätzen gut 40 % der Befragten im Jahr 2025 die Nachbarschaftsintensität als hoch ein. Dies ist im Vergleich zu den vorherigen Messzeitpunkten ein statistisch signifikanter Rückgang. Weitere 41,8 % empfinden die Intensität als eher hoch, nur 18,0 % als (eher) gering. Insgesamt ist die Nachbarschaftsintensität damit weiterhin als positiv zu bezeichnen.

Den Einzelitems, die die Skala bilden, stimmen die Befragten jeweils zu mindestens mehr als drei Viertel „(eher) zu“. Einzig die Frage nach gegenseitigen Besuchen in der Nachbarschaft erzielt hier geringere Zustimmungswerte: Nur 49,2 % stimmen „eher“ oder „völlig zu“, dass sie Nachbarn auch besuchen.

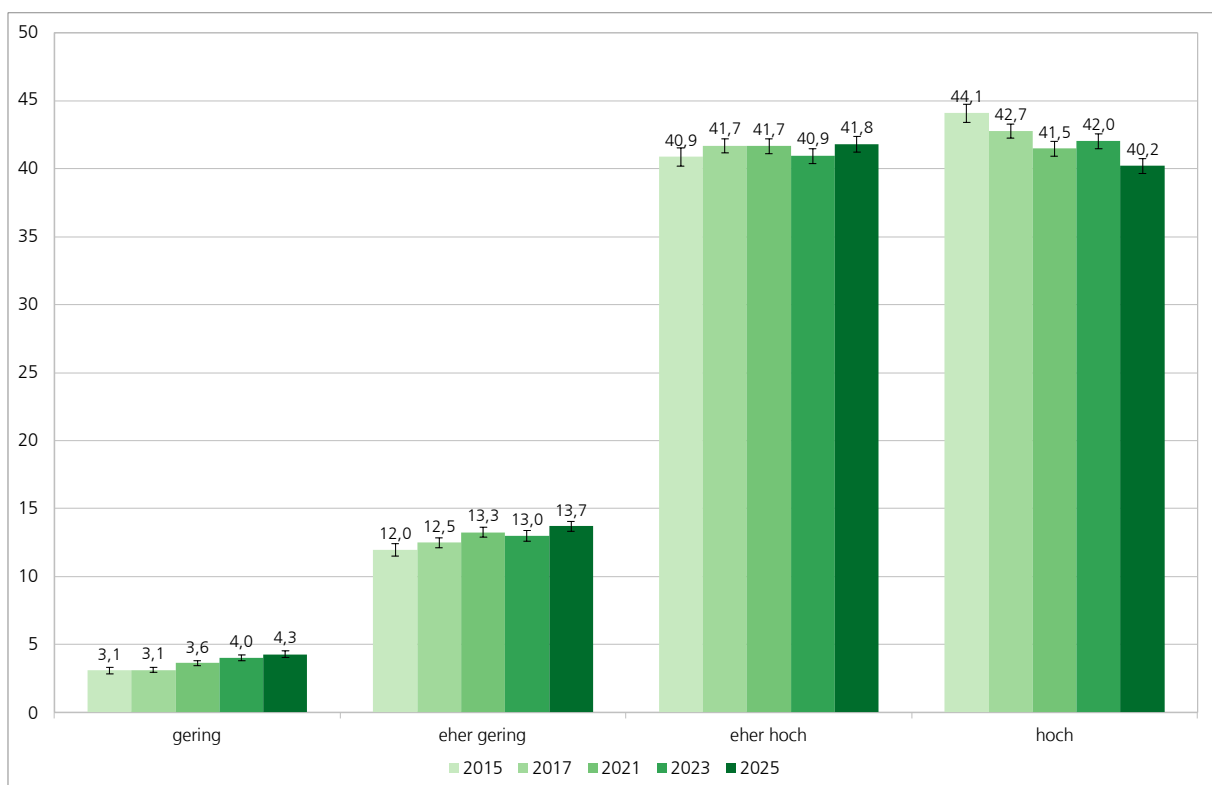
Maßgeblich wird die Nachbarschaftsintensität durch die Größe des Wohnorts und die Wohndauer beeinflusst:

- Menschen aus Orten mit weniger als 20.000 EW geben nur zu 10,5 % eine (eher) geringe Nachbarschaftsintensität an. In Städten mit einer Bevölkerung zwischen 20.000 und 100.000 sind es schon 19,5 %, in niedersächsischen Großstädten 30,5 %.
- Befragte, die weniger als zwei Jahre in ihrer Nachbarschaft leben, erleben zu 40,7 % eine (eher) geringe Nachbarschaftsintensität. Mit steigender Wohndauer sinkt dieser Anteil drastisch. Bei Personen, die mehr als zehn Jahre in ihrer Gegend leben, sinkt er bis auf 11,5 %.

Auch das Lebensalter der Befragten und das Vorhandensein von Kindern im Haushalt erhöht die Bewertung der Nachbarschaftsintensität. Dies dürfte eng mit den vorher genannten Punkten zusammenhängen: Ältere Menschen leben länger am selben Ort, Kinder führen häufig zu einem Umzug in kleinere Ortschaften.

Während schließlich Männer mit 18,9 % etwas mehr als Frauen (17,0 %) eine (eher) geringe Nachbarschaftsintensität angeben, ist bei Personen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Menschen, die einen solchen nicht aufweisen, ein deutlich größerer Unterschied festzustellen. Personen mit Migrationshintergrund bewerten die Intensität der Nachbarschaft zu 26,2 % als (eher) gering und liegen damit fast 10 Prozentpunkte über der Bewertung von Personen ohne Migrationshintergrund (16,5 %).

Abbildung 4: Nachbarschaftsintensität nach Jahren in Prozent



4.2 Kriminalitätsfurcht

Kriminalitätsfurcht ist ein zentrales Thema der Kriminologie. Sie beeinflusst nicht nur das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung, sondern auch das Verhalten im öffentlichen Raum, das Vertrauen in Institutionen und letztlich politische Entscheidungsprozesse (vgl. Corrieri 2023: 74f.). Von daher ist das Wissen um sie auch für die Polizei von entscheidender Bedeutung.

Grundsätzlich bezeichnet Kriminalitätsfurcht die subjektive Wahrnehmung von Bedrohung durch kriminelle Handlungen – unabhängig davon, ob tatsächlich eine objektive Gefährdung vorliegt (vgl. Gabriel / Greve 2003). In der frühen kriminologischen Forschung wurde Kriminalitätsfurcht häufig mithilfe eines sogenannten Standardindikators gemessen, der in der Regel aus einer einzigen Frage bestand – etwa: „Wie sicher fühlen Sie sich, wenn Sie nachts allein in Ihrer Wohngegend unterwegs sind?“ (vgl. Gabriel / Greve 2003). Diese eindimensionale Herangehensweise wurde jedoch zunehmend als unzureichend kritisiert (vgl. Noack 2015: 87–88). Mittlerweile ist wissenschaftlicher Konsens, dass Kriminalitätsfurcht kein eindimensionales Phänomen ist, sondern ein vielschichtiges, subjektives, psychologisches Konstrukt. Sie ist keine direkte Reaktion auf ein konkretes Ereignis, sondern entsteht häufig durch eine Mischung aus persönlichen Erfahrungen, medialer Berichterstattung, sozialem Austausch und gesellschaftlichen Unsicherheiten (vgl. Farrall et al. 2009).

In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung haben sich insbesondere drei Dimensionen herausgebildet: die affektive, kognitive und konative Dimension (vgl. Dölling et al. 2022: 313). Zudem spielt das raumbezogene Unsicherheitsgefühl eine bedeutsame Rolle für das Verständnis von Kriminalitätsfurcht im alltäglichen Kontext (vgl. Corrieri, 2023: 24f.).

- Die affektive Dimension bezieht sich auf emotionale Reaktionen, insbesondere auf Gefühle der Angst, Besorgnis oder Unsicherheit im Zusammenhang mit einer potenziellen kriminellen Bedrohung. Sie stellt das klassische Angstepfinden dar (vgl. Groß et al. 2024: 108).
- Die kognitive Dimension beschreibt die bewusste Einschätzung der Wahrscheinlichkeit, selbst Opfer eines Verbrechens zu werden. Es geht hier um rationale Bewertungen und Risikoeinschätzungen, die sich aus Erfahrungen, Medieninformationen, Statistiken oder gesellschaftlichen Diskursen speisen (vgl. Groß et al. 2024: 109).
- Die konative Dimension beschreibt das konkrete Verhalten, das aus Kriminalitätsfurcht resultiert. Dieses Verhalten, das direkte Auswirkungen auf das soziale Leben und die Raumnutzung von Personen hat (vgl. Groß et al. 2024: 109), kann sich in zwei Richtungen entfalten:
 - vermeidendes Verhalten (z. B. Meiden bestimmter Orte oder Tageszeiten, Verzicht auf bestimmte Verkehrsmittel)
 - präventives Verhalten (z. B. Installation von Sicherheitstechnik, Mitnahme von Pfefferspray)

Ein weiteres zentrales Element von Kriminalitätsfurcht ist das raumbezogene Unsicherheitsgefühl. Es beschreibt die subjektive Wahrnehmung eines Ortes als unsicher oder potenziell gefährlich – unabhängig davon, ob dort tatsächlich mehr Kriminalität stattfindet. Orte müssen damit aus Sicht der Menschen nicht objektive Gefahrenorte sein, sondern die subjektive entsprechende Bewertung als Angstraum ist für sie relevant (vgl. Landeskriminalamt Niedersachsen 2015).

Faktoren, die ein raumbezogenes Unsicherheitsgefühl fördern, sind unter anderem eine mangelnde Beleuchtung oder Einsehbarkeit, baulicher Verfall, Vandalismus oder Graffiti, soziale Desorganisation (z. B. Drogenkonsum im öffentlichen Raum, Obdachlosigkeit) oder geringe soziale Kontrolle (vgl. Corrieri 2023: 78).

Die Dimensionen der Kriminalitätsfurcht stehen insgesamt in Wechselwirkung zueinander. So kann eine erhöhte kognitive Risikowahrnehmung emotionale Angstreaktionen verstärken. Umgekehrt kann aber auch eine diffuse affektive Unsicherheit rationale Einschätzungen verzerren. Beide Komponenten beeinflussen das konative Verhalten, das wiederum auf die affektive und kognitive Dimension zurückwirkt – etwa durch Meidung eines Ortes, was die Überzeugung von dessen Gefährlichkeit bestärkt (vgl. Wickert 2018). Raumbezogene Unsicherheit hängt stark mit den anderen genannten Dimensionen der Kriminalitätsfurcht zusammen, hat starke affektive Auswirkungen und verstärkt oft kognitive Risikoeinschätzungen sowie konatives Vermeidungsverhalten (vgl. Corrieri 2023: 80f.).

4.2.1 Raumbezogenes Unsicherheitsgefühl

In der letzten Befragungswelle wurde die Erhebung des raumbezogenen Unsicherheitsgefühls angepasst. Die bis 2023 abgefragten Items wurden ergänzt, indem weitere Örtlichkeiten und Situationen hinsichtlich der empfundenen Unsicherheit bewertet werden sollten. Insgesamt wurden zehn Items zur Bewertung vorgelegt, diese behandeln die empfundene Unsicherheit allein in der eigenen Wohnung, in der Nachbarschaft, außerhalb der Nachbarschaft sowie im Kontext des öffentlichen Personennahverkehrs (in Fahrzeugen und an Haltestellen). Die Abfrage erfolgte für „tagsüber“ und „nachts“, um entsprechende Unterschiede im Unsicherheitsgefühl abbilden zu können. Mit der vorliegenden Befragungswelle ist es nun erstmals möglich, Veränderungen in den Antworten nach der neuen Erhebungsweise zu erkennen.

Eine Betrachtung der Items bezogen auf alle Ausprägungen der vierstufigen Skala von „sehr sicher“ bis „sehr unsicher“ zeigt einige wesentliche Befunde:

- Einmal ist festzustellen, dass das raumbezogene Unsicherheitsgefühl mit Abstand vom eigenen privaten Raum zunimmt. Am sichersten fühlen sich die Befragten in der eigenen Wohnung und nur wenig unsicherer in der Nachbarschaft. Außerhalb der Nachbarschaft sowie in Verbindung mit dem öffentlichen Personennahverkehr steigt das Unsicherheitsgefühl dann stark an.
- Zusätzlich ist das Unsicherheitsgefühl nachts deutlich höher als tagsüber. 9,0 % fühlen sich nachts zu Hause „eher“ oder „sehr unsicher“, 11,6 % in der Nachbarschaft. Das sind 7,2 bzw. 8,5 Prozentpunkte mehr als tagsüber. Außerhalb der Nachbarschaft und im Kontext des ÖPNV sind die Unterschiede zwischen nachts und tagsüber deutlich größer, sie liegen mindestens bei 23,9 (in öffentlichen Verkehrsmitteln) und maximal bei 32,6 (außerhalb der Nachbarschaft) Prozentpunkten.
- Im Vergleich zwischen der Befragung 2023 und der aktuellen von 2025 zeigt sich, wie in Abbildung 5 dargestellt, eine Verschiebung hin zu einem erhöhten Unsicherheitsgefühl. Bemerkenswert ist, dass diese Verschiebung nachts außerhalb der Nachbarschaft sowie im ÖPNV-Kontext vor allem von „eher sicher“ zu „sehr unsicher“ erfolgt. Beispielsweise ist dies der Fall beim Unsicherheitsgefühl nachts an Haltestellen: Der Anteil von Befragten, die sich „eher sicher“ fühlen, ist um 5,4 Prozentpunkte gesunken, während der von Personen, die sich „sehr unsicher“ fühlen, um 7,1 Prozentpunkte gestiegen ist. Nachts allein in der eigenen Wohnung und in der Nachbarschaft hat sich das Unsicherheitsgefühl

zwar auch verstärkt, es ist aber gleichsam eine deutliche Zunahme von Personen, die angegeben, sich „sehr sicher“ zu fühlen, festzustellen.

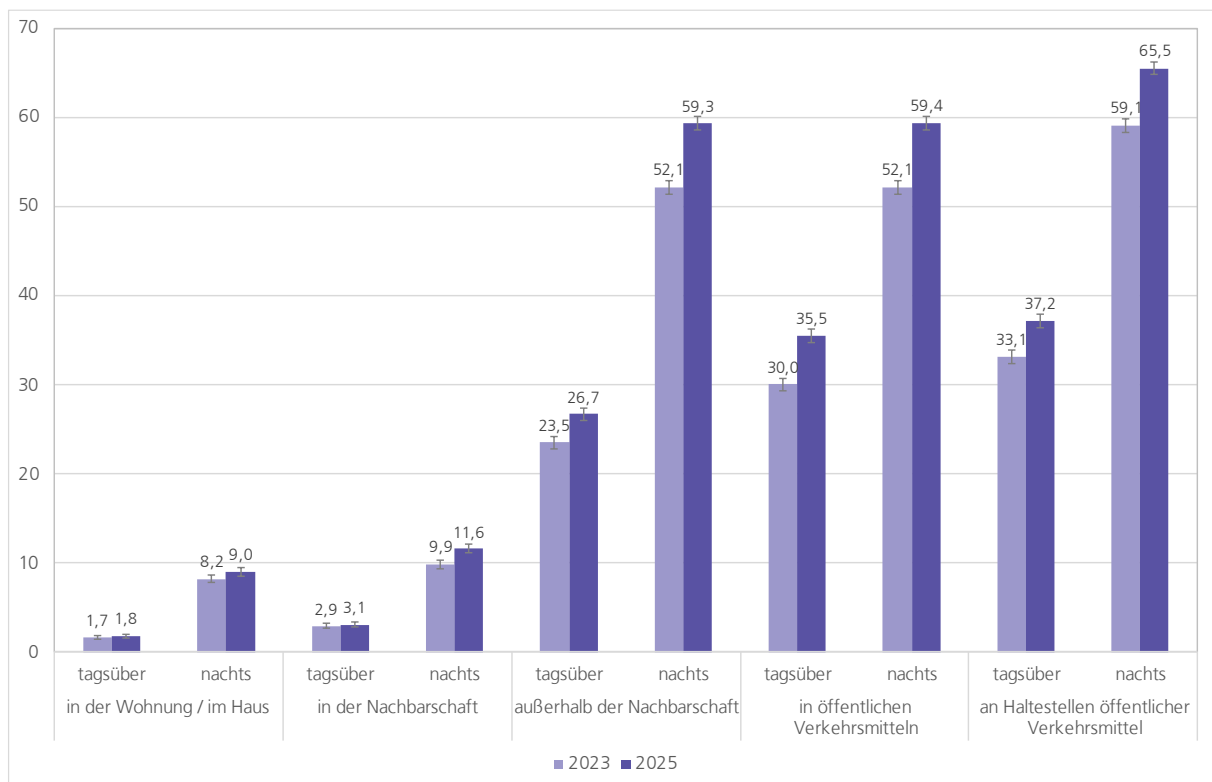
Tabelle 9: Einzelaspekte des raumbezogenen Unsicherheitsgefühls in Prozent

Wie sicher fühlen Sie sich ...		sehr sicher	eher sicher	eher unsicher	sehr unsicher
tagsüber alleine ...	... in Ihrer Wohnung / Ihrem Haus?	69,8	28,4	1,4	0,4
	... in Ihrer Nachbarschaft?	59,8	37,1	2,7	0,4
	... außerhalb Ihrer Nachbarschaft (z. B. auf öffentlichen Plätzen, Straßen, in Parks)?	19,3	54,0	22,8	3,9
	... in öffentlichen Verkehrsmitteln?	14,8	49,8	28,1	7,4
	... an Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel?	14,0	48,9	29,7	7,5
nachts alleine ...	... in Ihrer Wohnung / Ihrem Haus?	53,4	37,6	7,5	1,5
	... in Ihrer Nachbarschaft?	40,5	47,9	9,9	1,7
	... außerhalb Ihrer Nachbarschaft (z. B. auf öffentlichen Plätzen, Straßen, in Parks)?	7,3	33,4	40,0	19,3
	... in öffentlichen Verkehrsmitteln?	7,3	33,3	37,7	21,7
	... an Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel?	5,9	28,7	39,2	26,2

Für eine übersichtliche Darstellung sind die Anteile für „eher unsicher“ und „sehr unsicher“ für die folgende Grafiken und die weiteren Tabellen zusammengefasst worden. Auch hierbei zeigt sich zunächst sehr deutlich, dass sich die gefühlte Unsicherheit seit der letzten Befragung – teilweise stark – verstärkt hat. Dies gilt vor allem nachts und außerhalb der Nachbarschaft bzw. in Verkehrsmitteln und an Haltestellen des öffentlichen Personennahverkehrs.

Des Weiteren wurde für die einzelnen Items die Möglichkeit einer Mittelwertskalenbildung geprüft. Die Faktorenanalyse deutete auf die Bildung von zwei Skalen hin: jeweils eine für die Situationen im Nahraum und im öffentlichen Raum. Beide Mittelwertskalen wurden gebildet und werden spezifisch bei Vergleichen für die Mediennutzung der Befragten verwendet.

Abbildung 5: Einzelaspekte des raumbezogenen Unsicherheitsgefühls nach Jahren in Prozent („eher unsicher“ und „sehr unsicher“)



Die Größe des Wohnorts nimmt, bis auf die Unsicherheit in der eigenen Wohnung, Einfluss auf die betrachteten Situationen. Dieser ist jedoch nicht dergestalt, dass Personen aus Großstädten mit 100.000 und mehr EW immer die größte Unsicherheit angeben. Dies ist nur bezogen auf die Unsicherheit außerhalb der Nachbarschaft der Fall; hier liegen die Werte für Großstädte tagsüber und nachts über denen von Mittelstädten mit 20.000 bis 100.000 EW und denen von kleineren Gemeinden. Bei den anderen drei Items – Unsicherheit außerhalb der Nachbarschaft, in Verkehrsmitteln des Nahverkehrs sowie an dessen Haltestellen – geben Befragte aus mittelgroßen Städten jeweils den höchsten Wert an – gleich, ob für tagsüber oder nachts. Bemerkenswert ist ferner, dass Befragte aus Großstädten in Bezug auf den ÖPNV außer nachts an Haltestellen sogar die im Vergleich geringste Unsicherheit angeben.

Tabelle 10: Einzelaspekte des raumbezogenen Unsicherheitsgefühls nach Ortsgrößen in Prozent („eher unsicher“ und sehr unsicher“)

	bis 20.000 EW	20.000 bis 100.000 EW	100.000 und mehr EW
Tagsüber in der eigenen Wohnung	1,5	1,8	1,9
Tagsüber in der Nachbarschaft	2,0	3,6	4,1
Tagsüber außerhalb der Nachbarschaft	24,2	29,0	25,1
Tagsüber in öffentlichen Verkehrsmitteln	35,4	36,7	29,8
Tagsüber an Haltestellen	36,8	38,3	32,4
Nachts in der eigenen Wohnung	8,8	8,8	8,2
Nachts in der Nachbarschaft	9,1	12,0	14,3
Nachts außerhalb der Nachbarschaft	55,0	62,1	60,5
Nachts in öffentlichen Verkehrsmitteln	58,4	61,8	55,5
Nachts an Haltestellen	63,9	67,4	64,8

Heruntergebrochen auf Altersgruppen wird offenbar, dass vor allem jüngere Menschen ein (eher) hohes Unsicherheitsgefühl in den in Rede stehenden Situationen empfinden. Nachfolgende Tabelle zeigt exemplarisch die entsprechenden Werte für Personen, die bis 21 Jahre alt sind, und diejenigen, die mindestens 65 Jahre sind. In nahezu allen Kontexten liegen die Werte für junge Menschen deutlich über denen der älteren – außer tagsüber außerhalb der Nachbarschaft, und auch hier liegen die Werte zumindest sehr eng beieinander. Die Anstiege im Vergleich von Tag zu Nacht sind bei jungen Personen sogar um einiges deutlicher und stärker ausgeprägt.

Tabelle 11: Einzelaspekte des raumbezogenen Unsicherheitsgefühls nach ausgewählten Altersgruppen in Prozent („eher unsicher“ und sehr unsicher“)

	bis 21 Jahre	über 65 Jahre
Tagsüber in der eigenen Wohnung	2,8	1,8
Tagsüber in der Nachbarschaft	3,6	2,6
Tagsüber außerhalb der Nachbarschaft	26,3	26,8
Tagsüber in öffentlichen Verkehrsmitteln	36,0	30,6
Tagsüber an Haltestellen	41,5	32,1
Nachts in der eigenen Wohnung	11,1	9,4
Nachts in der Nachbarschaft	17,5	8,8
Nachts außerhalb der Nachbarschaft	64,8	54,8
Nachts in öffentlichen Verkehrsmitteln	63,9	51,7
Nachts an Haltestellen	74,2	56,7

Frauen geben ein höheres Unsicherheitsgefühl an als Männer, vor allem nachts. Außer tagsüber in der eigenen Wohnung und in der Nachbarschaft ist dieser Unterschied signifikant. In Bezug auf einen Migrationshintergrund der Befragten zeigt sich, dass Personen mit einem solchen Hintergrund sich insbesondere außerhalb der eigenen Wohnung und Nachbarschaft signifikant sicherer fühlen. Zum Unsicherheitsgefühl tagsüber in der eigenen Wohnung und der gewohnten Nachbarschaft dagegen geben Menschen mit Migrationshintergrund zu einem höheren Prozentsatz und statistisch signifikant häufiger an, sich „(eher) unsicher“ zu fühlen. Die entsprechenden Unterschiede zwischen den Gruppen sind in Wohnung und Nachbarschaft nicht systematisch und damit auch nicht signifikant.

Tabelle 12: Einzelaspekte des raumbezogenen Unsicherheitsgefühls nach Geschlecht und Migrationshintergrund in Prozent („eher unsicher“ und sehr unsicher“)

	weiblich	männlich	mit Migrationshintergrund	ohne Migrationshintergrund
Tagsüber in der eigenen Wohnung	1,9	1,7	2,7	1,6
Tagsüber in der Nachbarschaft	3,2	3,0	4,1	2,9
Tagsüber außerhalb der Nachbarschaft	30,2	23,2	24,6	27,0
Tagsüber in öffentlichen Verkehrsmitteln	39,2	31,7	32,2	36,0
Tagsüber an Haltestellen	41,9	32,4	35,2	37,5
Nachts in der eigenen Wohnung	13,0	4,8	8,9	9,0
Nachts in der Nachbarschaft	15,3	7,6	12,7	11,4
Nachts außerhalb der Nachbarschaft	71,3	47,2	53,5	60,5
Nachts in öffentlichen Verkehrsmitteln	70,5	48,3	52,7	60,7
Nachts an Haltestellen	77,0	54,0	59,2	66,7

Darüber hinaus hat die politische Einstellung der Befragten einen signifikanten Einfluss auf ihr raumbezogenes Unsicherheitsgefühl. Dieser Einfluss ist dergestalt, dass Personen, die sich selbst politisch (eher) rechts einordnen, deutlich höhere Werte für die raumbezogene Furcht an praktisch allen Orten und sowohl tagsüber als auch nachts angeben als Personen, die sich politisch (eher) links oder in der Mitte verorten.

Tabelle 13: Einzelaspekte des raumbezogenen Unsicherheitsgefühls nach politischer Einstellung in Prozent („eher unsicher“ und sehr unsicher“)

	(eher) links	Mitte	(eher) rechts
Tagsüber in der eigenen Wohnung	1,4	1,6	2,9
Tagsüber in der Nachbarschaft	2,0	2,9	6,0
Tagsüber außerhalb der Nachbarschaft	16,8	26,7	42,9
Tagsüber in öffentlichen Verkehrsmitteln	23,8	35,7	55,0
Tagsüber an Haltestellen	26,1	37,2	56,3
Nachts in der eigenen Wohnung	6,9	9,2	11,2
Nachts in der Nachbarschaft	10,2	11,1	16,2
Nachts außerhalb der Nachbarschaft	51,7	59,6	71,4
Nachts in öffentlichen Verkehrsmitteln	50,5	60,0	73,4
Nachts an Haltestellen	58,5	66,0	76,9

Schließlich wurde in dieser Welle erstmals betrachtet, welchen Einfluss die Mediennutzung der Befragten hat. Zur Erfassung der Mediennutzung wurden die Befragungsteilnehmenden dazu aufgefordert, für insgesamt 15 unterschiedliche Medien anzugeben, ob sie diese „(fast) nie“, „einmal im Monat“, „einmal in der Woche“, „mehrmals in der Woche“ oder „täglich“ nutzen. Hier und im weiteren Verlauf werden dabei nur die sieben häufigsten genutzten Medien betrachtet. Dies sind das öffentlich-rechtliche Fernsehen, Radio, Zeitungen (online und offline), Nachrichtenwebsites/-apps, das Privatfernsehen, YouTube und Instagram.

Es zeigt sich in Bezug auf das raumbezogene Unsicherheitsgefühl, dass Personen, die „mehrmals in der Woche“ oder „täglich“ das öffentlich-rechtliche Fernsehen, Zeitungen, Nachrichtenwebsites/-apps oder die Videoplattform YouTube nutzen, signifikant geringere Werte sowohl für den Nahbereich als auch für den öffentlichen Raum angeben.¹ Befragte, die angeben, dass sie „mehrmals in der Woche“ oder „täglich“ Radio hören, geben zudem ein signifikant geringeres Unsicherheitsgefühl für den Nahbereich an. Der Konsum von privaten Fernsehsendern und Instagram ist hingegen mit einem signifikant höheren Unsicherheitsgefühl im öffentlichen Raum assoziiert.

4.2.2 Allgemeine Kriminalitätsfurcht (affektive Dimension)

Auf Ebene der affektiven Kriminalitätsfurcht bewerteten die befragten Personen, wie häufig sie die Befürchtung haben, von verschiedenen aufgeführten Delikten betroffen zu werden (z. B. Diebstahl, Körperverletzung, Sachbeschädigung). Diese Abfrage wurde in der letzten Erhebungswelle 2023 um das Delikt „Betrug“ erweitert. Aus den abgefragten Befürchtungen zu den verschiedenen Delikten wurde ein Index, also sozusagen ein Durchschnittswert über alle Einzelitems, für die allgemeine Kriminalitätsfurcht berechnet, der weiter unten berichtet wird. Um diesen vergleichbar zu halten, wurde „Betrug“ nicht einbezogen, sondern weiterhin separat ausgewiesen, in der aktuellen Erhebungswelle ist aber erstmals die Entwicklung der Furcht davor

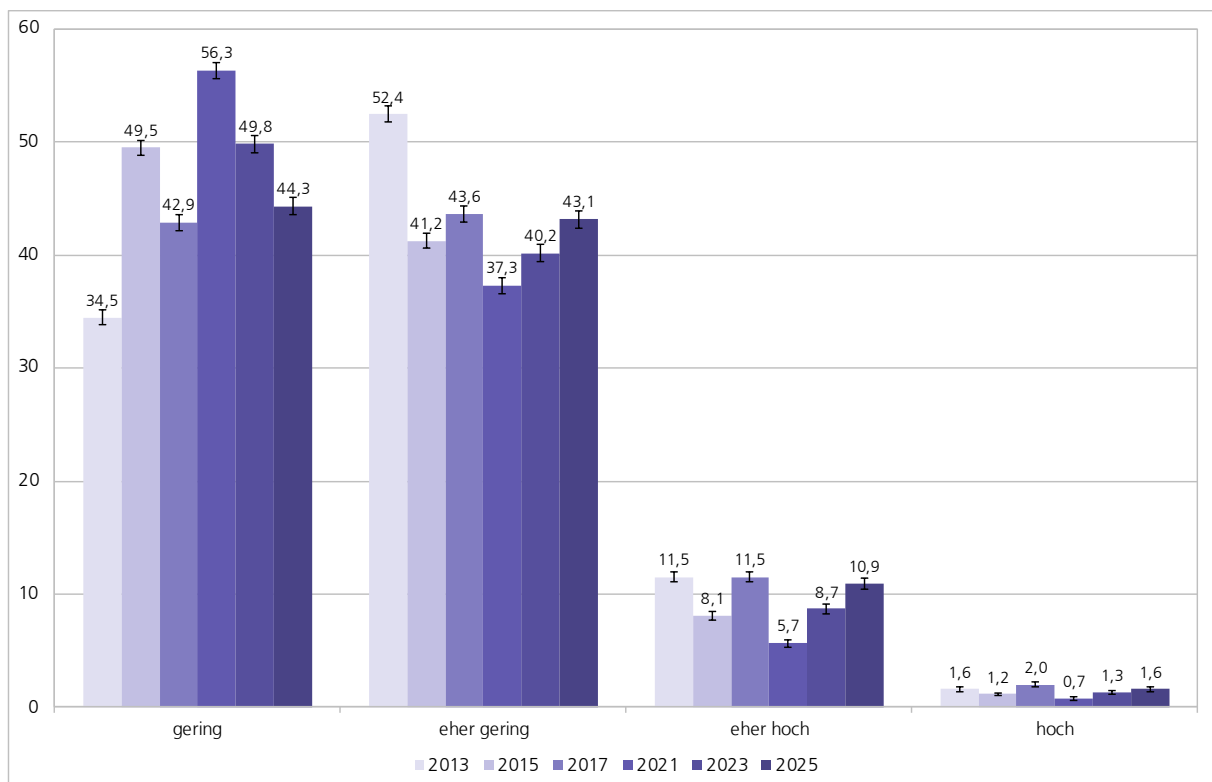
¹ Wegen der großen Zahl an unterschiedlichen abgefragten Medien und der damit einhergehenden Menge an möglichen Zusammenhängen wird hier und auch bei späteren Analysen zur Mediennutzung aus Gründen der Übersichtlichkeit und der Lesbarkeit auf die Erwähnung der deskriptiven Unterschiede in den Anteilen der gewählten Antwortoptionen verzichtet. Eine detaillierte Darstellung der deskriptiven Werte, getrennt nach Mediennutzung, findet sich in tabellarischer Form im Anhang dieses Berichts.

im Zeitverlauf zwischen 2023 und 2025 nachvollziehbar. Auch die 2017 eingeführten Fragen zur Furcht vor der Betroffenheit von Hasskriminalität – der Befragten selbst oder deren Umfeld – werden einzeln dargestellt und sind nicht Gegenstand des Index.

Insgesamt gesehen ist die allgemeine Kriminalitätsfurcht in Niedersachsen auch im Jahr 2025 (eher) gering. Bei allen abgefragten Delikten gaben weniger als 15 % der befragten Personen an, „häufig“ oder „immer“ zu befürchten, Opfer eines entsprechenden Delikts zu werden.

Bei Betrachtung des Index' der allgemeinen Kriminalitätsfurcht im Zeitverlauf ist zu sehen, dass der Anteil der Befragten mit einer geringen Furcht verglichen mit der letzten Welle um 3,5 Prozentpunkte signifikant gesunken ist. Gleichzeitig ist der Anteil derer, die eine eher hohe Kriminalitätsfurcht berichten, signifikant um 1,7 Prozentpunkte angestiegen. Deskriptiv hat sich auch der Anteil der Personen erhöht, welche eher geringe oder hohe Kriminalitätsfurcht berichten – diese Veränderungen erreichen aber keine statistische Signifikanz. Damit setzt sich der bereits in der letzten Erhebungswelle zu beobachtende Trend fort: Bereits 2023 war ein signifikanter Anstieg der allgemeinen Kriminalitätsfurcht zu beobachten, gegenüber diesen Werten findet sich nun eine erneute signifikante Steigerung.

Abbildung 6: Index der allgemeinen Kriminalitätsfurcht nach Jahren in Prozent



Bei separater Betrachtung nach unterschiedlichen Arten von Delikten zeigt sich, dass die Furcht vor Eigentums- und Betrugsdelikten signifikant höher ist als die vor körperlichen Übergriffen. 13,6 % der Befragten geben an, „häufig“ oder „immer“ Angst vor Betrug oder anderen finanziellen Schädigungen durch Dritte zu haben, für Diebstähle sind es 11,3 %, für Einbrüche 11,0 %, und für Sachbeschädigungen beläuft sich der Wert auf 10,2 %. Dagegen befürchten nur 6,4 % der Befragten, „häufig“ oder „immer“ Opfer eines Raubes zu werden. 5,3 % der befragten Personen geben an, „häufig“ oder „immer“ Angst davor zu haben, sexuell belästigt zu werden. Schließlich geben 4,6 % an, regelmäßig zu befürchten, Opfer einer Körperverletzung zu werden.

Die Angst vor Hasskriminalität ist wie in den vorherigen Wellen vergleichsweise gering ausgeprägt. 3,7 % der Befragten haben „häufig“ oder „immer“ Befürchtungen einer solchen Opferwerdung. Etwas höher ist die Angst davor, dass jemand aus dem persönlichen Umfeld Opfer von Hasskriminalität wird (6,5 %).

Tabelle 14: Einzelaspekte der allgemeinen Kriminalitätsfurcht in Prozent

Wie oft haben Sie die Befürchtung, dass ...	nie	selten	manchmal	häufig	immer
... Ihnen etwas gestohlen wird?	17,2	41,4	30,1	9,8	1,5
... Sie geschlagen und verletzt werden?	44,9	36,9	13,6	3,9	0,7
... Sie überfallen und beraubt werden?	35,9	39,7	18,0	5,4	1,0
... Sie sexuell belästigt werden?	62,7	23,1	8,9	4,4	0,9
... Ihr Eigentum beschädigt wird?	24,6	39,8	25,4	8,4	1,8
... in Ihre Wohnung / Ihr Haus eingebrochen wird?	23,2	37,4	27,4	9,3	2,7
... Sie betrogen und finanziell geschädigt werden?	25,3	34,9	26,2	11,4	2,2
... Sie wegen Ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion, Behinderung, politischen oder sexuellen Orientierung o.ä. Opfer einer Straftat werden?	72,4	17,0	6,9	2,9	0,8
... jemand aus Ihrer Familie oder Freunde wegen seiner / ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion, Behinderung, politischen oder sexuellen Orientierung o.ä. Opfer einer Straftat wird?	56,2	24,0	13,3	5,1	1,4

Erstmalig besteht in dieser Befragungswelle nun auch die Möglichkeit, einen periodischen Vergleich bei der Angst vor Betrugsdelikten anzustellen. Gegenüber dem Jahr 2023 zeigt sich bei Betrug ein Anstieg um 2,4 Prozentpunkte bei Personen, die angeben, „häufig“ oder „immer“ zu fürchten, Opfer eines solchen Delikts zu werden (von 11,2 % [2023] auf 13,6 % [2025]).

Der periodische Vergleich der affektiven Furcht vor Hasskriminalität gegen sich selbst oder Personen aus dem sozialen Umfeld zeigt einen signifikanten Anstieg gegenüber der letzten Erhebung im Jahr 2023. Während im Jahr 2023 nur 2,5 % der Befragten angaben, „häufig“ oder „immer“ zu befürchten, Opfer von vorurteilsgeleiteter Kriminalität zu werden, waren es im Jahr 2025 3,7 % – ein Anstieg um 1,2 Prozentpunkte. Ähnlich verhält es sich bei der Befürchtung, dass eine Person aus dem sozialen Umfeld Opfer vorurteilsgeleiteter Kriminalität wird. Hier stieg der Anteil derjenigen, die dies „häufig“ oder „immer“ befürchten, sogar um 2,5 Prozentpunkte (von 4,0 % im Jahr 2023 auf 6,5 % im Jahr 2025). Damit werden für beide Items die bisher höchsten Werte erreicht, seitdem im Jahr 2017 die affektive Furcht vor Hasskriminalität erstmals abgefragt wurde.

Die Analyse des Zusammenhangs von soziodemographischen Aspekten und der *affektiven Kriminalitätsfurcht* weist aus:

- Männliche Befragte haben weniger Furcht und berichten seltener als weibliche Befragte, dass sie eine (eher) hohe allgemeine Kriminalitätsfurcht haben (3,4 % vs. 6,1 %). Auf Ebene der einzelnen Delikte ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern insbesondere groß bei der Furcht vor sexueller Bedrängung: Frauen berichten mehr als zehnmal so oft wie Männer, „häufig“ oder „immer“ zu befürchten, sexuell bedrängt zu werden (Frauen: 9,7 %; Männer: 0,7 %). Auffällig ist auch, dass Personen, die ihr Geschlecht als divers

angeben oder keine Angabe machen wollen, signifikant häufiger befürchten, Opfer vorurteilsgeleiteter Kriminalität zu werden (24,6 %); bei Männern und Frauen ist dieser Anteil 3,5 % respektive 3,7 %. Praktisch dasselbe Muster findet sich für die Befürchtung, eine Person aus dem näheren Umfeld könnte Opfer von vorurteilsgeleiteter Kriminalität werden. Auch hier berichten Personen, die ihr Geschlecht nicht oder als divers angeben, mit 24,6 % signifikant höhere Werte als Männer (5,9 %) und Frauen (6,9 %).

- Ältere Personen (über 65 Jahre) berichteten mit 2,5 % signifikant seltener eine (eher) hohe allgemeine Kriminalitätsfurcht.
- Personen mit Migrationshintergrund weisen etwa dasselbe Niveau an affektiver Kriminalitätsfurcht auf wie Menschen ohne einen solchen Hintergrund. Auffällig sind die starken Unterschiede bei der Angst vor vorurteilsgeleiteter Kriminalität: Personen mit Migrationshintergrund geben mit 8,0 % signifikant öfter als Menschen ohne Migrationshintergrund (2,9 %) an, „häufig“ oder „immer“ zu befürchten, Opfer eines solchen Delikts zu werden. Zusätzlich befürchten sie auch signifikant häufiger, Menschen aus ihrem persönlichen Umfeld könnten Opfer vorurteilsgeleiteter Kriminalität werden (10,2 % vs. 5,8 %).
- Hinsichtlich des Wohnorts der Befragten zeigt sich, dass in großen Orten (über 100.000 EW) signifikant häufiger eine (eher) hohe Kriminalitätsfurcht berichtet wird (5,5 %) als in mittelgroßen Städten zwischen 20.000 und 100.000 EW (2,9 %) oder kleineren Kommunen mit weniger als 20.000 EW (3,9 %).
- Bezüglich der politischen Einstellung der Befragungsteilnehmenden ist zu konstatieren, dass Personen, die sich tendenziell links oder in der politischen Mitte verorten, signifikant häufiger als Personen mit eher rechter Einstellung hinsichtlich des Index' eine (eher) geringe allgemeine Kriminalitätsfurcht aufweisen (links: 84,1 %, Mitte: 79,8 %, rechts: 64,6 %). Dasselbe Muster findet sich auch auf Ebene einzelner Delikte, beispielsweise für die Angst vor Betrug: Hier geben Befragte, die sich selber als politisch (eher) rechts einstufen, signifikant höhere Werte an als Personen aus der politischen Mitte oder dem linken Spektrum (links: 9,6 %, Mitte: 13,3 %, rechts: 22,1 %). Bei der Angst vor vorurteilsgeleiteter Kriminalität gegen die eigene Person zeigt sich hingegen, dass sowohl Personen, die (eher) links (5,1 %), als auch Personen, die (eher) rechts (5,6 %) stehen, signifikant öfter als Personen, die sich politisch der Mitte zuordnen (2,9 %), befürchten, Opfer vorurteilsgeleiteter Kriminalität zu werden. Dieses Muster zeigt sich auch bezogen auf Befürchtungen, dass Menschen aus dem persönlichen Umfeld Opfer vorurteilsgeleiteter Kriminalität werden (links 10,2 %, Mitte 5,0 %, rechts 7,8 %).
- Auch die Mediennutzung hat einen Einfluss auf die allgemeine Kriminalitätsfurcht:
 - Personen, die „mehrmals in der Woche“ oder „täglich“ das öffentlich-rechtliche Fernsehen, das Radio oder Zeitungen nutzen, weisen signifikant seltener eine (eher) hohe allgemeine Kriminalitätsfurcht auf. Im Gegensatz dazu berichten Personen, die „mehrmals in der Woche“ oder „täglich“ die Social Media-Plattform Instagram nutzen, signifikant häufiger eine (eher) hohe affektive Kriminalitätsfurcht. Für die Nutzungshäufigkeit der Videoplattform YouTube findet sich kein signifikanter Zusammenhang.
 - Wird der Einfluss der Mediennutzung auf diejenigen Aspekte der affektiven Kriminalitätsfurcht, welche nicht im Index zur allgemeinen Kriminalitätsfurcht inkludiert sind (Betrug, vorurteilsgeleitete Kriminalität gegen sich oder andere), analysiert, zeigen sich einige zusätzliche signifikante Zusammenhänge: Befragte, die

die Fernsehangebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks oder Zeitungen „täglich“ oder „mehrmals in der Woche“ nutzen, geben signifikant seltener an, „häufig“ oder „immer“ zu befürchten, einem Betrug zum Opfer zu fallen. Hingegen fürchten Befragte, die mehrmals wöchentlich oder „täglich“ Privatfernsehen schauen, Radio hören, Nachrichtenwebsites/-apps, Instagram oder YouTube konsumieren, signifikant häufiger eine entsprechende Opferwerdung. Für den Zusammenhang von Mediennutzung und affektiver Furcht vor Hasskriminalität zeigt sich, dass die regelmäßige Nutzung („mehrmals in der Woche“ oder „täglich“) von öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern, privaten Fernsehsendern, dem Radio und Zeitungen mit einer signifikant geringeren Furcht, selbst Opfer eines vorurteilsgeleiteten Delikts zu werden, assoziiert ist. Die regelmäßige Nutzung der Plattformen Instagram und YouTube hingegen geht einher mit einer höheren Furcht im Hinblick auf eine eigene Betroffenheit von vorurteilsgeleiteten Taten. Die Furcht, dass Menschen aus dem persönlichen Umfeld Opfer von vorurteilsgeleiteter Kriminalität werden könnten, zeigt bis auf eine Ausnahme dieselben Zusammenhänge mit der Mediennutzung wie die affektive Furcht einer eigenen Opferwerdung von vorurteilsgeleiteter Kriminalität. Einzig die regelmäßige Nutzung von Nachrichtenwebsites oder -apps erhöht die entsprechende Furcht signifikant.

Tabelle 15: Index der allgemeinen Kriminalitätsfurcht nach Soziodemographie in Prozent

	(eher) gering	teils / teils	(eher) hoch
Geschlecht			
weiblich	74,4	19,5	6,1
männlich	83,6	13,0	3,4
divers / ich kann bzw. möchte mich nicht zuordnen.	67,9	21,4	10,7
Alter			
16 bis 20 Jahre	75,6	19,1	5,4
21 bis 34 Jahre	73,1	20,2	6,7
35 bis 49 Jahre	75,8	18,1	6,1
50 bis 64 Jahre	77,7	17,4	4,9
65 bis 79 Jahre	86,1	11,3	2,5
80 Jahre und älter	90,5	7,9	1,5
Migrationshintergrund			
Ja	80,9	14,4	4,7
Nein	78,6	16,6	4,8
Wohnortgröße			
unter 20.000 EW	80,9	15,2	3,9
20.000 bis unter 100.000 EW	78,3	16,8	4,9
100.000 EW und mehr	76,8	17,8	5,5
Politische Einstellung			
(eher) links	84,1	13,7	2,2
Mitte	79,8	15,5	4,6
(eher) rechts	64,6	25,0	10,4

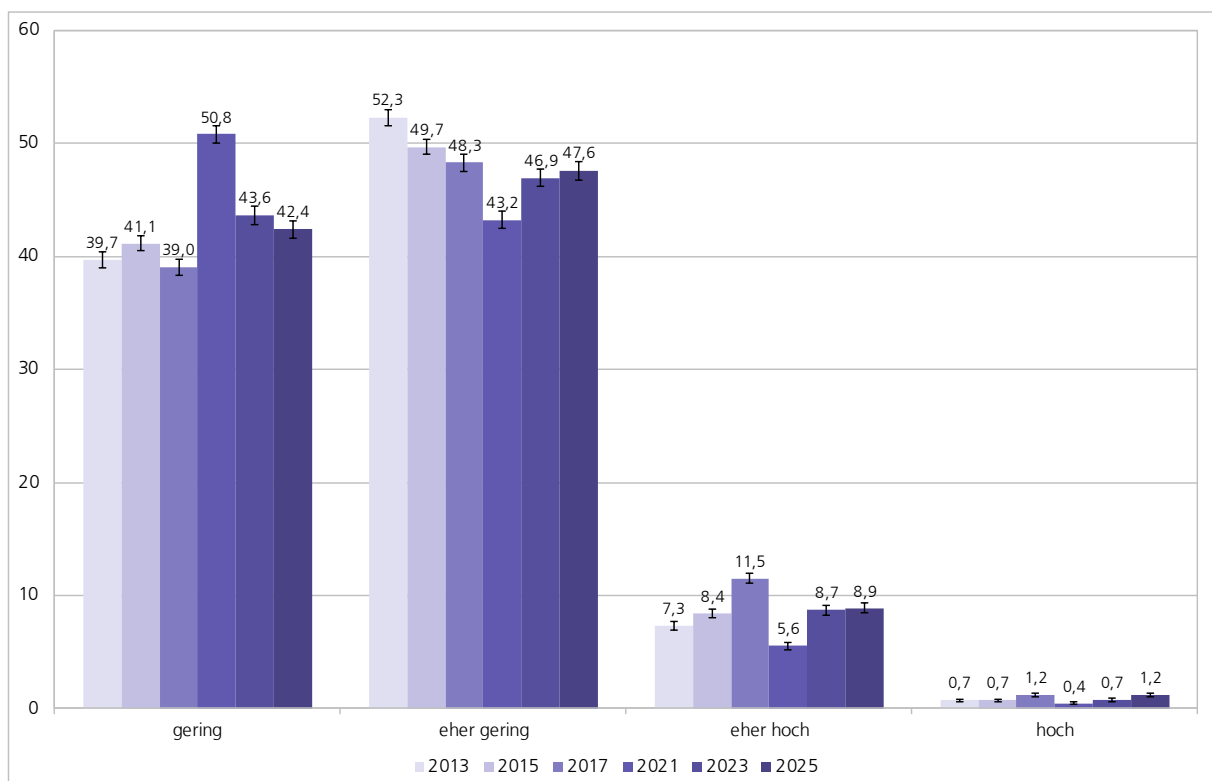
4.2.3 Persönliche Risikoeinschätzung (kognitive Kriminalitätsfurcht)

Die persönliche Risikoeinschätzung ist die dritte untersuchte Dimension von Kriminalitätsfurcht und bildet die kognitive Ebene ab. Diese Dimension umfasst die Einschätzung der Befragten, für wie wahrscheinlich sie es halten, in den nächsten zwölf Monaten Opfer bestimmter Delikte zu werden. Die dabei abgefragten Delikte decken sich mit denen, die bei der affektiven Kriminalitätsfurcht erfragt wurden, wodurch es möglich ist, diese beiden Risikobewertungen gegenüberzustellen. Wie bei der allgemeinen Kriminalitätsfurcht wird auch bei der persönlichen Risikoeinschätzung ein Index aus den einzelnen abgefragten Risikoeinschätzungen der verschiedenen Delikte gebildet. Hierzu werden die Antwortwerte für die abgefragten Delikte gemittelt, um eine durchschnittliche Gesamtrisikobewertung pro Person zu erhalten. Damit die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungswellen gewährleistet bleibt, werden die Fragen zur Risikoeinschätzung von Betrug und Hasskriminalität gegen die Befragten selbst oder gegen Personen in ihrem persönlichen Umfeld nicht in den Index integriert. Die Risikoeinschätzung zu diesen Delikten wird separat dargestellt.

Die kognitive Risikobewertung verhält sich in weiten Teilen wie die Ergebnisse zur affektiven Kriminalitätsfurcht. Die Betrachtung der Gesamtbewertung des persönlichen Risikos in Form des zuvor erwähnten Index' der persönlichen Risikoeinschätzung der Opferwerdung zeigt, dass das Risiko einer Opferwerdung über alle abgefragten Straftaten gesehen in Niedersachsen nach wie vor als (eher) gering bewertet wird. Die überwiegende Mehrheit der Befragten (88,4 %) gibt eine entsprechende Risikoeinschätzung ab.

Allerdings zeigt der periodische Vergleich mit den vorherigen Befragungswellen, dass die Menschen in Niedersachsen ihr persönliches Risiko 2025 signifikant als höher einschätzen als noch 2023. Der Anteil derer, die ihr persönliches Risiko für „gering“ halten, ist um 2,2 Prozentpunkte gesunken, während der Anteil derer, die es als „hoch“ oder „eher hoch“ einschätzen, um 0,7 Prozentpunkte gestiegen ist.

Abbildung 7: Index der persönlichen Risikoeinschätzung nach Jahren in Prozent



Die Betrachtung der persönlichen Risikoeinschätzung auf Ebene der Einzeldelikte offenbart, dass Straftaten gegen das Eigentum als wahrscheinlicher eingeschätzt werden als Straftaten gegen die Person. Für am wahrscheinlichsten halten die Befragten es, Opfer einer Sachbeschädigung zu werden: 21,2 % der Befragten halten es für „eher wahrscheinlich“ oder „sehr wahrscheinlich“, in den nächsten zwölf Monaten Opfer eines solchen Delikts zu werden. Bei Betrugsdelikten sind es 19,5 %, bei Diebstahl 18,7 % und bei Wohnungseinbruch 15,5 % der Befragten. Bei Delikten gegen die Person halten es 11,0 % der Befragten für „(eher) wahrscheinlich“, überfallen oder beraubt zu werden, 9,3 % schätzen das Risiko einer sexuellen Belästigung als „(eher) wahrscheinlich“ ein, und 8,3 % gehen (eher) davon aus, dass sie Opfer einer Körperverletzung werden.

Tabelle 16: Einzelaspekte der persönlichen Risikoeinschätzung in Prozent

Für wie wahrscheinlich halten Sie es in den nächsten 12 Monaten, dass ...	sehr unwahrscheinlich	eher unwahrscheinlich	eher wahrscheinlich	sehr wahrscheinlich
... Ihnen etwas gestohlen wird?	23,1	58,2	16,3	2,4
... Sie geschlagen und verletzt werden?	41,7	50,0	7,1	1,2
... Sie überfallen und beraubt werden?	36,7	52,4	9,6	1,4
... Sie sexuell belästigt werden?	56,3	34,4	7,0	2,3
... Ihr Eigentum beschädigt wird?	22,6	56,2	18,5	2,7
... in Ihre Wohnung / Ihr Haus eingebrochen wird?	25,9	58,6	13,6	1,9
... Sie betrogen und finanziell geschädigt werden?	26,2	54,3	16,7	2,8
... Sie wegen Ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion, Behinderung, politischen oder sexuellen Orientierung o.ä. Opfer einer Straftat werden?	66,3	26,8	5,3	1,6
... jemand aus Ihrer Familie oder Freunde wegen seiner / ihrer Herkunft, Hautfarbe, Religion, Behinderung, politischen oder sexuellen Orientierung o.ä. Opfer einer Straftat wird?	54,4	33,3	9,9	2,4

Die Überprüfung der Zusammenhänge von soziodemographischen Aspekten und der Risikoeinschätzung, also der *kognitiven Kriminalitätsfurcht*, zeigt:

- Insgesamt schätzen Frauen das Risiko der Opferwerdung signifikant höher ein als Männer. 13,5 % der Frauen bewerten es als (eher) hoch, dies tun nur 8,8 % der Männer. Ausnahmen auf deliktischer Ebene stellen Körperverletzungen, Sachbeschädigungen und Betrugsdelikte dar. Für diese drei Delikte schätzen Männer das Risiko, Opfer zu werden, signifikant höher ein, ihre Werte liegen um jeweils mindestens 1,7 Prozentpunkte über denen der Frauen.
- Am geringsten schätzen Personen über 80 Jahre das persönliche Opferwerdungsrisiko ein (6,7 % geben es als [eher] hoch an). Personen zwischen 65 und 79 Jahre halten das Risiko mit 7,9 % insgesamt ebenfalls für signifikant weniger hoch als jüngere Personen. Am höchsten schätzen Personen zwischen 21 und 34 Jahren das persönliche Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, ein (14,3 %). Besonders ausgeprägt ist die Diskrepanz in der Einschätzung der Wahrscheinlichkeit der Opferwerdung zwischen älteren und jüngeren Personen bei sexueller Bedrängung und vorurteilsgeleiteten Delikten (persönliche

Risikoeinschätzung sexueller Bedrängung als „(eher) wahrscheinlich“): unter 21 Jahre: 22,5 %, über 80 Jahre: 1,7 %; persönliche Risikoeinschätzung vorurteilsgeleitete Kriminalität gegen die eigene Person als „(eher) wahrscheinlich“: unter 21 Jahre: 13,4 %, über 80 Jahre: 2,2 %; persönliche Risikoeinschätzung vorurteilsgeleitete Kriminalität gegen das soziale Umfeld als „(eher) wahrscheinlich“: unter 21 Jahre: 21,7 %, über 80 Jahre: 4,2 %).

- Die Einschätzung des Viktimisierungsrisikos ist auf Ebene des Index nicht vom Migrationshintergrund abhängig. Allerdings finden sich auf Ebene der einzelnen Delikte durchaus Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund. So geben Befragte mit Migrationshintergrund signifikant häufiger an, es für „(eher) wahrscheinlich“ zu halten, in den nächsten zwölf Monaten sexuell bedrängt zu werden (mit Migrationshintergrund: 11,2 %; ohne Migrationshintergrund: 8,9 %). Zudem halten es Befragte mit Migrationshintergrund signifikant für wahrscheinlicher, dass sie selbst oder eine Person aus ihrem persönlichen Umfeld Opfer von vorurteilsgeleiteter Kriminalität werden (selbst: mit Migrationshintergrund: 15,6 %, ohne Migrationshintergrund: 5,3 %; soziales Umfeld: mit Migrationshintergrund: 19,5 %, ohne Migrationshintergrund: 11,0 %). Umgekehrt zeigt sich, dass befragte Personen ohne Migrationshintergrund signifikant häufiger angeben, es für „(eher) wahrscheinlich“ zu halten, Opfer einer Sachbeschädigung zu werden (mit Migrationshintergrund: 19,0 %; ohne Migrationshintergrund: 21,6 %).
- Das Viktimisierungsrisiko wird am geringsten in kleineren Kommunen bis 20.000 EW gesehen. 10,4 % schätzen es als (eher) hoch ein. Die entsprechenden Werte liegen in mittelgroßen Städten (20.000 bis 100.000 EW) um 2,2 Prozentpunkte und in Großstädten (100.000 und mehr EW) um 1,5 Prozentpunkte darüber. Auf der Ebene der Einzeldelikte variieren die Zusammenhänge mit der Wohnortgröße. Während Menschen in kleinen Wohnorten es für die Mehrheit der Delikte für am wenigsten wahrscheinlich halten, ihnen zum Opfer zu fallen, sind es bei Einbrüchen und Betrugsdelikten Menschen in Großstädten, die die Wahrscheinlichkeit der Opferwerdung für am geringsten halten.
- Personen, die politisch (eher) rechts eingestellt sind, geben signifikant häufiger an, dass sie das Risiko, in den nächsten zwölf Monaten Opfer einer Straftat zu werden, als (eher) hoch einschätzen (21,4 %). Personen, die sich in der politischen Mitte (11,3 %) oder (eher) links (7,3 %) verorten, weisen deutlich geringere Werte auf. Heruntergebrochen auf einzelne Delikte zeigt sich, dass das Opferwerdungsrisiko bezogen auf Betrugsdelikte von Personen, die sich als politisch (eher) rechts einordnen, als signifikant höher eingeschätzt wird als von Personen, die sich politisch (eher) links oder in der Mitte einordnen (links: 14,4 %, Mitte: 19,2 %, rechts: 30,6 %). Bei vorurteilsgeleiteten Delikten verhält es sich anders, denn die Risikoabschätzung, selbst Opfer eines vorurteilsgeleiteten Verbrechens zu werden, ist sowohl bei Personen, die (eher) links sind (9,2 %) als bei auch solchen, die (eher) rechts sind (10,2 %), signifikant höher als bei Menschen aus der politischen Mitte (5,6 %). Bei vorurteilsgeleiteten Taten gegen Personen aus dem persönlichen Umfeld ist es schließlich so, dass (eher) linke Befragte das Risiko für am höchsten halten (links: 18,0 %, Mitte: 10,2 %, rechts: 15,0 %).
- Befragte, die „mehrmals in der Woche“ oder „täglich“ öffentlich-rechtliches Fernsehen, das Radio oder Zeitungen nutzen, sehen ein signifikant geringeres Risiko. Die häufige Nutzung der Social Media-Plattform Instagram geht dagegen mit einer höheren persönlichen Risikoeinschätzung einher. Für einzelne Delikte zeigt sich Folgendes:

- Personen, die mehrmals in der Woche oder täglich private Fernsehsender, Nachrichtenwebsites oder -apps und YouTube nutzen, haben eine höhere Risikobewertung bezogen auf Betrugsdelikte. Die regelmäßige Nutzung des öffentlich-rechtlichen Fernsehangebots, von Zeitungen und Instagram ist dagegen mit einer signifikant niedrigeren persönlichen Risikobeurteilung für Betrugsdelikte assoziiert.
- Auch die persönliche Risikoabschätzung, dass man selbst oder eine Person aus dem persönlichen Umfeld in den nächsten zwölf Monaten Opfer eines vorurteilsgeleiteten Delikts wird, hängt signifikant mit der Mediennutzung der Befragten zusammen. Für beide Fragen geben Personen, die „mehrmals in der Woche“ oder „täglich“ öffentlich-rechtliche Fernsehsender, private Fernsehsender, Radio oder Zeitungen nutzen, signifikant seltener an, eher oder sehr wahrscheinlich von einem solchen Delikt betroffen zu werden. Die häufige Nutzung von Instagram und YouTube zeigt den umgekehrten Zusammenhang und steht mit einer signifikant höheren Risikobewertung in Verbindung. Die Nutzung von Nachrichtenwebsites und -apps schließlich war assoziiert mit einer signifikant höheren Risikobeurteilung für die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person aus dem näheren Umfeld in den nächsten zwölf Monaten Opfer von vorurteilsgeleiteter Kriminalität werden wird, nicht aber mit der Risikobewertung, selbst Opfer eines solchen Delikts zu werden.

Tabelle 17: Index der persönlichen Risikoeinschätzung nach Soziodemographie in Prozent

	(eher) gering	(eher) hoch
Geschlecht		
weiblich	86,5	13,5
männlich	90,2	9,8
divers / ich kann bzw. möchte mich nicht zuordnen.	82,5	17,5
Alter		
16 bis 20 Jahre	87,4	12,6
21 bis 34 Jahre	85,7	14,3
35 bis 49 Jahre	86,6	13,4
50 bis 64 Jahre	87,7	12,3
65 bis 79 Jahre	92,1	7,9
80 Jahre und älter	93,3	6,7
Migrationshintergrund		
ja	88,9	11,1
nein	88,2	11,8
Wohnortgröße		
unter 20.000 EW	89,6	10,4
20.000 bis unter 100.000 EW	87,4	12,6
100.000 EW und mehr	88,1	11,9
Politische Einstellung		
(eher) links	92,8	7,2
Mitte	88,7	11,3
(eher) rechts	78,6	21,4

4.2.4 Schutz- und Vermeidungsverhalten (konative Dimension der Kriminalitätsfurcht)

Als vierte Ebene wurde die konative Dimension der Kriminalitätsfurcht erfasst. Diese umfasst Schutz- und Vermeidungsverhalten, also Verhaltensweisen, die Menschen nutzen, um sich vor Kriminalität zu schützen. Die einzelnen Verhaltensweisen wurden auf einer Skala erfragt, die von „nie“ bis „immer“ die Häufigkeit misst. Bezüglich des Vermeidungsverhaltens werden Items erfasst, die beispielsweise thematisieren, ob Personen es vermeiden, bei Dunkelheit ihre Wohnung zu verlassen oder bei Nacht öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen. Items zum Schutzverhalten beziehen sich dagegen auf Verhaltensweisen wie das Sichern der eigenen Wohnung oder das Tragen von Waffen. Insbesondere ein stark ausgeprägtes Vermeidungsverhalten kann dabei geeignet sein, die persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten von Personen stark einzuschränken.

In der letzten Welle wurden die Items zum Schutz- und Vermeidungsverhalten leicht angepasst. Dabei wurde das Item, ob die Befragten es vermeiden, viel Geld bei sich zu tragen, durch ein Item zur Vermeidung von sozialen Medien ersetzt. Zusätzlich wurde das Item zum Tragen von Messern und anderen Gegenständen zur Verteidigung in zwei Items aufgeteilt. Für die genannten, im Jahr 2023 neu eingeführten Items lässt sich nunmehr erstmals die Veränderung im Vergleich zur letzten Welle darstellen.

Für das Vermeidungsverhalten wurde aus den einzelnen Vermeidungsverhaltensweisen ein Index für das Gesamtvermeidungsverhalten berechnet. Hierzu wurden die Antworten zum Vermeidungsverhalten der Befragten gemittelt, um ein durchschnittliches Vermeidungsverhalten pro Person zu erhalten. Für das Schutzverhalten wurde kein Index gebildet, da dies statistisch nicht sinnvoll möglich war.

Verglichen mit der letzten Befragung zeigt sich, dass das Vermeidungsverhalten der Menschen in Niedersachsen insgesamt zugenommen hat und das höchste Ausmaß seit dem Beginn der „Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen“ 2013 erreicht. Der stärkste Anstieg konnte bei der Vermeidung von öffentlichen Verkehrsmitteln in den Abend- und Nachtstunden verzeichnet werden; hier stieg die Häufigkeit, mit der dieses Verhalten von den Befragten gezeigt wurde, signifikant um 5,3 Prozentpunkte an. Auch das Vermeiden von bestimmten Straßen, Plätzen oder Parks nahm gegenüber der letzten Befragungswelle erneut signifikant zu und stieg um 2,6 Prozentpunkte. Etwas geringer, aber immer noch signifikant, fiel der Anstieg bei denjenigen aus, die angaben, nach Einbruch der Dunkelheit das Haus nicht mehr zu verlassen; der entsprechende Anteil von Personen, die dies „häufig“ oder „immer“ taten, nahm um 1,3 Prozentpunkte zu. Keine signifikante Veränderung konnte hingegen für das Vermeiden der Nutzung von sozialen Medien festgestellt werden. Im Gesamtbild des Vermeidungsverhaltens lässt sich dementsprechend eine Fortsetzung des Trends aus der letzten Befragungswelle konstatieren: Bei allen Items, bei denen bereits 2023 ein signifikanter Anstieg zu verzeichnen war, findet sich 2025 ein solcher erneut.

Werden für eine Betrachtung der Einzelitems die Anteile derjenigen, die eine Verhaltensweise „häufig“ oder „immer“ an den Tag legen, zu Grunde gelegt, zeigt sich, dass die Menschen am häufigsten die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln bei Nacht vermeiden (40,7 %). 35,9 % weichen Fremden in der Dunkelheit aus, 35,5 % meiden bestimmte Straßen, Plätze und Parks. Deutlich seltener gaben Befragte an, nach Einbrechen der Dunkelheit das Haus nicht mehr zu verlassen (16,9 %). Digitales Vermeidungsverhalten, spezifisch das Vermeiden von sozialen Medien, berichten ebenfalls nur vergleichsweise wenige der Befragten (12,1 %).

Im Bereich des Schutzverhaltens zeigt sich, dass insbesondere solche Verhaltensweisen häufig gezeigt werden, die dem Schutz der eigenen Wohnung dienen. So berichten 44,4 % der Befragten, ihr Haus bzw. ihre Wohnung bei Abwesenheit „häufig“ oder „immer“ bewohnt aussehen zu lassen. Etwas weniger als ein Viertel der Befragten (23,3 %) gibt zudem an, die

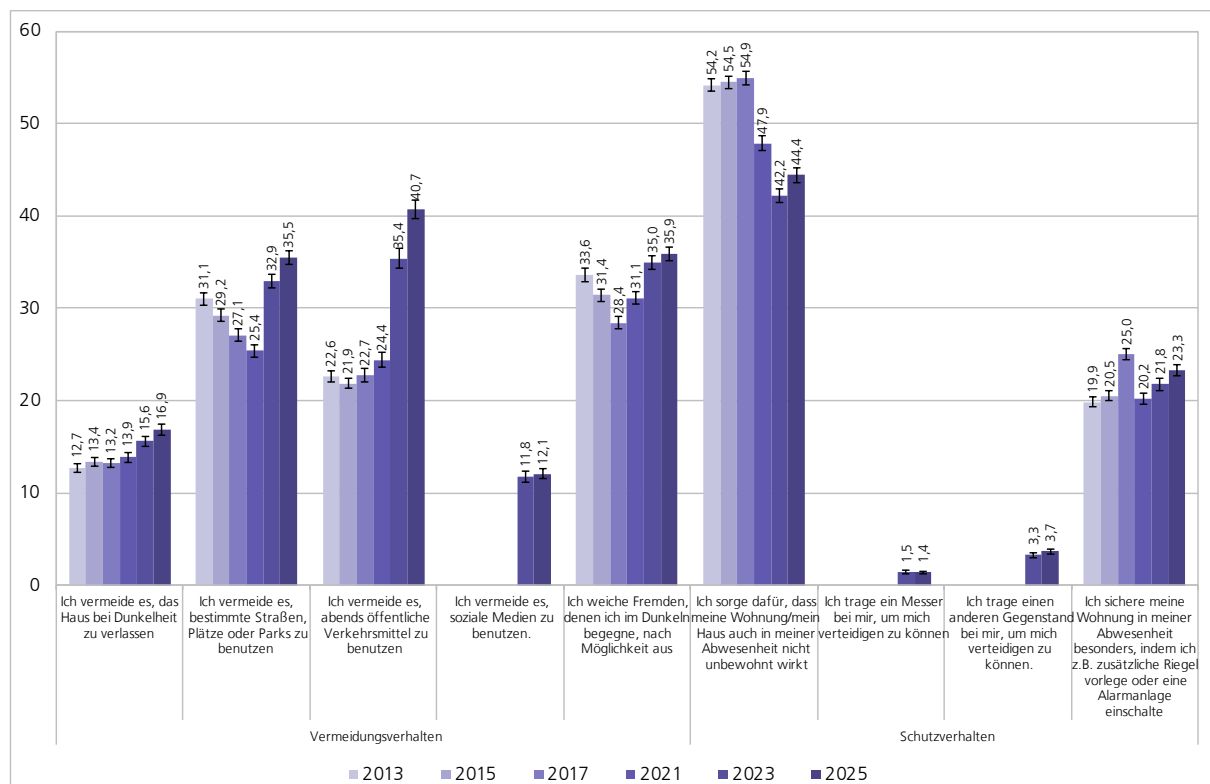
eigene Wohnung durch zusätzliche Riegel zu sichern. Selten ist hingegen das Führen von Messern oder anderen Gegenständen zur Verteidigung: „Häufig“ oder „immer“ konkret ein Messer zur Verteidigung mit sich zu führen, geben 1,4 % der befragten Personen an, während 3,7 % angeben, andere Gegenstände wie Schlagstöcke oder Reizgas zur Verteidigung mit sich zu führen.

Tabelle 18: Einzelaspekte des Schutz- und Vermeidungsverhaltens in Prozent

Bitte geben Sie an, wie oft Sie folgende Vorsichtsmaßnahmen treffen.		nie	selten	manchmal	häufig	immer
Vermeidungsverhalten	Ich vermeide es, das Haus bei Dunkelheit zu verlassen.	39,5	25,7	17,9	12,1	4,8
	Ich vermeide es, bestimmte Straßen, Plätze oder Parks zu benutzen.	15,0	24,0	25,4	21,5	14,0
	Ich vermeide es, nachts öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen.	24,2	20,2	14,9	19,4	21,3
	Ich vermeide es, soziale Medien zu benutzen (z. B. soziale Netzwerke, Chatgruppen, Internetforen).	43,4	27,5	17,0	9,3	2,8
	Ich weiche Fremden, denen ich im Dunkeln begegne, nach Möglichkeit aus.	9,6	24,5	30,0	20,5	15,4
Schutzverhalten	Ich Sorge dafür, dass meine Wohnung / mein Haus auch in meiner Abwesenheit bewohnt wirkt.	20,4	17,3	17,9	22,5	21,9
	Ich trage ein Messer bei mir, um mich verteidigen zu können.	94,7	2,5	1,4	0,6	0,7
	Ich trage einen anderen Gegenstand bei mir, um mich verteidigen zu können (z. B. Reizgas, Schlagstock).	87,2	5,0	4,0	2,1	1,7
	Ich sichere meine Wohnung in meiner Abwesenheit besonders, indem ich z. B. zusätzliche Riegel vorlege oder eine Alarmanlage einschalte.	54,2	13,0	9,5	9,1	14,2

Im Hinblick auf den periodischen Vergleich des Schutzverhaltens zeigt sich, dass es im Jahr 2025 für Verhaltensweisen, die die eigene Wohnung betreffen, insgesamt einen Anstieg zu verzeichnen gab. Der Anteil der Befragten, die ihre Wohnung auch bei Abwesenheit „häufig“ oder „immer“ bewohnt aussehen lassen, stieg erstmals seit 2017 wieder um 2,2 Prozentpunkte gegenüber der letzten Befragungswelle 2023 an. Auch schützen die Befragten signifikant häufiger ihre Wohnung durch zusätzliche Riegel oder ähnliches; der Anteil derer, die dies „häufig“ oder „immer“ tun, nahm um 1,5 Prozentpunkte zu. Nachdem in der letzten Befragungswelle die Bewaffnung mit Messern und anderen Gegenständen ausdifferenziert wurde, ist es in der aktuellen Welle erstmalig möglich, für diese Abfragen eine Änderung im Zeitverlauf zu betrachten. Während der bei der Bewaffnung mit Messern beobachtete Rückgang um 0,1 Prozentpunkte keine statistische Signifikanz erreicht, zeigt sich für die Bewaffnung mit anderen Gegenständen eine signifikante Zunahme um 0,4 Prozentpunkte.

Abbildung 8: Schutz- und Vermeidungsverhaltens nach Jahren in Prozent („häufig“ oder „immer“)



Bei Betrachtung des *Vermeidungsverhaltens nach soziodemographischen Angaben* basierend auf dem entsprechenden Index zeigen sich einige Unterschiede:

- Wie bereits in der letzten Befragung 2023 geben Frauen signifikant häufiger ein hohes Maß an Vermeidungsverhalten an: Während nur 12,8 % der Männer ein solches Verhalten angeben, sind es unter Frauen 35,3 % der Befragten. Frauen und diverse Personen bzw. Personen, die ihr Geschlecht nicht angeben wollten, geben für alle Formen des Vermeidungsverhaltens außer der Vermeidung von sozialen Medien signifikant höhere Werte an als Männer. Signifikante Unterschiede zwischen Frauen und Personen, die ihr Geschlecht als divers oder gar nicht angaben, gibt es nur für die Frage danach, wie häufig es vermieden wird, das Haus nach Einbruch der Dunkelheit zu verlassen; hier geben 39,7 % der diversen Personen an, dieses Verhalten „häufig“ oder „immer“ zu zeigen, 14,5 Prozentpunkte mehr als Frauen, bei denen 25,2 % diese Antwortoptionen wählten.
- Grundsätzlich ist zu beobachten, dass gerade jüngere Menschen unter 21 Jahren und ältere Menschen über 65 Jahren mehr Vermeidungsverhalten an den Tag legen. Eine Ausnahme bildet hierbei das digitale Vermeidungsverhalten für soziale Medien, welches mit steigendem Alter kontinuierlich zunimmt. Während jüngere Menschen dieses Verhalten nur selten zeigen (weniger als 7 % der 16- bis 34-Jährigen geben an, soziale Medien „häufig“ oder „immer“ zu meiden), ist es bei Personen über 65 Jahren mehr als ein Fünftel.
- Personen mit Migrationshintergrund geben auf Ebene des Index signifikant häufiger ein (eher) hohes Maß an Vermeidungsverhalten an. Dabei unterscheiden sich jedoch die konkreten Verhaltensweisen gegenüber Menschen ohne Migrationshintergrund. Während Personen mit Migrationshintergrund signifikant häufiger vermeiden, das Haus bei Dunkelheit zu verlassen, oder Fremden in der Dunkelheit ausweichen, vermeiden sie

die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs signifikant seltener als Menschen ohne Migrationshintergrund.

- Personen aus kleineren Wohnorten mit weniger als 20.000 EW weisen mit 20,5 % signifikant weniger hohes Vermeidungsverhalten auf als Befragte aus mittelgroßen (20.000 bis 100.000 EW) oder großen (über 100.000 EW) Wohnorten (26,5 %, respektive 25,5 %). Auf Ebene einzelne Verhaltensweisen geben Befragte aus kleinen Orten signifikant seltener an, „häufig“ oder „immer“ zu vermeiden, das Haus nach Einbrechen der Dunkelheit zu verlassen oder bestimmte Straßen, Plätze oder Parks zu meiden (Haus nicht verlassen: kleine Orte: 14,2 %, mittelgroße Orte: 18,4 %, große Orte: 17,3 %; Straßen etc. meiden: kleine Orte: 30,2 %, mittelgroße Orte: 38,2 %, große Orte: 39,1 %).
- Während Befragte, die sich als politisch (eher) links einstufen, vergleichsweise selten ein (eher) hohes Vermeidungsverhalten angeben (18,5 %), geben Personen, die sich der politischen Mitte zuordnen, signifikant häufiger ein solches Vermeidungsverhalten an (24,5 %). Der höchste Anteil an Personen, die ein (eher) hohes Vermeidungsverhalten berichten, findet sich bei Befragten, die sich selbst als politisch (eher) rechts einordnen; mit 30,5 % ist dieser signifikant höher als bei Personen, die sich der politischen Mitte zugehörig fühlen.
- Wer mehrmals wöchentlich oder täglich das öffentlich-rechtliche Fernsehen, Radio, Zeitungen, Nachrichtenwebsites/-apps oder YouTube konsumiert, gibt signifikant seltener ein hohes Vermeidungsverhalten an. Personen, die „täglich“ oder „mehrmals in der Woche“ private Fernsehsender nutzen, geben hingegen signifikant häufiger ein hohes Vermeidungsverhalten an. Die regelmäßige Nutzung von Instagram, mehrmals wöchentlich oder „täglich“, geht schließlich damit einher, dass Befragte häufiger ein mittleres Niveau an Vermeidungsverhalten berichten.

Tabelle 19: Index des Vermeidungsverhaltens nach Soziodemographie in Prozent

	(eher) gering	teils / teils	(eher) hoch
Geschlecht			
weiblich	34,7	30,0	35,3
männlich	67,5	19,7	12,8
divers / ich kann bzw. möchte mich nicht zuordnen.	31,0	25,9	43,1
Alter			
16 bis 20 Jahre	46,6	27,4	26,0
21 bis 34 Jahre	51,6	25,7	22,7
35 bis 49 Jahre	52,8	24,7	22,4
50 bis 64 Jahre	53,0	25,7	21,3
65 bis 79 Jahre	50,4	23,8	25,7
80 Jahre und älter	41,6	20,8	37,6
Migrationshintergrund			
ja	48,8	24,5	26,7
nein	51,3	25,0	23,7
Wohnortgröße			
unter 20.000 EW	55,6	23,8	20,5
20.000 bis unter 100.000 EW	47,5	26,0	26,5
100.000 EW und mehr	50,3	24,3	25,5
Politische Einstellung			
(eher) links	57,7	23,7	18,5
Mitte	50,5	25,0	24,5
(eher) rechts	44,4	25,1	30,5

Eine Betrachtung des Schutzverhaltens nach soziodemographischen Faktoren ist ausschließlich auf Ebene der einzelnen Verhaltensweisen möglich, da sich hier statistisch kein Index bilden lässt. Die hierbei gefundenen Unterschiede werden in der Folge präsentiert; das Mitführen von Messern zum Schutz vor Kriminalität wird aufgrund der gesellschaftlichen Relevanz weiter unten separat dargestellt.

Hinsichtlich des *Schutzverhaltens* zeigt sich:

- Frauen tragen signifikant häufiger Gegenstände wie Reizgas oder Schlagstöcke zum Selbstschutz bei sich (Frauen: 4,7 %; Männer: 2,7 %). Ein weiterer Unterschied zwischen den Geschlechtern besteht darin, dass Frauen signifikant häufiger angeben, ihre Wohnung auch bei Abwesenheit bewohnt aussehen zu lassen (Frauen: 50,3 %; Männer: 38,3 %).
- Ältere Personen berichteten signifikant häufiger wohnungsbezogene Schutzverhaltensweisen. So lassen sie die Wohnung bei Abwesenheit häufiger bewohnt wirken (unter 21 Jahre: 34,9 %, über 80 Jahre: 56,0 %) oder verwenden zusätzlicher Sicherungssysteme für die Wohnung (unter 21 Jahre: 15,7 %, über 80 Jahre: 28,8 %). Jüngere Menschen berichten hingegen häufiger, Gegenstände wie Schlagstöcke oder Reizgas zum Selbstschutz mit sich zu führen (unter 21 Jahre: 3,8 %, über 80 Jahre: 1,5 %).
- Ein Migrationshintergrund der Befragten wirkt sich dahingehend aus, dass Personen mit Migrationshintergrund signifikant seltener ihre Wohnräume durch zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen schützen (mit Migrationshintergrund: 20,8 %, ohne Migrationshintergrund: 23,8 %) und sie auch weniger häufig in ihrer Abwesenheit bewohnt aussehen lassen (mit Migrationshintergrund: 35,0 %, ohne Migrationshintergrund: 46,1 %). Andere statistisch signifikante Unterschiede im Schutzverhalten zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund existieren nicht.
- Personen, die in großen Orten leben (über 100.000 EW), lassen ihre Wohnung bei Abwesenheit seltener bewohnt aussehen als Personen, die in kleinen oder mittelgroßen Orten ansässig sind (kleine Orte: 46,0 %, mittlere Orte: 47,9 %, große Orte: 34,6 %). Die Verwendung von zusätzlichen Sicherheitsvorkehrungen wird am häufigsten von Befragten aus mittelgroßen Ortschaften berichtet (26,1 %); in Wohnorten mit über 100.000 EW (20,4 %) oder weniger als 20.000 EW (22,5 %) ist dies signifikant seltener. Personen, die in Großstädten wohnen, geben signifikant häufiger als Personen in kleinen Ortschaften mit unter 20.000 EW an, Gegenstände wie Schlagstöcke und Reizgas zur Verteidigung bei sich zu tragen (kleine Orte: 3,2 %, mittlere Orte: 3,7 %, große Orte: 4,5 %).
- Personen, die ihre politische Einstellung (eher) rechts verorten, geben bei allen Items des Schutzverhaltens häufiger als Personen der politischen Mitte und des (eher) linken Spektrums an, diese Verhaltensweisen „häufig“ oder „immer“ zu nutzen. Die Unterschiede betragen mindestens 5,4 Prozentpunkte (Tragen von Gegenständen zum Selbstschutz wie Schlagstöcke und Reizgas) und maximal 8,1 Prozentpunkte (Nutzen zusätzlicher Riegel oder anderer Sicherheitsvorkehrungen für die eigene Wohnung).
- Befragte, die regelmäßig mehr als „einmal in der Woche“ das öffentlich-rechtliche Fernsehen, das Privatfernsehen, Radio, Zeitungen oder Nachrichtenwebsites und -apps nutzen, geben signifikant häufiger an, ihre Wohnräume durch zusätzliche Maßnahmen zu schützen. Personen, die mehrmals wöchentlich oder „täglich“ Instagram oder YouTube verwenden, berichten hingegen signifikant seltener vom Treffen solcher Schutzverhaltensweisen. Weitgehend umgekehrt verhält es sich beim Mitführen von Gegenständen zum Selbstschutz: Personen, die regelmäßig Instagram aufrufen, geben

signifikant häufiger an, Schlagstöcke oder Reizgas mitzunehmen. Die Nutzung des öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramms und von Zeitungen ist hingegen assoziiert mit einer signifikant geringeren Häufigkeit bezüglich des Mitführens solcher Gegenstände. Werden „mehrmals in der Woche“ oder „täglich“ das Radio oder das Privatfernsehen genutzt, besteht ein signifikanter Zusammenhang zu einem selteneren Mitführen anderer Gegenstände zum Selbstschutz.

Aufgrund der aktuellen Bedeutung im Diskurs zur Inneren Sicherheit folgt eine detailliertere Betrachtung des *Mitführens von Messern*. Auch hier können signifikante Einflüsse *soziodemographischer Faktoren* festgestellt werden.

- Männer führen signifikant häufiger Messer zum Selbstschutz mit sich als Frauen (Männer: 2,0 %; Frauen: 0,8 %).
- Am häufigsten geben junge Erwachsene (21 bis 34 Jahre) an, Messer „häufig“ oder „immer“ mitzuführen (5,8 %). Mit zunehmendem Alter trifft dies auf einen geringeren Teil der Befragten zu.
- Kein Zusammenhang bei der Bewaffnung mit Messern lässt sich hingegen für den Migrationshintergrund finden. Personen mit Migrationshintergrund geben zwar deskriptiv etwas seltener als Personen ohne Migrationshintergrund an, ein Messer „häufig“ oder „immer“ mit sich zu führen (0,9 % vs. 1,4 %), der Unterschied erreicht jedoch keine statistische Signifikanz.
- Die Wohnortgröße spielt keine Rolle im Hinblick auf die Häufigkeit, mit der ein Messer zum Selbstschutz getragen wird.
- Die politische Einstellung hingegen hat einen maßgeblichen Einfluss: Menschen, die politisch (eher) rechts eingestellt sind, geben mit 3,7 % signifikant öfter an, „häufig“ oder „immer“ ein Messer zur Verteidigung mit sich zu führen. Der Anteil liegt um 2,6 Prozentpunkte über dem für Befragte, die sich der politischen Mitte zurechnen oder sich (eher) links verorten.
- Darüber hinaus finden sich Einflüsse der Mediennutzung. Nutzen Befragte häufig YouTube, geben sie signifikant häufiger an, „häufig“ oder „immer“ ein Messer zum Selbstschutz bei sich zu führen. Umgekehrt hängt eine häufige Nutzung des öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramms mit einer signifikant geringeren Häufigkeit, ein Messer bei sich zu tragen, zusammen. Der Konsum von Radiosendungen, privaten Fernsehsendern und Nachrichtenwebsites oder -apps steht nicht signifikant im Zusammenhang mit dem Tragen von Messern.

Tabelle 20: Tragen von Messern und anderen Gegenständen zur Eigensicherung nach Soziodemographie in Prozent

	Tragen von Messern zur Eigensicherung			Tragen von anderen Gegenständen zur Eigensicherung		
	nie / selten	manch-mal	häufig / immer	nie / selten	manch-mal	häufig / immer
Geschlecht						
weiblich	98,3	1,0	0,8	90,7	4,6	4,7
männlich	96,1	1,9	2,0	94,0	3,3	2,7
divers / ich kann bzw. möchte mich nicht zuordnen.	91,4	3,4	5,2	79,3	12,1	8,6
Alter						
16 bis 20 Jahre	96,4	2,2	1,5	92,2	3,9	3,8
21 bis 34 Jahre	95,8	2,2	2,0	88,6	5,6	5,8
35 bis 49 Jahre	96,9	1,4	1,6	90,7	4,8	4,5
50 bis 64 Jahre	97,7	1,1	1,2	93,1	3,5	3,4
65 bis 79 Jahre	98,1	1,0	0,9	94,9	3,0	2,2
80 Jahre und älter	98,1	1,1	0,8	96,6	1,8	1,5
Migrationshintergrund						
ja	97,8	1,2	0,9	91,9	3,9	4,2
nein	97,1	1,5	1,4	92,4	4,0	3,6
Wohnortgröße						
unter 20.000 EW	97,4	1,4	1,2	92,9	4,0	3,2
20.000 bis unter 100.000 EW	96,9	1,6	1,5	92,2	4,1	3,7
100.000 EW und mehr	97,8	1,0	1,1	91,9	3,6	4,5
Politische Einstellung						
(eher) links	98,0	0,8	1,1	93,1	3,5	3,5
Mitte	97,6	1,3	1,1	93,3	3,7	2,9
(eher) rechts	92,7	3,6	3,7	84,4	6,7	8,9

4.2.5 Subjektive Fähigkeit zur Vermeidung von Angriffen

In der aktuellen Befragungswelle neu aufgenommen wurde eine Frage zu der Überzeugung der Befragten, für wie wahrscheinlich sie es halten, sich durch bestimmte vordefinierte Verhaltensweisen vor einem plötzlichen Angriff schützen zu können. Diese umfassen „sich erfolgreich körperlich zur Wehr setzen“, „erfolgreich weglaufen“, „durch gutes Zureden die Situation entspannen“ und „durch selbstbewusstes Auftreten den Angreifer abwehren“ können. Es zeigt sich, dass die Mehrheit der Befragten eher davon ausgeht, sich im Ernstfall nicht erfolgreich gegen einen Angriff verteidigen zu können. Für alle Verteidigungsverhalten geben signifikant mehr Personen an, es für „(eher) unwahrscheinlich“ zu halten, sich auf diese Weise gegen einen plötzlichen Angriff erfolgreich verteidigen zu können.

Tabelle 21: Einzelaspekte der subjektiven Fähigkeit zur Vermeidung von Angriffen in Prozent

Stellen Sie sich vor, Sie sind alleine auf der Straße unterwegs. Sie begegnen einer auf Sie bedrohlich wirkende Person, die Sie plötzlich angreift. Wie schätzen Sie sich in dieser Situation ein?	sehr unwahrscheinlich	eher unwahrscheinlich	eher wahrscheinlich	sehr wahrscheinlich
Ich wäre in der Lage mich erfolgreich körperlich wehren zu können.	26,6	40,7	26,5	6,3
Ich wäre in der Lage erfolgreich weglaufen zu können.	19,4	35,6	34,9	10,0
Ich wäre in der Lage durch Zureden die Situation zu entspannen.	18,3	41,6	35,2	4,9
Ich wäre in der Lage durch selbstbewusstes Auftreten den Angreifer abhalten zu können.	18,3	38,2	36,2	7,2

Dabei zeigen sich in Abhängigkeit des soziodemographischen Hintergrunds der Befragten einige signifikante Unterschiede. Besonders markant ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern: Während mehr als die Hälfte (51,7 %) der männlichen Befragten davon ausgeht, sich „wahrscheinlich“ oder „eher wahrscheinlich“ erfolgreich körperlich zur Wehr setzen zu können, glaubt nur etwa jede siebte Frau (14,3 %), dazu in der Lage zu sein. Etwas weniger ausgeprägt sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern bei den drei anderen Antwortmöglichkeiten, doch auch bei diesen ist der Glaube, die Handlungen erfolgreich umsetzen zu können, bei Männern stärker ausgeprägt.

Ebenfalls Einfluss auf die wahrgenommene Fähigkeit, einen plötzlichen Angriff abzuwehren, nimmt das Alter der Befragten. Bei den Verhaltensweisen, die auf die eigene körperliche Verfassung abzielen („sich erfolgreich körperlich zur Wehr setzen“ und „erfolgreich vor dem Angreifer weglaufen“), zeigt sich, dass vor allem ältere Personen über 65 Jahre es für weniger wahrscheinlich halten, die Situation auf diese Weise zu lösen. Bei der Frage nach dem erfolgreichen Weglaufen gehen eher Personen bis unter 35 Jahre davon aus, dazu in der Lage zu sein. Anders sieht es beim Vertrauen aus, den Angriff durch gutes Zureden oder selbstbewusstes Auftreten zu verhindern; eher Personen im mittleren Alter (35-65 Jahre) gehen davon aus, dies erfolgreich umsetzen zu können, während jüngere Menschen unter 35 Jahren und ältere über 65 Jahre dies für signifikant weniger wahrscheinlich halten.

Personen mit Migrationshintergrund schätzen ihre Fähigkeit, einen Angriff auf eine der in Rede stehenden Weisen abzuwehren zu können, insgesamt höher ein als Personen ohne Migrationshintergrund. Für alle Verteidigungsweisen, außer den Angriff durch selbstbewusstes Auftreten abzuwehren, gehen Personen mit Migrationshintergrund signifikant häufiger als

Personen ohne Migrationshintergrund davon aus, sich „(eher) wahrscheinlich“ auf diesem Wege verteidigen zu können.

Hingegen zeigen sich fast keine Unterschiede zwischen unterschiedlich großen Wohnorten. Der einzige signifikante Unterschied ist, dass Personen aus Großstädten es für signifikant wahrscheinlicher halten, dass sie sich durch Weglaufen erfolgreich einem Angriff entziehen könnten.

Personen, die sich als (eher) rechts beschreiben, sind signifikant stärker der Überzeugung, sich körperlich gegen einen Angriff wehren zu können. Auch glauben sie eher, der Situation durch Weglaufen entgehen zu können oder sie durch selbstbewusstes Auftreten zu bewältigen. Personen, die sich selber als (eher) links einordnen, glauben dagegen eher an ihre Fähigkeiten, einen Angriff durch gutes Zureden abwenden zu können.

Zuletzt lassen sich auch Zusammenhänge der Mediennutzung auf die wahrgenommene Verteidigungsfähigkeit finden. So geben Menschen, die häufig das öffentlich-rechtliche Fernsehen, Privatfernsehen oder Zeitungen konsumieren, an, es für signifikant weniger wahrscheinlich zu halten, sich körperlich gegen einen Angriff zur Wehr setzen oder weglaufen zu können. Auch Befragte, die regelmäßig Radio hören, halten es für weniger wahrscheinlich, erfolgreich vor einen Angriff flüchten zu können. Umgekehrt halten es Personen, die häufig YouTube, Instagram oder Nachrichtenwebsites/-apps nutzen, für signifikant wahrscheinlicher, einen Angriff dadurch abzuwehren zu können, dass sie sich körperlich zur Wehr setzen oder weglaufen. Einen Angriff durch gutes Zureden oder selbstbewusstes Auftreten abwehren zu können, halten hingegen Menschen, die regelmäßig das öffentlich-rechtliche Fernsehen, Radio, Zeitungen, Nachrichtenwebsites/-apps oder YouTube nutzen, für signifikant wahrscheinlicher. Personen, die mehrmals wöchentlich oder täglich Instagram nutzen, halten dies dagegen für signifikant weniger wahrscheinlich. Darüber hinaus halten Personen, die häufig private Fernsehsender schauen, es für signifikant wahrscheinlicher, dass sie einen Angriff durch selbstbewusstes Auftreten abwenden können. Wie eingangs bereits erwähnt, besteht bei Teilgruppenvergleichen dieser Art die Möglichkeit, dass es sich um Scheinzusammenhänge handelt, welche durch Drittvariablen bedingt sein können. Diese Möglichkeit ist insbesondere an dieser Stelle nochmals zu betonen, plausibel anzunehmen ist, dass weniger die Nutzung eines bestimmten Mediums maßgeblich ist, sondern das Alter der Personen, die bestimmte Medien nutzen.

4.2.6 Soziale Kriminalitätsfurcht

Die soziale Kriminalitätsfurcht befasst sich mit der Frage, inwieweit Kriminalität als gesellschaftliches Problem gesehen wird. In dieser Befragungswelle wurde erstmals versucht, sich dieser Frage mithilfe von zwei Items zu nähern. Einerseits wurde erfragt, inwiefern die Befragten der Aussage „In Niedersachsen ist Kriminalität ein ernstzunehmendes Problem“ zustimmen, andererseits sollte bewertet werden, ob sich in der Wahrnehmung der Befragten die Kriminalitätslage in Niedersachsen in den letzten Jahren verändert hat.

Eine klare Mehrheit der Befragten stimmt „eher“ oder „voll zu“, dass Kriminalität ein ernstzunehmendes Problem darstellt (78,2 %). Ebenfalls fast drei Viertel sind außerdem der Meinung, dass sich die Kriminalitätslage in Niedersachsen in den letzten Jahren „(eher) verschlechtert“ hat (72,4 %).

In der Bewertung der allgemeinen Kriminalitätslage und deren Entwicklung in Niedersachsen finden sich dabei auch Unterschiede in Abhängigkeit vom soziodemographischen Hintergrund der Befragten.

Bezogen auf *Kriminalität als Problem* lässt sich feststellen:

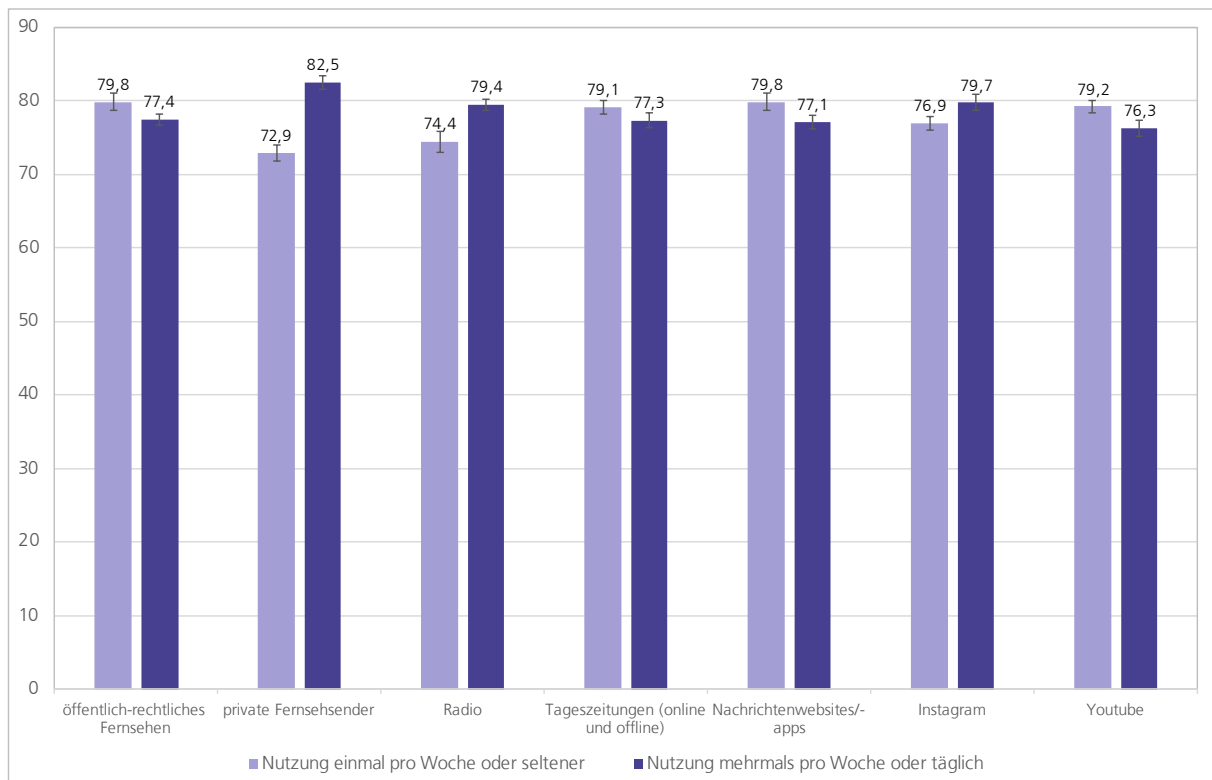
- Frauen sind mit 81,8 % signifikant häufiger als Männer dieser Meinung. Männer sehen dies nur zu 74,5 %.
- Die Größe des Wohnorts hat ebenfalls einen signifikanten Einfluss. Personen aus mittelgroßen Wohnorten (20.000 bis 100.000 EW) sehen mit 80,0 % am häufigsten in der Kriminalität ein großes Problem, Menschen aus kleinen Wohnorten (bis 20.000 EW) tun dies zu 77,4 % und Großstädterinnen und Großstädter zu 75,6 %.
- Ebenso zeigt sich ein Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund und der Meinung, dass Kriminalität in Niedersachsen (eher) ein Problem darstellt. Während 72,9 % der Personen mit Migrationshintergrund Kriminalität in Niedersachsen als ein ernstzunehmendes Problem ansahen, waren es bei den Personen ohne Migrationshintergrund mit 79,0 % signifikant mehr.
- Unterschiede hinsichtlich des Alters bei der Beurteilung, ob Kriminalität in Niedersachsen ein Problem darstellt, sind zwar signifikant, lassen aber keinen klaren Trend erkennen. Junge Befragte (unter 21 Jahre) und Befragte im gehobenen mittleren Alter (50 bis 64 Jahre) geben am häufigsten an, dass sie Kriminalität in Niedersachsen für ein ernstzunehmendes Problem halten (80,8 % bzw. 80,5 %). Personen zwischen 65 und 79 Jahren, zwischen 21 und 34 Jahren und über 80 Jahre geben alle niedrigere Werte an (76,1 % bis 76,8 %). Personen mittleren Alters (35 bis 49 Jahre) liegen mit 77,9 % zwischen den beiden zuvor beschriebenen Gruppen.
- Befragte, die politisch (eher) rechts sind, geben am häufigsten an, die Kriminalität in Niedersachsen für ein ernstzunehmendes Problem zu halten (89,6 %), gefolgt von Personen aus der politischen Mitte (80,2 %) und Personen, die (eher) links sind (63,1 %).

Tabelle 22: Bewertung von Kriminalität als Problem in Niedersachsen nach Soziodemographie in Prozent

	(eher) unproblematisch	(eher) problematisch
Gesamt		
alle Befragten	21,9	78,1
Geschlecht		
weiblich	18,2	81,8
männlich	25,5	74,5
divers / ich kann bzw. möchte mich nicht zuordnen.	33,3	66,7
Alter		
16 bis 20 Jahre	19,2	80,8
21 bis 34 Jahre	23,7	76,4
35 bis 49 Jahre	22,1	77,9
50 bis 64 Jahre	19,5	80,5
65 bis 79 Jahre	23,9	76,1
80 Jahre und älter	23,2	76,8
Migrationshintergrund		
ja	27,1	72,9
nein	21,0	79,0
Wohnortgröße		
unter 20.000 EW	22,5	77,5
20.000 bis unter 100.000 EW	20,1	79,9
100.000 EW und mehr	25,4	74,6
Politische Einstellung		
(eher) links	36,9	63,1
Mitte	19,8	80,2
(eher) rechts	10,4	89,6

Die Mediennutzung steht ebenfalls im Zusammenhang mit der Bewertung von Kriminalität als ein ernstzunehmendes Problem. Menschen, die „mehrmals in der Woche“ oder „täglich“ das öffentlich-rechtliche Fernsehen schauen, Zeitung lesen, Nachrichtenwebsites/-apps nutzen oder YouTube-Videos ansehen, geben signifikant seltener an, dass Kriminalität in Niedersachsen ein ernstzunehmendes Problem ist. Umgekehrt geben Personen, die mehr als „einmal in der Woche“ Radio hören, Privatfernsehen schauen oder Instagram nutzen, signifikant öfter an, Kriminalität in Niedersachsen als ein ernsthaftes Problem wahrzunehmen.

Abbildung 9: Bewertung von Kriminalität als Problem in Niedersachsen nach Mediennutzung in Prozent (eher) problematisch)



Für die Frage nach der *Entwicklung der Kriminalitätslage in Niedersachsen* über die letzten Jahre finden sich ebenfalls Unterschiede im Hinblick auf die *Soziodemographie*:

- So sind Frauen signifikant häufiger als Männer der Meinung, dass sich die Kriminalitätslage in Niedersachsen im Lauf der letzten Jahre (eher) verschlechtert hat (76,8 % vs. 68,2 %).
- Insbesondere Personen der mittleren Altersgruppen von 35 bis 49 Jahre sowie 50 bis 64 Jahre sind signifikant häufiger als jüngere und ältere Altersgruppen der Meinung, dass sich die Lage „(eher) verschlechtert“ hätte (35- bis 49-Jährige: 74,5 %; 50- bis 64-Jährige: 75,5 %; über 80-Jährige: 68,7 %; 21- bis 34-Jährige: 70,5 %).
- Menschen mit Migrationshintergrund sind signifikant seltener als Personen ohne Migrationshintergrund der Meinung, die Kriminalitätslage in Niedersachsen habe sich verschlechtert (69,8 % vs. 72,8 %).
- Befragte Personen aus großen Wohnorten geben am seltensten an, dass sich die Kriminalitätslage in Niedersachsen ihrer Meinung nach (eher) verschlechtert hat (69,8 %). Dies ist signifikant weniger als bei Personen aus mittelgroßen (72,7 %) und kleinen Wohnorten (72,5 %).

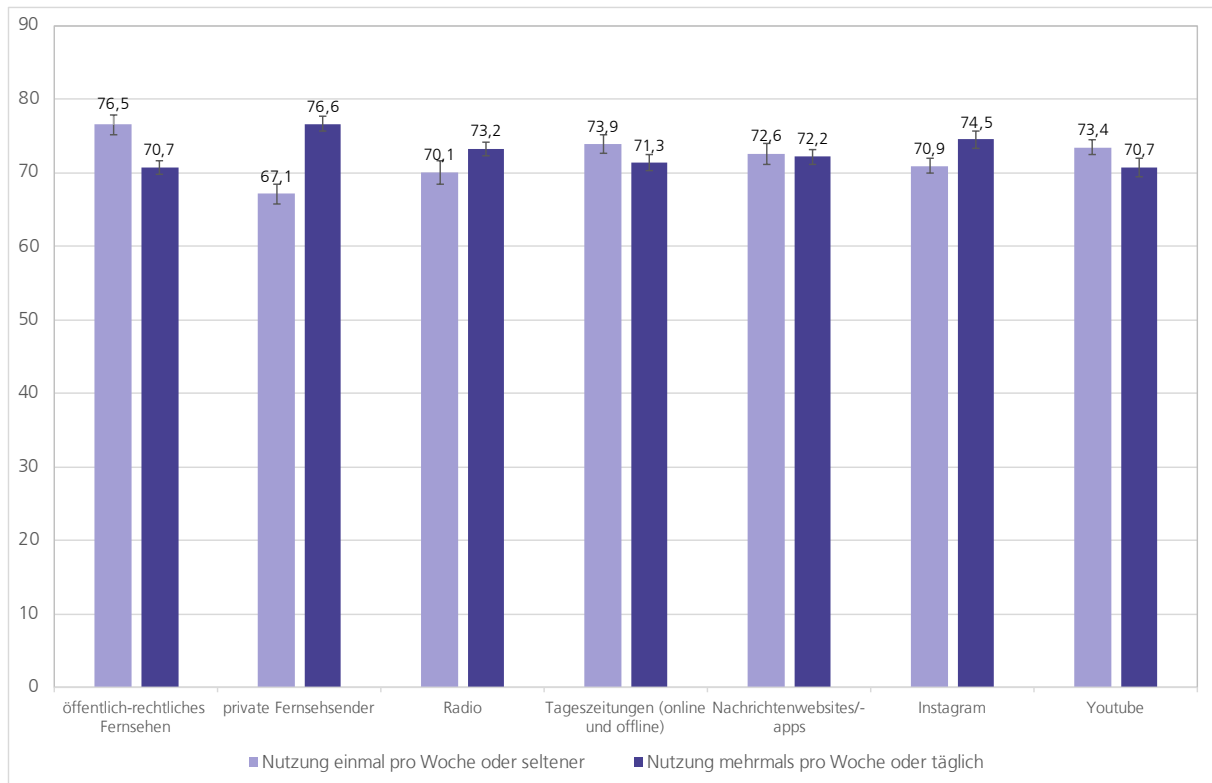
- Während unter Personen, die sich als (eher) rechts einordnen 88,3 %, (eher) eine Verschlechterung der Kriminalitätslage wahrgenommen wird, sind es bei Personen, die sich als (eher) links eingruppierten, mit 54,7 % deutlich weniger. Menschen, die sich politisch in der Mitte sehen, liegen mit 74,0 % zwischen den vorgenannten Gruppen.

Tabelle 23: Bewertung der Entwicklung der Kriminalitätslage in Niedersachsen nach Soziodemographie in Prozent

	(eher) verschlechtert	gleich geblieben	(eher) verbessert
Gesamt			
alle Befragten	72,4	23,1	4,5
Geschlecht			
weiblich	76,8	20,2	2,9
männlich	68,2	25,7	6,0
divers / ich kann bzw. möchte mich nicht zuordnen.	60,5	30,2	9,3
Alter			
16 bis 20 Jahre	69,5	24,1	6,4
21 bis 34 Jahre	70,5	23,8	5,8
35 bis 49 Jahre	74,5	21,3	4,2
50 bis 64 Jahre	75,5	20,9	3,5
65 bis 79 Jahre	69,6	26,2	4,3
80 Jahre und älter	68,7	26,5	4,7
Migrationshintergrund			
ja	69,4	22,2	8,4
nein	72,9	23,3	3,8
Wohnortgröße			
unter 20.000 EW	73,0	23,0	4,0
20.000 bis unter 100.000 EW	72,7	22,4	4,9
100.000 EW und mehr	68,7	26,1	5,2
Politische Einstellung			
(eher) links	54,7	36,2	9,2
Mitte	74,0	22,4	3,6
(eher) rechts	88,3	10,1	1,6

Ein Blick auf den Zusammenhang zwischen Mediennutzung und wahrgenommener Veränderung der Kriminalitätslage in den letzten Jahren offenbart, dass Personen, die mehr als „einmal in der Woche“ Privatfernsehen, Radio oder Instagram nutzen, signifikant häufiger eine Verschlechterung der Kriminalitätslage in Niedersachsen sehen. Dagegen geben Personen, die „mehrmals in der Woche“ oder „täglich“ das öffentlich-rechtliche Fernsehen, Zeitungen oder YouTube nutzen, signifikant seltener an, dass sich die Kriminalitätslage verschlechtert hat.

Abbildung 10: Bewertung der Entwicklung der Kriminalitätslage in Niedersachsen nach Mediennutzung in Prozent (jeher) verschlechtert)



4.3 Kriminalitätsbelastung

Dunkelfeldstudien liefern, wie bereits dargestellt, wesentliche Erkenntnisse über das tatsächliche Ausmaß von Kriminalität jenseits polizeilicher Hellfelddaten, indem die Befragten Auskunft über erlebte Straftaten geben. Opfererfahrungen sind dabei grundsätzlich signifikant mit soziodemografischen Merkmalen korreliert. Besonders das Alter, der sozioökonomische Status oder ein Migrationshintergrund haben Einfluss auf das jeweilige Kriminalitätserleben (vgl. Janssen et al. 2020: 129). Auch geschlechtsspezifische Unterschiede lassen sich feststellen (vgl. Cruz et al. 2023).

Die Entscheidung von Opfern, Anzeigen zu erstatten, ermöglicht erst polizeiliche Maßnahmen oder solche der Opferhilfe. Auch können Taten erst dadurch polizeilich überhaupt erfasst werden. Die Befragten sollen deshalb neben etwaigen Opferwerdungen angeben, wie viele der erlebten Delikte sie angezeigt haben. Die Anzeigequote variiert erheblich je nach Deliktsart (vgl. Birkel et al. 2020: 66 ff.; Bosold et al. 2024: 38 ff.). Auch die Gründe für Nichtanzeigen sind vielfältig und weisen deliktsbezogen deutliche Muster auf (vgl. Koning et al. 2025). Der entstandene Schaden – vor allem finanziell –, emotionale und soziale Abhängigkeiten oder Schamgefühle spielen eine Rolle für das Ausbleiben einer Anzeige, aber auch die Wahrnehmung geringer Erfolgsaussichten im Strafverfahren (vgl. Birkel et al. 2020: 87). Das Anzeigeverhalten ist also stark durch individuelle, soziale und deliktsspezifische Faktoren geprägt.

Das Erleben von Kriminalität kann tiefgreifende und langanhaltende Auswirkungen auf die betroffenen Personen haben. Die Folgen betreffen nicht nur finanzielle Schäden oder körperliche Unversehrtheit, sondern vor allem auch das psychische Wohlbefinden und das Sicherheitsgefühl, insbesondere das Schutz- und Vermeidungsverhalten (vgl. Janssen et al. 2020: 102 ff.). Eine Opferwerdung kann das Alltagsleben und die Lebensqualität damit erheblich einschränken – in manchen Fällen über Jahre hinweg (vgl. Hochstätter 2023: 5 ff.). Kenntnisse über diese Folgen sind notwendig, um ein Verständnis für die Situation der Betroffenen zu entwickeln und geeignete Hilfe anbieten zu können. Außerdem hilft es, das gesellschaftliche Bewusstsein für die Notwendigkeit von Opferschutz, Prävention und psychologischer Betreuung zu schärfen. Von daher ist auch wichtig zu erfragen, ob und welche Hilfsangebote Personen in Anspruch genommen haben.

4.3.1 Opferwerdung

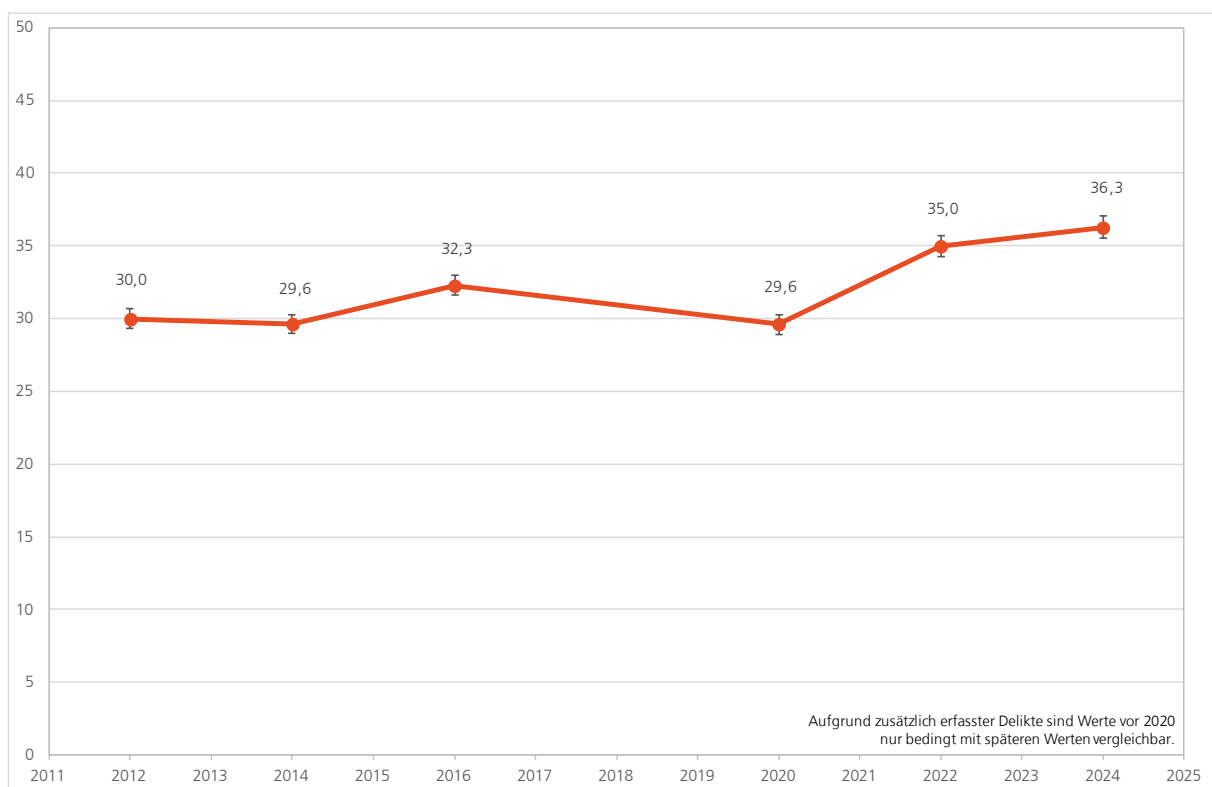
Zunächst sollen hier Opferwerdungen der Menschen in Niedersachsen betrachtet werden. Hierzu wurde erhoben, ob die befragten Personen im Vorjahr – in diesem Fall bedeutet das im Jahr 2024 – Opfer eines der im Fragebogen insgesamt 32 vorgegebenen Delikte geworden sind. Die erfragten Delikte umfassen dabei unter anderem verschiedene Eigentumsdelikte, Rohheitsdelikte, Sexualdelikte, computerbezogene Straftaten oder Hasskriminalität. Um die Verständlichkeit für die Befragten zu erhöhen, wurden die einzelnen Delikte in allgemeinverständlicher Sprache formuliert und mit passenden Beispielen versehen. Dies soll gewährleisten, dass die befragten Personen besser einschätzen können, ob sie Opfer einer solchen Straftat geworden sind oder nicht. Dementsprechend sind die Formulierungen der abgefragten Straftaten aber nicht deckungsgleich mit den rechtlichen, im Gesetz verankerten Definitionen dieser Delikte. Dies hat zur Folge, dass ein Vergleich mit anderen Quellen für Fallzahlen, zum Beispiel mit der polizeilichen Kriminalstatistik, nur eingeschränkt möglich ist.

Neben der der Betroffenheit von diesen Delikten an sich sollte des Weiteren angegeben werden, wie häufig entsprechende Viktimisierungen stattgefunden haben. Hierdurch sind auch Aussagen über potentielle Mehrfachviktimisierungen möglich.

Seit Beginn der Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen ist diese Abfrage der Opferwerdung weitgehend unverändert geblieben, es sind nur vereinzelt Phänomene aufgenommen worden, wenn diese neu auftraten oder zunehmend bedeutsamer wurden. Seit nunmehr drei Befragungswellen hat es allerdings keinerlei Veränderungen mehr gegeben, sodass eine Vergleichbarkeit dieser drei Wellen vollumfänglich gegeben ist. Entsprechende Vergleiche mit älteren Befragungswellen sind hingegen nur für einzelne Delikte und manchmal für komplette Deliktgruppen zulässig. Bestimmte Delikte (wie z.B. Raub oder sexueller Missbrauch) weisen darüber hinaus grundsätzlich sehr geringe Fallzahlen auf, was zur Folge hat, dass bereits kleine Veränderungen in den Fallzahlen zu großen prozentualen Schwankungen führen können. Daher sollten periodische Veränderungen bei diesen seltenen Delikten mit Vorsicht interpretiert werden.

140 Personen haben keine Angaben dazu gemacht, ob sie im Jahr 2024 Opfer eines der abgefragten Delikte geworden sind. Unter den 16.789 Personen, die eine Angabe gemacht haben, liegt die Quote der Opferwerdung über alle Delikte bei 36,3 %. Demnach ist mehr als ein Drittel aller befragten Personen in Niedersachsen im Jahr 2024 Opfer mindestens einer Straftat geworden. Dies ist ein Anstieg um 1,3 Prozentpunkte gegenüber der letzten Befragungswelle, welche ihrerseits bereits einen deutlichen Anstieg gegenüber der vorletzten Welle zu verzeichnen hatte. Damit erreicht die Opferwerdungsquote ihren neuen Höchststand seit Beginn der Befragung. Hierbei muss jedoch berücksichtigt werden, dass bei den Referenzjahren vor 2020 weniger Delikte bei der Opferwerdung erfasst wurden und dadurch die Vergleichbarkeit mit den damaligen Werten stark eingeschränkt ist.

Abbildung 11: Opferwerdung insgesamt nach Jahren in Prozent



Von den Personen, die 2024 viktimisiert worden sind, geben 61,8 % an, Opfer mehrerer Straftaten geworden zu sein. Auch dieser Anteil ist gegenüber dem Jahr 2022 gestiegen, dort lag

der Anteil der mehrfach viktimisierten Personen bei 61,1 %, und erreicht somit seinen bisher höchsten Stand.

In Tabelle 24 findet sich eine Übersicht über die Opferverwendungsquoten aller Deliktgruppen und Einzeldelikte getrennt nach Geschlecht und Alter:

Tabelle 24: Opferverwendung im Jahr 2024 nach Geschlecht und Alter in Prozent

	Gesamt	Geschlecht			Alter (in Jahren)					
		Frauen	Männer	Divers / Kann bzw. möchte mich nicht zuordnen	16-20	21-34	35-49	50-64	65-79	80+
Insgesamt	36,3	35,3	37,3	55,9	50,4	50,4	44,1	33,8	21,5	16,3
Diebstahl insgesamt (+ED Carport)	12,4	11,9	13,0	23,2	16,5	15,9	15,4	11,1	7,7	8,4
Kfz-Diebstahl	0,3	0,2	0,4	2,9	0,6	0,4	0,4	0,3	0,1	0,1
Kfz-Aufbruch	1,0	1,0	1,0	2,8	0,6	1,2	1,4	1,1	0,5	0,4
Fahrrad-Diebstahl	5,5	5,1	5,9	15,1	9,4	8,3	6,8	4,9	2,2	2,2
Diebstahl von pers. Gegenständen	3,0	3,0	3,0	3,6	3,8	3,5	3,0	2,3	2,7	3,4
Diebstahl allgemein	2,3	2,1	2,4	5,5	3,7	2,7	3,5	1,7	1,1	1,5
Wohnungseinbruchdiebstahl	0,9	0,9	0,8	5,4	0,5	0,6	1,3	0,9	0,8	0,8
Versuch Wohnungseinbruchdiebstahl	2,2	2,1	2,3	8,9	1,7	2,2	3,3	2,1	1,3	2,0
Einbruchdiebstahl Carport etc.	2,6	2,5	2,7	7,1	3,1	2,7	3,4	2,7	1,8	1,6
Computerbezogene Kriminalität insgesamt	19,9	17,4	22,3	27,9	15,6	20,9	24,4	19,3	15,4	13,6
Datenverlust durch Viren	3,9	3,0	4,7	5,6	4,0	3,3	4,5	4,0	3,3	4,2
Missbrauch persönlicher Daten	9,6	8,5	10,7	14,5	6,9	13,3	13,7	8,2	5,1	3,8
Online-Banking-Angriff	2,7	2,3	3,1	4,8	1,5	1,8	2,8	3,2	3,4	3,0
Betrug im Internet	7,2	5,9	8,5	9,3	4,3	7,2	10,3	8,0	4,7	2,9
Betrug ohne Internetnutzung	4,1	3,6	4,5	5,3	3,1	4,4	5,0	4,3	3,0	3,1
Körperverletzung insgesamt	2,1	1,7	2,6	1,8	4,9	4,2	2,4	1,4	0,7	0,5
Leichte KV ohne Waffe	1,3	1,0	1,7	1,8	3,5	2,7	1,4	0,8	0,4	0,4
Leichte KV mit Waffe	0,5	0,2	0,7	1,7	0,6	0,7	0,6	0,4	0,2	0,1
Schwere KV ohne Waffe	0,4	0,3	0,5	1,8	0,4	0,7	0,3	0,4	0,3	0,1
Schwere KV mit Waffe	0,3	0,2	0,4	1,7	0,0	0,4	0,4	0,3	0,1	0,1
(Ex-)Partner/-in beging KV	0,7	0,9	0,5	1,7	1,3	1,6	0,8	0,3	0,2	0,1
Sachbeschädigung insgesamt	9,3	8,4	10,2	17,5	7,5	11,6	12,3	9,7	5,4	4,3
KFZ-Beschädigung	8,1	7,4	8,8	13,2	7,6	11,2	10,3	8,1	4,4	3,5
Sachbeschädigung allgemein	3,6	3,1	4,0	12,5	4,2	4,3	5,1	3,5	1,7	1,7
Drohung insgesamt	5,5	4,5	6,6	14,0	10,9	10,4	6,7	4,1	1,7	0,7
Drohung mit Waffe	1,4	0,9	2,0	5,2	4,8	2,3	1,8	1,0	0,3	0,1
Drohung ohne Waffe	4,4	3,2	5,5	14,0	7,9	8,6	5,1	3,2	1,6	0,5
(Ex-)Partner/-in hat gedroht	1,0	1,3	0,6	1,7	1,1	2,0	1,5	0,6	0,2	0,2
Sexualdelikte insgesamt (+ Exhibitionismus)	6,0	9,8	2,0	25,9	20,8	15,9	5,2	1,8	0,9	0,4

	Gesamt	Geschlecht			Alter (in Jahren)					
		Frauen	Männer	Divers / Kann bzw. möchte mich nicht zuordnen	16-20	21-34	35-49	50-64	65-79	80+
Sexuell bedrängt	4,6	7,9	1,1	22,0	16,4	12,7	3,7	1,2	0,5	0,1
Sexuell missbraucht	0,3	0,5	0,1	3,4	2,2	0,7	0,2	0,0	0,0	0,1
(Ex-)Partner/-in hat sexuell missbraucht	0,3	0,5	0,1	1,7	1,7	0,7	0,3	0,1	0,1	0,1
Exhibitionismus	2,4	3,7	1,1	13,8	9,6	6,1	2,1	0,7	0,4	0,3
Raub	0,8	0,6	1,0	3,6	2,3	1,1	1,1	0,4	0,4	0,3
Hasskriminalität	1,3	1,3	1,3	7,5	3,5	2,9	1,5	0,6	0,3	0,2
Social-Media-Delikte insgesamt	7,9	7,4	8,4	20,0	17,0	13,0	9,8	5,8	2,1	1,9
Beleidigung im Internet	7,0	6,6	7,4	18,5	14,8	12,0	8,8	5,0	1,5	1,0
Bedrohung im Internet (Person)	2,5	1,9	2,9	12,7	7,0	4,5	2,8	1,2	0,7	1,2
Bedrohung im Internet (soz. Umfeld)	1,5	1,2	1,8	5,6	3,5	2,4	1,9	0,9	0,4	0,7

Wie schon in vergangenen Befragungswellen finden sich einige signifikante Unterschiede in der Opferwerdung basierend auf dem soziodemographischen Hintergrund der Befragten:

- Grundsätzlich werden Männer signifikant häufiger Opfer von Straftaten als Frauen. 37,3 % der befragten Männer berichten, dass sie im Jahr 2024 mindestens einmal Opfer einer Straftat geworden sind. Unter den befragten Frauen gaben dies nur 35,3 % an. Dieses Muster zeigt sich auch bei Herunterbrechen auf einzelne Delikte. Ausnahmen bilden lediglich Gewaltdelikte im Rahmen von (Ex-)Partnerschaften und Sexualdelikte (Bedrängung, Missbrauch und Exhibitionismus), bei denen Frauen signifikant häufiger Opfer werden als Männer. Für den Diebstahl persönlicher Gegenstände, Diebstahl allgemein, Kfz-Aufbrüche sowie Einbrüche in Carports und dergleichen finden sich keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen.

Menschen, die ihr Geschlecht als divers oder nicht angeben, haben darüber hinaus eine deutlich höhere Opferwerdungsrate. In dieser Personengruppe berichten 55,9 % (33 Personen), dass sie im Jahr 2024 mindestens einmal Opfer einer Straftat geworden sind.

Eine Betrachtung des Geschlechts im Zusammenhang von Mehrfachviktimsierung liefert keinen Hinweis auf statistische Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Bei beiden Geschlechtern werden unter denjenigen, die von Straftaten betroffen waren, knapp 62 % mehrfach Opfer. Bei Menschen, die ihr Geschlecht als divers angeben, ist der Anteil von Mehrfachopfern mit 78,8 % signifikant höher als bei Männern und Frauen.

- Wie bereits bei vorherigen Befragungswellen zu beobachten, ist die Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden, bei jüngeren Menschen größer als bei älteren Menschen. Während mehr als die Hälfte (jeweils 50,4 %) der Personen unter 21 Jahren sowie derer zwischen 21 und 34 Jahren Opfer mindestens einer Straftat wurden, sind es bei den über 80-Jährigen nur 16,3 %, also weniger als jede/r Fünfte. Dieser Trend findet sich grundsätzlich auch bei den meisten Einzeldelikten wieder, allerdings gibt es eine Reihe von Ausnahmen: So ist bei Eigentumsdelikten (KFZ-Aufbruch, Einbrüche und versuchte Einbrüche), Sachbeschädigungen, Betrug und computerbezogenen Delikten insgesamt die Betroffenheit bei Personen mittleren Alters (35-49 Jahre) am höchsten. Angriffe auf das Online-Banking erlebten hingegen eher ältere Personen (65-79 Jahre) am häufigsten.

Keine signifikanten Zusammenhänge mit dem Alter ergaben sich schließlich für Kfz-Diebstähle, Datenverlust durch Viren und schwere Körperverletzung ohne Waffen.

Jüngere Menschen werden des Weiteren nicht nur häufiger Opfer von Straftaten als ältere, sie werden auch häufiger mehrfach viktimisiert. Während bei Personen unter 21 Jahren fast drei Viertel (74,5 %) der Kriminalitätsoffer gleich von mehr als einer Opferwerdung betroffen waren, nimmt dieser Anteil mit dem Alter stetig ab (21- bis 34-Jährige: 69,2 %; 35- bis 49-Jährige: 62,0 %; 50- bis 64-Jährige: 56,6 %; 65- bis 79-Jährige: 51,1%; 80-Jährige und älter: 49,8 %).

- Menschen mit Migrationshintergrund wurden im Jahr 2024 wie auch in der Vergangenheit signifikant häufiger Opfer von Straftaten als Menschen, die keinen Migrationshintergrund haben. Während 40,7 % der befragten Personen mit Migrationshintergrund angeben, Opfer einer Straftat geworden zu sein, sind es bei Personen ohne Migrationshintergrund nur 35,5 %. Grundsätzlich findet sich dieser Zusammenhang auch für die Mehrheit der abgefragten Einzeldelikte, es gibt aber einige Straftaten, für die sich kein Zusammenhang mit dem Migrationshintergrund der Befragten feststellen lässt: Versuchter Einbruch, computerbezogene Delikte (spezifisch Missbrauch vertraulicher Daten, Betrug im Internet), Betrug, leichte und schwere Körperverletzungen mit Waffen, Sachbeschädigungen (exklusive Kfz), sexuelle Bedrängung, sexueller Missbrauch außerhalb der Partnerschaft und Raub.

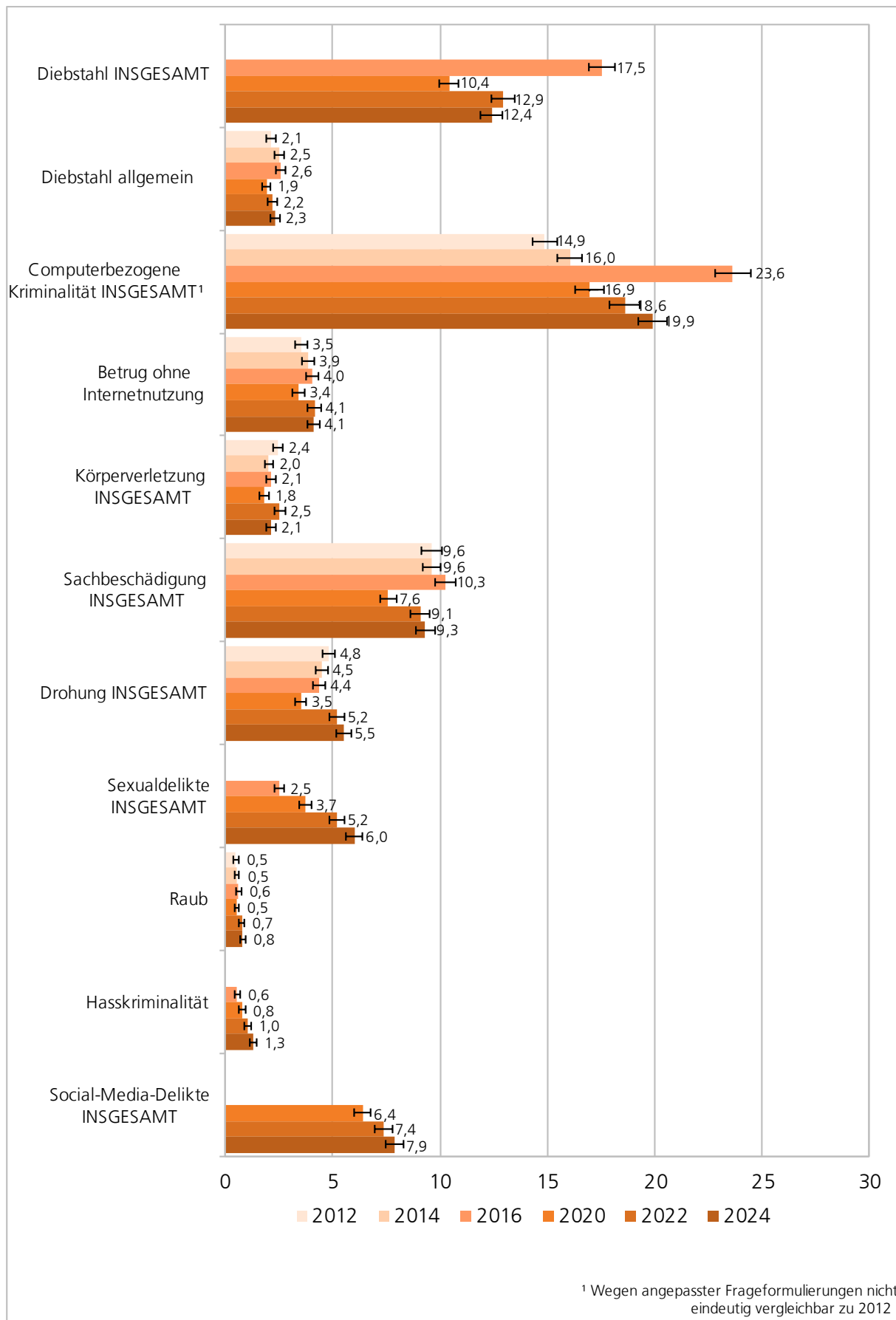
Darüber hinaus berichten 65,9 % der Menschen mit Migrationshintergrund, dass sie im Jahr 2024 mehr als einmal Opfer einer Straftat geworden sind. Dies ist signifikant häufiger als bei Menschen ohne Migrationshintergrund, von denen nur 60,9 % berichten, mehrfach viktimisiert worden zu sein.

- Die Opferwerdungsrate steht schließlich auch mit der Größe des Wohnorts im Zusammenhang. Je mehr EW der Wohnort einer Person hat, desto höher ist das Viktimisierungsrisiko. Während in Wohnorten mit weniger als 20.000 EW etwas weniger als ein Drittel (32,5 %) der befragten Personen im Jahr 2024 Opfer einer Straftat wurde, sind es in Wohnorten mit 20.000 bis 100.000 EW bereits 36,9 % der Befragten und in Wohnorten mit mehr als 100.000 EW sogar 43,5 %. Heruntergebrochen auf Einzeldelikte findet sich grundsätzlich derselbe Trend, eine Ausnahme bildet jedoch die Prävalenz von leichten Körperverletzungen ohne Waffen, die in mittelgroßen Wohnorten (20.000 bis 100.000 EW) am höchsten ist. Zusätzlich gibt es eine Reihe von Delikten, bei denen die Wohnortgröße nicht im Zusammenhang mit der Prävalenz steht: Wohnungseinbrüche, Kfz-Diebstähle, Angriffe auf das Online-Banking, Betrug im Internet und außerhalb des Internets, Körperverletzungsdelikte außer leichte Formen ohne Waffen, Drohung mit Waffen, Drohungen durch (Ex-)Partner, Sexueller Missbrauch durch (Ex-)Partner und andere, Raub und Drohungen im Internet.

Je mehr EW ein Wohnort aufweist, desto höher ist außerdem auch der Anteil der Mehrfachviktimisierungen. Während fast zwei Drittel der Befragten aus Wohnorten mit mehr als 100.000 EW mehrfach Opfer einer Straftat geworden sind (64,7 %), sind es in Wohnorten mit weniger als 20.000 EW mit 58,9 % signifikant weniger. Der Anteil an mehrfachviktimisierten Personen aus mittelgroßen Städten mit 20.000 bis 100.000 EW liegt mit 62,6 % deskriptiv zwischen den Werten in kleinen und großen Wohnorten.

Die nach Deliktgruppen aufgeschlüsselten Prävalenzen für das Referenzjahr 2024 werden in Abbildung 12 im Zeitverlauf dargestellt und beschrieben.

Abbildung 12: Opferwerdung nach Deliktgruppen nach Jahren in Prozent



Eine Reihe von Deliktgruppen erreicht dabei neue Höchstwerte seit Beginn der „Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen“, nämlich Social-Media-Delikte, Sexualdelikte, Drohungen, Hasskriminalität und Raub. Einzig die Bereiche Körperverletzungen, Betrug (ohne Internet) und Diebstahl sind im Vergleich zu 2022 nicht weiter gestiegen.

Eine Betrachtung der Prävalenzraten der einzelnen Deliktgruppen zeigt, dass diese, wie in allen bisherigen Befragungswellen auch, für computerbezogene Kriminalität am höchsten ist (19,9 %). Die nächsthöheren Prävalenzen weisen Diebstahlsdelikte (12,4 %), Sachbeschädigungen (9,3 %) und Social-Media-Delikte (7,9 %) auf. Verglichen damit sind Sexualdelikte etwas seltener, deren Prävalenz bei 6,0 % liegt. Drohungen und Betrug verzeichnen mit 5,5 % respektive 4,1 % nochmals geringere Prävalenzraten. Am seltensten sind die Befragten von Körperverletzungsdelikten (2,1 %), Hasskriminalität (1,3 %) und Raub (0,8 %) betroffen.

Zu den Entwicklungen der Deliktgruppen lässt sich festhalten:

- Insgesamt wurden im Jahr 2024 etwa genauso viele Menschen Opfer von *Diebstahlsdelikten* wie im Jahr 2022 (12,4 %). Verglichen mit den Werten aus der letzten Befragungswelle von 2022 (12,9 %) gibt es keinen signifikanten Unterschied. Die Prävalenzrate liegt dabei im mittleren Bereich der bisherigen Befragungen. Sie ist 2,0 Prozentpunkte höher als der bisherige Tiefstand im Jahr 2020 (10,4 %) und 5,1 Prozentpunkte niedriger als der bisher höchste Stand im Jahr 2016 (17,5 %).
- Auch die *computerbezogene Kriminalität* ist im Vergleich zur letzten Befragungswelle im Wesentlichen unverändert geblieben, es konnte keine signifikante Veränderung der Prävalenz von computerbezogener Kriminalität insgesamt festgestellt werden. Deskriptiv befinden sich die Werte jedoch mit einer Prävalenzrate von 19,9 % auf dem zweithöchsten Stand seit Beginn der Erhebung. Ein höherer Wert wurde lediglich im Jahr 2016 erreicht, als die Prävalenz 23,6 % betrug. Damit setzt sich der grundlegende Anstieg in der Prävalenz der computerbezogenen Kriminalität deskriptiv weiter fort.
- *Betrugsdelikte* außerhalb des digitalen Raums sind mit 4,1 % gegenüber den Werten der letzten Erhebungswelle unverändert. Deskriptiv ist dieser Wert leicht höher als die Werte der ersten vier Befragungen, unter praktischen Gesichtspunkten kann man die Prävalenz von Betrugsdelikten über den gesamten Erhebungszeitraum als konstant betrachten.
- Die Betroffenheit durch *Körperverletzungsdelikte* liegt für das Jahr 2024 mit 2,1 % deskriptiv leicht unter den Werten aus dem Jahr 2022 (2,5 %), dieser Rückgang ist jedoch statistisch nicht signifikant. Insgesamt ist die Prävalenz von Körperverletzungsdelikten seit Beginn der Befragungen relativ konstant geblieben.
- Bei der Prävalenz von *Sachbeschädigungsdelikten* gab es gegenüber der letzten Befragung keine signifikanten Veränderungen. Mit 9,3 % liegt die errechnete Prävalenz in etwa auf dem Niveau der vorherigen Referenzzeiträume seit 2012. 2020 stellt mit einer Prävalenz von 7,6 % in der Gesamtschau ein möglicherweise pandemiebedingtes Ausreißen nach unten dar.
- Die Betroffenheit durch *Bedrohungsdelikte* im Jahr 2024 ist mit einer Prävalenzrate von 5,5 % im Vergleich zu 2022 (5,2 %) leicht, aber nicht signifikant angestiegen. Die aktuelle Prävalenzrate stellt den höchsten Wert seit Beginn der Erhebungen dar.
- Die Häufigkeit, mit der die Menschen in Niedersachsen durch *Sexualdelikte* betroffen sind, nimmt seit 2016 (seitdem werden sie in der aktuellen Form erfasst) kontinuierlich zu. 2024 wurden 6,0 % der Befragten Opfer eines Sexualdelikts, ein signifikanter Anstieg

gegenüber der letzten Befragung (5,2 %). 2013 lag die Betroffenheit von Sexualdelikten noch bei 2,5 %.

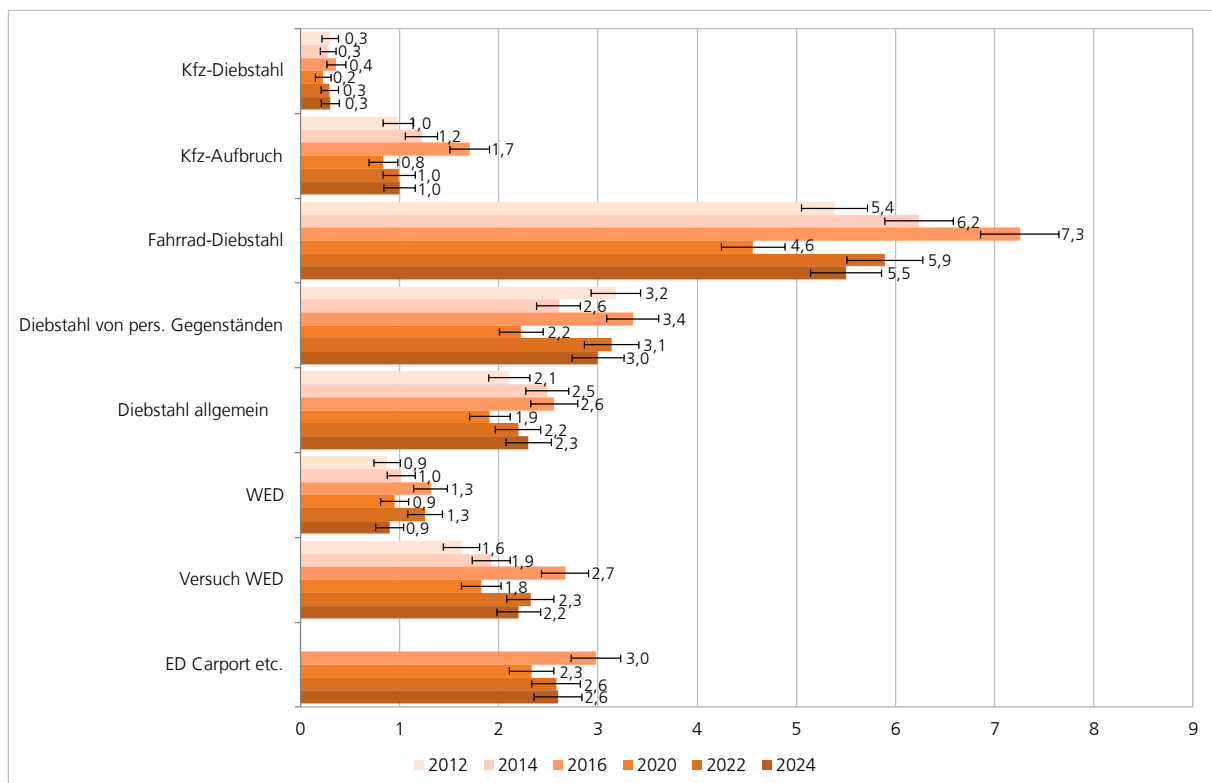
- Während die Opferwerdung durch *Raub* in den ersten vier Erhebungswellen weitgehend unverändert geblieben war, wurde bei der letzten Befragungswelle für das Referenzjahr 2022 erstmalig ein signifikanter Anstieg in der Prävalenz von Raub auf 0,7 % verzeichnet. Dieser Wert erhöht sich 2024 auf 0,8 %, wenngleich nicht signifikant.
- Seit dem Beginn der Erfassung erfährt *Hasskriminalität* eine kontinuierliche Zunahme. Dies ist auch für das Jahr 2024 der Fall: Die Prävalenz von Hasskriminalität lag mit 1,3 % deskriptiv so hoch wie noch nie und ist signifikant höher als in den Jahren 2016 (0,6 %) und 2020 (0,8 %).
- Delikte auf *Social-Media* werden inzwischen ebenso zum dritten Mal erfasst, und auch bei diesen gibt es den Trend, dass die Betroffenheit durch entsprechende Delikte stetig zunimmt. Während im Jahr 2020 noch 6,4 % der Befragten berichten, von einer Straftat auf Social-Media-Plattformen betroffen gewesen zu sein, waren es im Jahr 2024 mit 7,9 % signifikant mehr.

Im Folgenden werden die einzelnen Deliktgruppen mit den zugehörigen Einzeldelikten nacheinander dargestellt und beschrieben, beginnend mit Diebstahlsdelikten.

Die Verteilung auf die Einzeldelikte hat sich dabei nur wenig verändert. Nach wie vor ist das Delikt mit der höchsten Prävalenzrate der Fahrrad-Diebstahl (5,5 %). 3,0 % berichten von Diebstählen von Gegenständen, die am Körper getragen werden. 2,6 % der Befragten wurden 2024 Opfer eines Einbruchs in Carport, Garage, Keller oder dergleichen. 2,2 % berichten, dass jemand versucht hat, in ihre Wohnung oder ihr Haus einzubrechen. Bei 0,9 % der Befragten ist es zu einem vollendeten Wohnungseinbruch gekommen. Ebenfalls vergleichsweise selten waren Kfz-bezogene Delikte. So geben 1,0 % der befragten Personen an, dass ihr Kfz aufgebrochen wurde, und 0,3 % berichten, dass ihnen ein Kfz gestohlen wurde. Zuletzt geben noch 2,3 % der Befragten an, dass ihnen etwas anderes, das nicht in den bisher genannten Delikten inkludiert ist, gestohlen wurde.

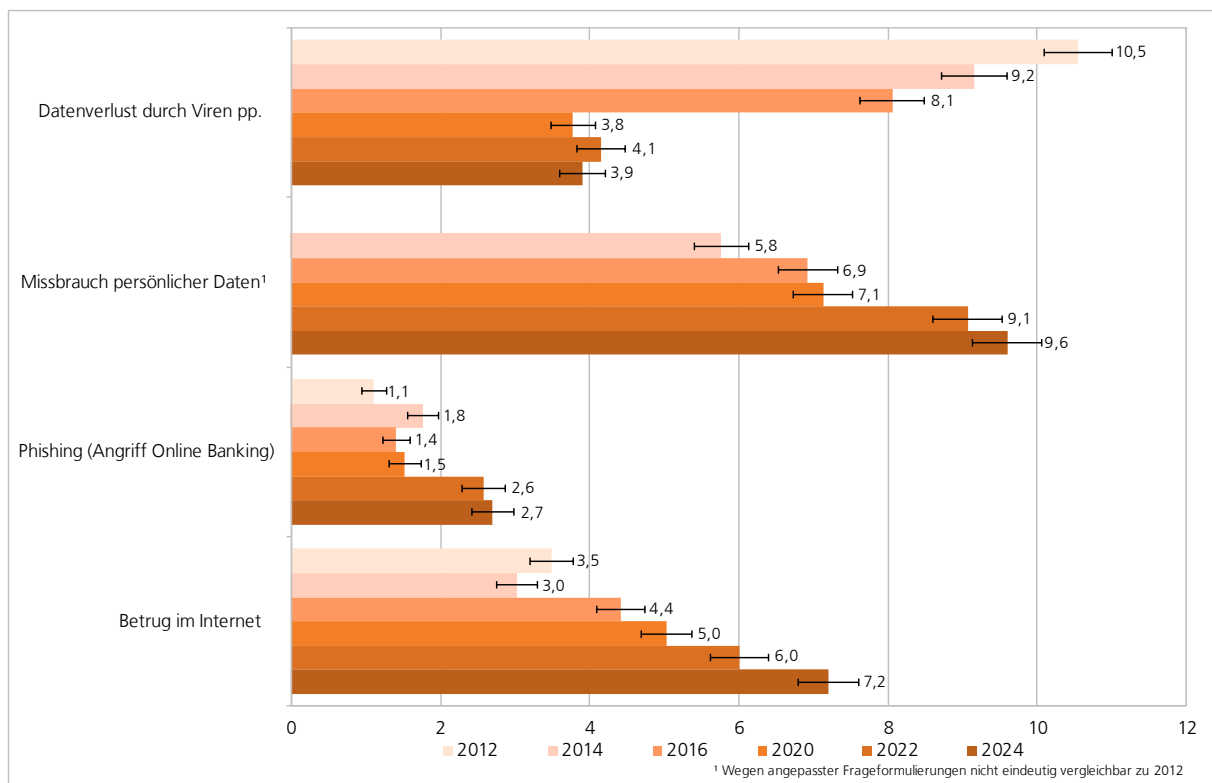
Auf Ebene der einzelnen Diebstahlsdelikte finden sich bis auf eine Ausnahme keine signifikanten Änderungen. Einzig die Prävalenz von vollendeten Wohnungseinbrüchen ist im Jahr 2024 signifikant niedriger gewesen als im Jahr 2022, sie sank um 0,4 Prozentpunkte von 1,3 % auf 0,9 %. Die Gesamtbetrachtung über alle Befragungswellen hinweg offenbart keine klaren Trends oder systematischen Veränderungen im Zeitverlauf.

Abbildung 13: Opferwerdung für Diebstahlsdelikte nach Jahren in Prozent



Das häufigste Einzeldelikt im Rahmen der computerbezogenen Kriminalität im Jahr 2024 ist weiterhin der Missbrauch persönlicher Daten (9,6 %). Während es gegenüber dem letzten Referenzzeitraum (2022) keine signifikante Veränderung bei der Opferwerdung durch den Missbrauch persönlicher Daten gab (die Prävalenzrate lag bei 9,1 %), ist gegenüber früheren Befragungswellen ein kontinuierlicher und signifikanter Anstieg zu verzeichnen. Opfer eines Betrugs im Internet wurden 7,2 % der befragten Personen, ein signifikanter Anstieg gegenüber der letzten Befragung und die höchste Prävalenz für dieses Delikt seit Beginn der Erhebung. Kaum verändert gegenüber den Werten aus dem Jahr 2022 ist hingegen die Opferwerdung durch Phishing: 2,7 % der Befragten geben an, einem solchen Delikt zum Opfer gefallen zu sein. In der Gesamtbetrachtung über alle Erhebungswellen hinweg zeigt sich jedoch ein deutlicher und signifikanter Anstieg in der Prävalenz von Phishing-Versuchen, so lag die Prävalenzrate dieses Delikts mit 1,1 % im Jahr 2012 um 1,6 Prozentpunkte niedriger als in der aktuellen Befragung. Die Betroffenheit durch Datenverlust durch Viren o.Ä. ist gegenüber 2022 leicht zurückgegangen (3,9 %), die Veränderung ist aber nicht signifikant. Verglichen mit den ersten drei Befragungswellen (2012, 2014, 2016), in denen die Prävalenzraten des Datenverlustes durch Viren o.Ä. zwischen 8,1 % und 10,5 % lagen, sind die Werte in den letzten drei Befragungen jedoch deutlich rückläufig (in diesem Zeitraum lagen die Prävalenzraten zwischen 3,8 % und 4,1 %).

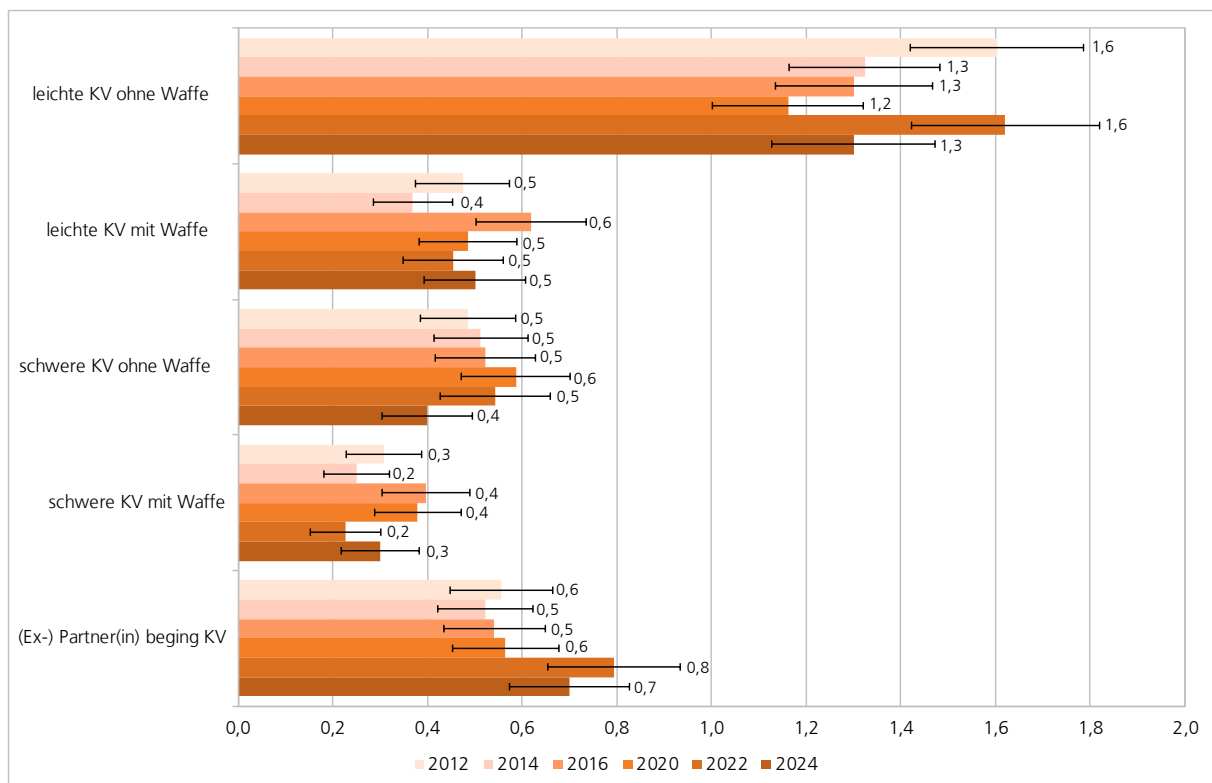
Abbildung 14: Opferwerdung für computerbezogene Delikte nach Jahren in Prozent



Eine Betrachtung der verschiedenen abgefragten Körperverletzungsformen zeigt, dass leichte Formen ohne Waffen mit klarem Abstand die am häufigsten erlebte Form von Körperverletzungen darstellt (1,3 %). Von Körperverletzungen in der (Ex-)Partnerschaft waren im Referenzzeitraum 0,7 % der Befragten betroffen. Eine leichte Körperverletzung mit Waffen berichtet etwa nur eine von 200 befragten Personen (0,5 %). Ähnlich häufig berichten die Menschen in Niedersachsen Opfer einer schweren Körperverletzung mit (0,3 %) oder ohne Waffe (0,4 %) geworden zu sein.

Gegenüber den früheren Befragungen finden sich auf Ebene der Einzeldelikte, genau wie für die Prävalenz von Körperverletzungen insgesamt, keine statistisch signifikanten Veränderungen.

Abbildung 15: Opferwerdung für Körperverletzungsdelikte nach Jahren in Prozent



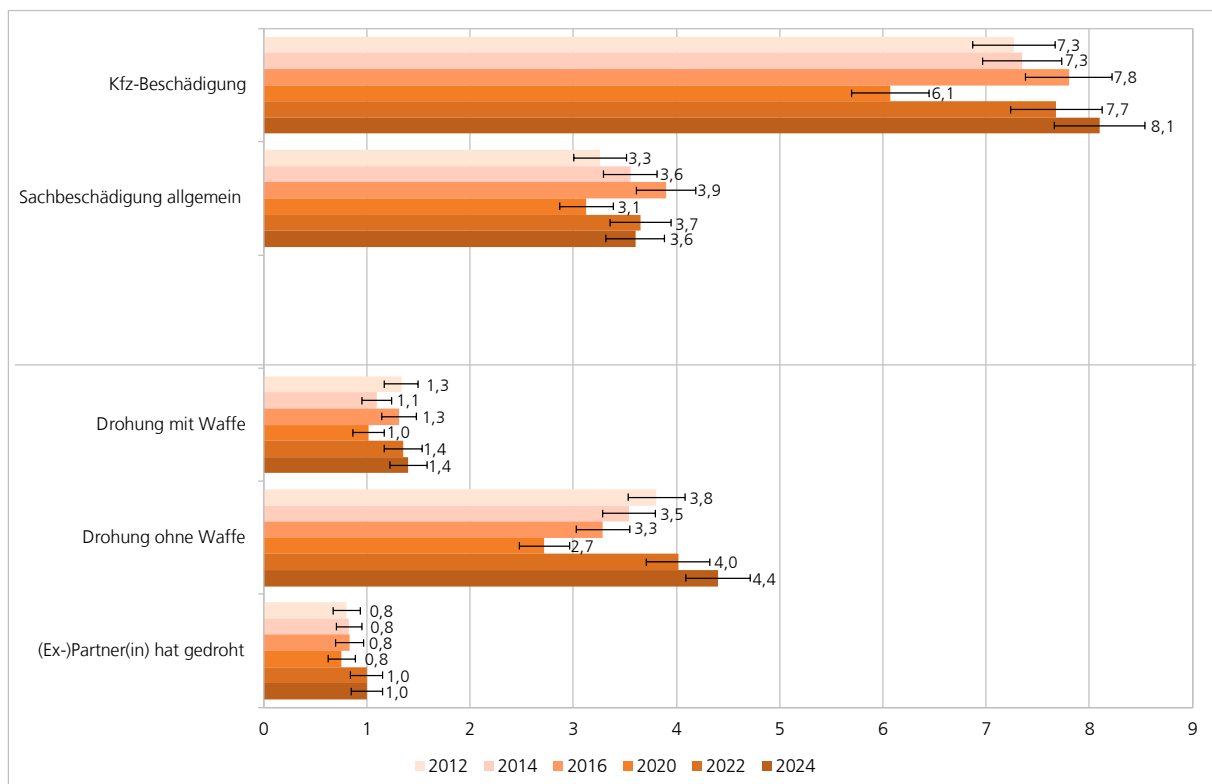
Bei Betrachtung der beiden Delikte, die im Kontext von Sachbeschädigungen erfasst werden, zeigt sich, dass Kfz-Sachbeschädigungen mehr als doppelt so häufig vorkommen (8,1 %) wie andere Formen von Sachbeschädigung (3,6 %). Die Prävalenz beider Delikte unterscheidet sich dabei nicht signifikant von den entsprechenden Prävalenzraten des Jahres 2022. Auch auf Ebene der Einzelitems im Kontext von Sachbeschädigungen stellt das Jahr 2020 eine Ausnahme mit besonders niedrigen Werten dar.

Bei Bedrohungsdelikten ist weiterhin die Bedrohung ohne Waffe (4,4 %) am häufigsten, gefolgt von der Bedrohung mit Waffe (1,4 %). Das seltenste Bedrohungsdelikt ist die Drohung in der (Ex-)Partnerschaft mit einer Prävalenz von 1,0 %. Auch auf Ebene der einzelnen Bedrohungsdelikte gibt es gegenüber der letzten Befragungswelle keine signifikanten Veränderungen. Bei der Bedrohung ohne Waffe setzt sich jedoch der Trend aus der letzten Erhebung insofern fort, als dass diese deskriptiv erneut häufiger geworden ist und ihren bisherigen Höchststand erreicht.

Bei Betrachtung der beiden Delikte, die im Kontext von Sachbeschädigungen erfasst werden, zeigt sich, dass KFZ-Sachbeschädigungen mehr als doppelt so häufig vorkommen (8,1 %) wie andere Formen von Sachbeschädigung (3,6 %). Die Prävalenz beider Delikte unterscheidet sich dabei nicht signifikant von den entsprechenden Prävalenzraten des Jahres 2022. Auch auf Ebene der Einzelitems im Kontext von Sachbeschädigungen stellt das Jahr 2020 eine Ausnahme mit besonders niedrigen Werten dar.

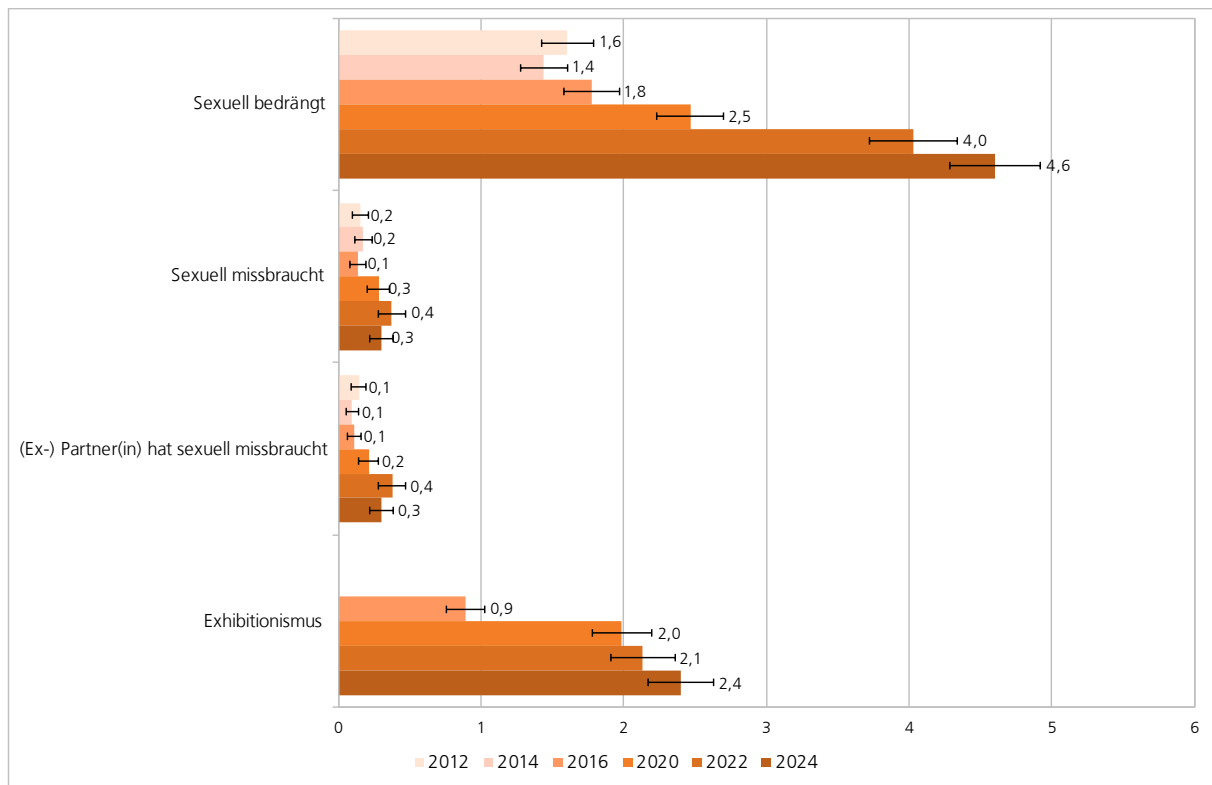
Bei Bedrohungsdelikten ist weiterhin die Bedrohung ohne Waffe (4,4 %) am häufigsten, gefolgt von der Bedrohung mit Waffe (1,4 %). Das seltenste Bedrohungsdelikt ist die Drohung in der (Ex-)Partnerschaft mit einer Prävalenz von 1,0 %. Auch auf Ebene der einzelnen Bedrohungsdelikte gibt es gegenüber der letzten Befragungswelle keine signifikanten Veränderungen. Bei der Bedrohung ohne Waffe setzt sich jedoch der Trend aus der letzten Erhebung insofern fort, als dass diese deskriptiv erneut häufiger geworden ist und ihren bisherigen Höchststand erreicht.

Abbildung 16: Opferwerdung für Sachbeschädigungs- und Bedrohungsdelikte nach Jahren in Prozent



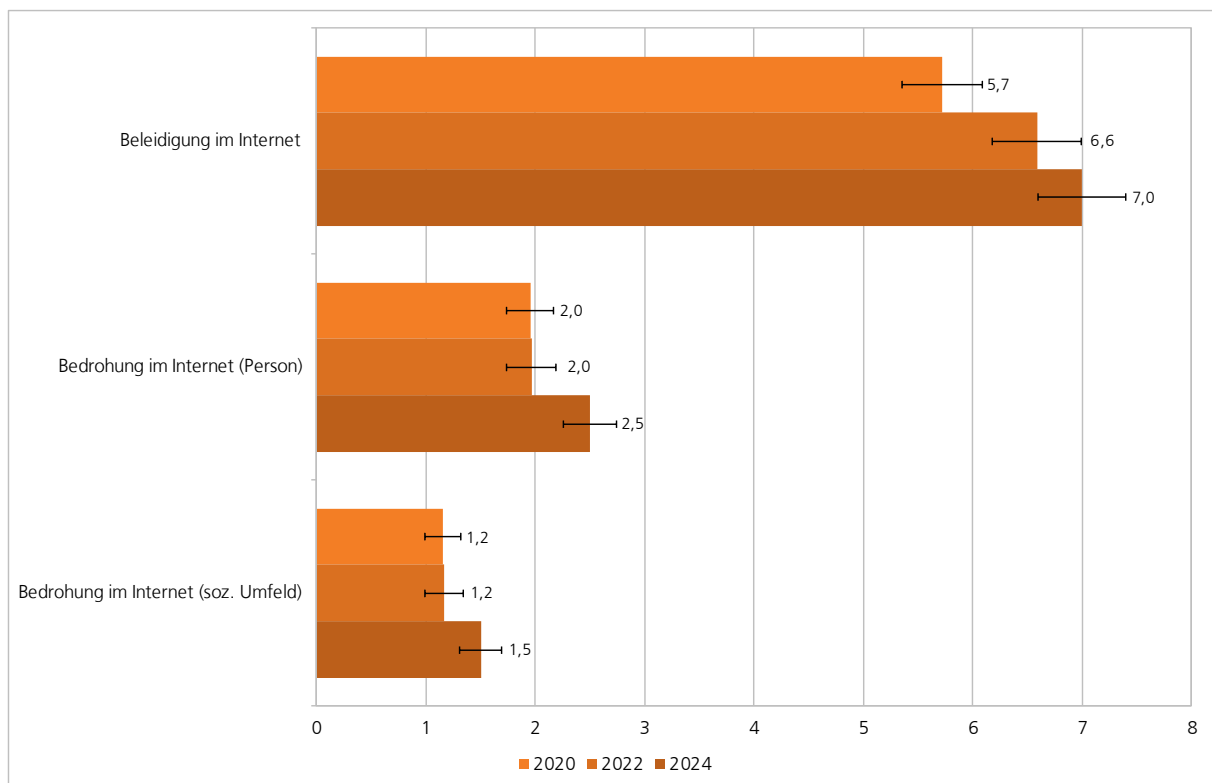
Die höchste Prävalenz bei den verschiedenen abgefragten Sexualdelikten hat weiterhin die sexuelle Bedrängung. 4,6 % der Befragten berichten, im Jahr 2024 eine solche Tat erlebt zu haben. Weniger häufig wird angegeben, Exhibitionismus erlebt zu haben (2,4 %). Nochmal seltener ist sexueller Missbrauch (inklusive Vergewaltigungen), gleich, ob innerhalb einer (ehemaligen) Partnerschaft (0,3 %) oder außerhalb von (Ex-)Partnerschaften (0,3 %). Die Prävalenz der Einzeldelikte 2024 unterscheidet sich dabei nicht signifikant von den jeweiligen Prävalenzen der letzten Erhebung. Die Werte zeigen auf deskriptiver Ebene aber klar, dass der Anstieg der Gesamtprävalenz von Sexualdelikten vor allem durch Zunahmen von sexuellen Bedrängungen und Exhibitionismus getrieben ist.

Abbildung 17: Opferwerdung für Sexualdelikte nach Jahren in Prozent



Das dominante Einzeldelikt im Zusammenhang mit der Nutzung von Social-Media ist nach wie vor die Beleidigung im Internet (7,0 %). Bedrohungen sowohl gegen die eigene Person als auch gegen Personen aus dem persönlichen Umfeld der befragten Personen waren deutlich seltener, mit 2,5 % bzw. 1,5 % der Befragten, die angeben, ein entsprechendes Delikt erlebt zu haben. Der zu verzeichnende Anstieg von Bedrohungen gegen die eigene Person ist die einzig statistisch signifikante Veränderung.

Abbildung 18: Opferwerdung für Social-Media-Delikte nach Jahren in Prozent



4.3.2 Anzeigeverhalten

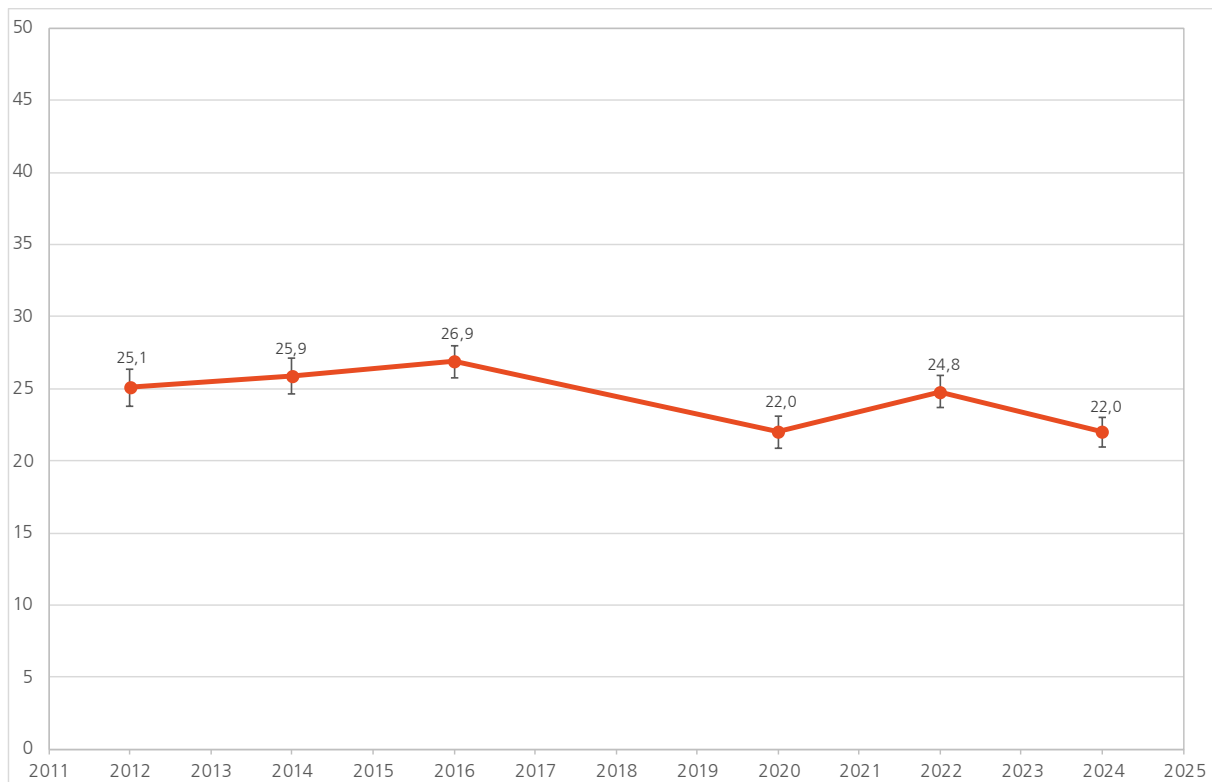
Neben Häufigkeit der Opferwerdung sollten die Befragten der „Befragung zur Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen“ auch angeben, wie viele dieser Taten von ihnen bei der Polizei zur Anzeige gebracht wurden. Mit Hilfe dieser Angaben wurden für alle Delikte insgesamt, für die jeweiligen Deliktgruppen sowie die dazugehörigen Einzeldelikte Anzeigequoten für das Jahr 2024 berechnet. Die Anzeigequote wurde gebildet, indem für jede Person die jeweiligen Angaben zu erlebten und angezeigten Opferwerdungen ins Verhältnis zueinander gesetzt wurden, um zunächst eine sogenannte subjektive Anzeigequote pro Delikt(gruppe) und Person zu berechnen.

Solche subjektiven Anzeigequoten können dabei nur für solche Befragte berechnet werden, die sowohl zu der Anzahl ihrer Opferwerdungen als auch zu der Zahl der angezeigten Straftaten Angaben gemacht haben. Je nach berichtetem Delikt kann die Zahl dieser Personen gering ausfallen. Bei solchen Delikten mit geringen Fallzahlen können bereits kleine Veränderungen in den absoluten Häufigkeiten große Veränderungen in den berechneten Anzeigequoten verursachen. Solche Änderungen sind trotz der großen relativen Veränderung häufig nicht statistisch signifikant und müssen von daher entsprechend vorsichtig interpretiert werden.

Aus den subjektiven Anzeigequoten der einzelnen Befragten wurde in einem nächsten Schritt der Mittelwert für jedes Delikt, jede Deliktgruppe sowie für alle Opferwerdungen insgesamt, also über alle Befragten, errechnet. Diese mittlere Anzeigequote wird in der Folge berichtet.

Insgesamt betrug die mittlere Anzeigequote im Jahr 2024 22,0 %. Die Anzeigebereitschaft ist im Vergleich zu den Werten des Jahres 2022 (24,8 %) wieder gesunken und damit auf demselben Niveau wie 2020, als der bisher geringste Wert festgestellt wurde (22,0 %). Die Anzeigebereitschaft liegt entsprechend auch deutlich niedriger als in den ersten drei Befragungswellen (2012: 25,1 %; 2014: 25,9 %; 2016: 26,9 %).

Abbildung 19: Anzeigequote insgesamt nach Jahren in Prozent



Folgende grundlegenden Befunde können bezüglich der über alle Delikte berechneten Anzeigequote festgehalten werden:

- Mehrfach viktimisierte Personen zeigen eine signifikant geringere Anzeigebereitschaft als Personen, die Opfer nur einer einzelnen Straftat wurden: Während einfachviktimisierte Personen 31,4 % der Delikte, von denen sie betroffen waren, anzeigten, waren es bei mehrfachviktimisierten Befragten nur 17,3 %.
- Das Anzeigeverhalten steht außerdem im Zusammenhang mit dem Alter der befragten Personen. Je älter eine Person ist, desto höher ist die Neigung, eine erlebte Straftat auch anzuzeigen. Jüngere Altersgruppen bis 25 Jahre zeigten erlebte Straftaten deutlich seltener an als ältere Altersgruppen (unter 21 Jahre: 22,7 %; 21-34 Jahre: 30,1 %; 25-49 Jahre: 36,7 %; 50-64 Jahre: 37,4 %; 65-79 Jahre: 37,9 %; über 80 Jahre: 39,4 %).
- Keine signifikanten Unterschiede in der Anzeigebereitschaft gibt es hinsichtlich des Geschlechts, des Migrationshintergrundes und der Wohnortgröße der Befragten.

Eine Übersicht der Anzeigequoten für das Jahr 2024 getrennt nach Deliktgruppen und Einzeldelikten findet sich in Tabelle 25. In den darauffolgenden Abbildungen werden die Anzeigequoten schließlich im periodischen Vergleich mit den Werten der vorherigen Befragungswellen dargestellt.

Tabelle 25: Anzeigequoten im Jahr 2024 in Prozent

	Gesamt	Geschlecht			Alter (in Jahren)					
		Frauen	Männer	Divers/Kann bzw. möchte mich nicht zuordnen	16- 20	21- 34	35- 49	50- 64	65- 79	80+
Insgesamt	22,0	21,4	22,8	15,6	13,0	16,9	24,1	25,8	28,8	29,2
Diebstahl insgesamt	40,2	39,7	40,6	52,1	32,4	35,0	41,9	45,7	43,3	44,9
Kfz-Diebstahl	83,0	91,6	78,7	-	100	85,4	71,0	92,4	70,2	-
Kfz-Aufbruch	59,6	57,2	61,9	-	0,0	43,5	69,0	60,2	67,1	87,5
Fahrrad-Diebstahl	49,6	49,1	50,1	50,0	44,5	44,7	50,2	57,2	56,0	28,8
Diebstahl von pers. Gegenständen	36,1	35,0	37,3	0,0	20,6	28,7	33,8	38,5	47,8	58,1
Diebstahl allgemein	24,4	31,6	18,5	0,0	22,2	13,3	32,7	23,2	38,7	11,0
Wohnungseinbruchdiebstahl	72,0	63,1	80,4	100	100	75,7	76,8	69,3	59,3	54,3
Versuch Wohnungs- einbruchdiebstahl	33,4	34,5	33,1	0,0	17,0	34,4	37,5	33,7	28,2	26,2
Einbruchsdiebstahl Carport etc.	34,7	34,5	33,8	100	32,3	35,7	34,7	37,7	32,6	18,0
Computerbezogene Kriminalität insgesamt	22,8	23,4	22,4	20,0	10,2	20,0	24,5	25,4	25,4	18,9
Datenverlust durch Viren	11,1	11,1	10,5	33,3	0,0	7,8	10,0	13,4	16,6	18,5
Missbrauch persönlicher Daten	23,0	25,2	21,2	33,3	8,9	18,3	26,4	27,2	26,3	5,6
Online-Banking-Angriff	25,4	29,8	22,3	-	0,0	22,0	18,6	29,0	40,0	23,6
Betrug im Internet	28,5	25,2	30,5	0,0	18,2	28,8	26,0	32,5	27,5	33,2
Betrug ohne Internetnutzung	26,4	31,5	23,2	0,0	5,4	19,4	28,6	25,5	36,2	45,3
Körperverletzung insgesamt	25,9	16,2	32,2	-	15,0	22,7	33,7	34,7	24,3	0,0
Leichte KV ohne Waffe	24,3	18,0	27,8	-	19,4	25,7	25,5	21,2	48,5	0,0
Leichte KV mit Waffe	47,6	37,8	50,3	-	23,7	37,2	57,4	67,5	34,0	-
Schwere KV ohne Waffe	62,1	39,9	72,2	-	100	65,5	43,6	58,2	100	-
Schwere KV mit Waffe	67,6	44,0	74,5	-	-	85,7	56,6	52,5	-	-
(Ex-)Partner/-in beging KV	9,4	9,7	8,7	-	0,0	4,1	20,8	30,1	0,0	-
Sachbeschädigung insgesamt	28,1	31,9	24,9	35,7	12,6	32,0	27,7	27,6	27,8	21,1
Kfz-Beschädigung	30,6	33,3	28,2	66,7	20,6	35,9	30,9	27,8	25,7	23,5
Sachbeschädigung allgemein	23,2	30,6	17,9	20,0	15,9	21,6	21,0	25,5	45,8	18,7
Drohung insgesamt	11,7	10,3	12,5	16,7	13,6	9,8	12,2	13,7	12,2	0,0
Drohung mit Waffe	19,7	21,9	18,4	50,0	18,4	13,9	18,8	33,3	46,0	-
Drohung ohne Waffe	9,6	7,8	10,5	16,7	6,3	10,1	10,1	10,3	10,5	0,0
(Ex-)Partner/-in hat gedroht	8,4	10,2	3,5	-	13,3	7,9	6,2	11,9	0,0	-
Sexualdelikte insgesamt (+ Exhibitionismus)	3,2	3,1	3,8	0,0	3,3	1,2	7,0	9,2	0,0	0,0
Sexuell bedrängt	2,9	2,9	3,7	0,0	4,6	1,3	4,7	7,4	0,0	-
Sexuell missbraucht	9,1	10,6	0,0	0,0	8,9	6,6	22,0	0,0	-	-
(Ex-)Partner/-in hat sexuell missbraucht	3,6	4,2	0,0	-	10,2	0,0	0,0	0,0	0,0	-
Exhibitionismus	4,4	4,7	3,5	0,0	1,9	1,3	13,8	10,6	0,0	0,0
Raub	21,8	15,4	26,0	0,0	15,8	13,0	23,5	55,6	46,9	0,0

	Gesamt	Geschlecht			Alter (in Jahren)					
		Frauen	Männer	Divers/Kann bzw. möchte mich nicht zuordnen	16- 20	21- 34	35- 49	50- 64	65- 79	80+
Hasskriminalität	4,0	3,1	4,8	0,0	7,0	0,0	5,8	7,5	11,1	0,0
Social-Media-Delikte insgesamt	4,4	4,9	4,1	0,0	5,3	2,7	4,3	6,4	8,6	23,0
Beleidigung im Internet	2,8	3,5	2,2	0,0	3,2	1,9	2,6	3,6	10,3	0,0
Bedrohung im Internet (Person)	7,8	9,6	6,9	0,0	9,7	4,2	11,4	8,0	14,0	0,0
Bedrohung im Internet (soz. Umfeld)	14,2	16,5	3,1	0,0	13,6	13,1	10,9	23,8	0,0	100

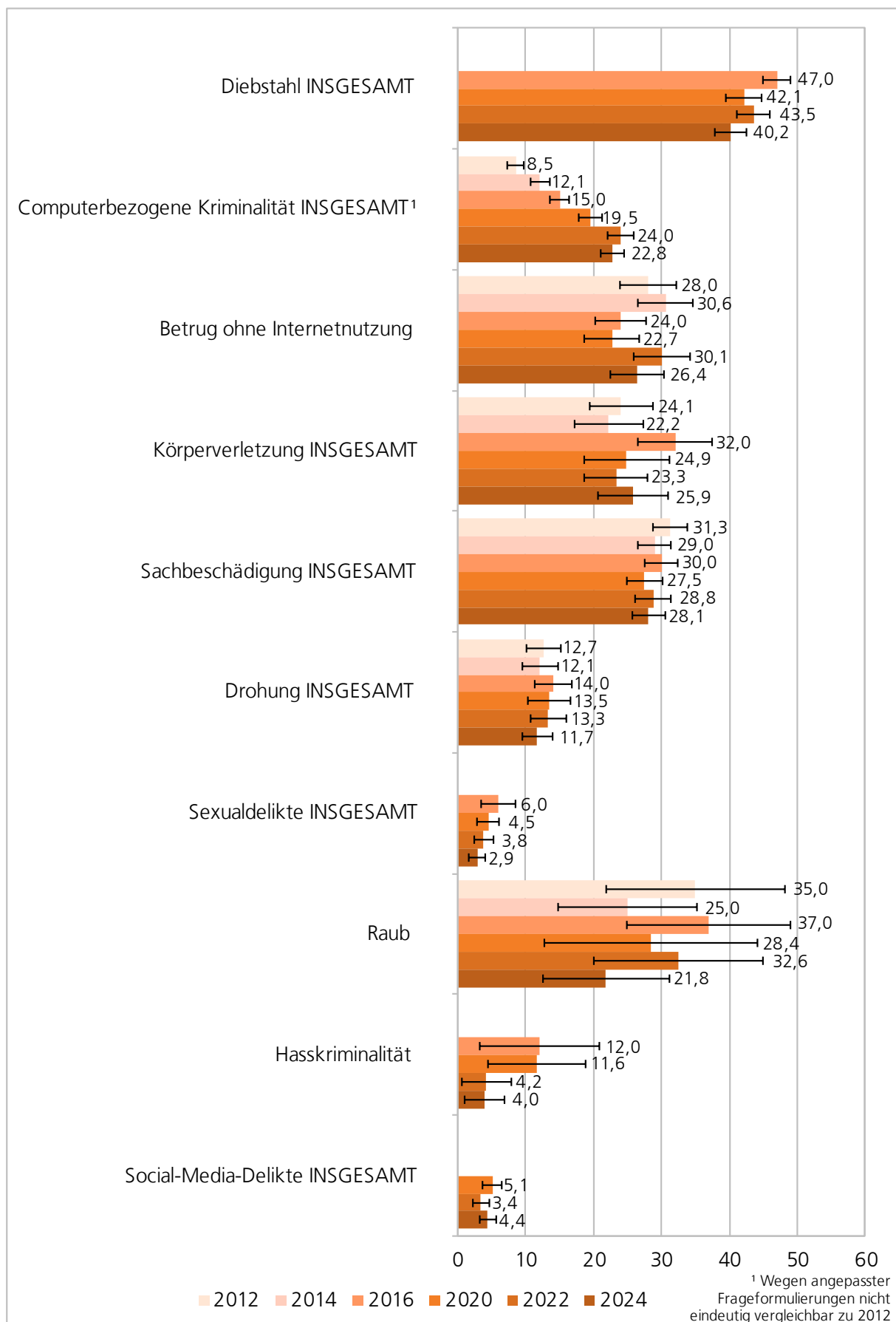
Im periodischen Vergleich zeigt sich für die Deliktgruppen:

- Eine nähere Betrachtung der Anzeigequoten von *Diebstahldelikten* zeigt zunächst keine signifikante Veränderung gegenüber den in der letzten Erhebung festgestellten Werten. In der Tendenz zeigt sich ein leichter Rückgang der Anzeigequote von Diebstählen um 3,3 Prozentpunkte von 43,5 % im Jahr 2022 auf aktuell 40,2 %.
- Im periodischen Vergleich zeigt sich, dass die in allen bisherigen Wellen beobachteten Anstiege der mittleren Anzeigequote von *computerbezogener Kriminalität* ein Ende gefunden haben und erstmals ein Rückgang um 1,2 Prozentpunkte konstatiert werden muss. Des Weiteren fällt auf, dass *Sexualdelikte* und *Hasskriminalität* von Befragungswelle zu Befragungswelle kontinuierlich seltener angezeigt werden. Allerdings ist keine der Veränderungen der Anzeigequoten statistisch signifikant.
- *Betrugsdelikte ohne Internet* werden zu etwas mehr als einem Viertel zur Anzeige gebracht (26,4 %). Deskriptiv ist diese Anzeigequote etwas niedriger als noch im Jahr 2022 (30,1 %), dieser Rückgang um 3,7 Prozentpunkte erreicht jedoch keine statistische Signifikanz.
- Deskriptiv findet sich bei der Anzeigequote für *Körperverletzungsdelikte* insgesamt gegenüber dem Jahr 2022 ein leichter Anstieg um 2,6 Prozentpunkte. Während die Befragten bei der letzten Erhebung 23,3 % der von ihnen erlebten Körperverletzungsdelikte anzeigten, waren es im Jahr 2024 25,9 %. Diese Veränderung erreicht jedoch keine statistische Signifikanz.
- Bei *Sachbeschädigungen* zeigen sich keine signifikanten Veränderungen gegenüber der letzten Befragung. Deskriptiv ist die Anzeigequote für Sachbeschädigungsdelikte im Jahr 2024 mit 28,1 % leicht niedriger als 2022, als die entsprechende Quote bei 28,8 % lag. Seit Beginn der Befragungen ist ohnehin ein leicht rückläufiger, wenn freilich nicht signifikanter Trend festzustellen.
- Bei *Drohungen* insgesamt findet sich ein deskriptiver, aber statistisch nicht signifikanter Rückgang in der Anzeigequote. Bei der letzten Erhebungswelle wurden 13,3 % aller Drohungen angezeigt, diese Quote betrug im Jahr 2024 nur noch 11,7 %. Dies ist der geringste jemals festgestellte Wert.
- Die Anzeigequote bei *Sexualdelikten* insgesamt bleibt auch im Jahr 2024 sehr gering. Nur 2,9 % der von den befragten Personen erlebten Sexualdelikte wurden bei der Polizei zur Anzeige gebracht. Dies sind 0,9 Prozentpunkte weniger als im Jahr 2022, wo die

Anzeigequote von Sexualdelikten bei 3,8 % lag. Auch wenn diese Reduktion keine statistische Signifikanz erreicht, setzt sich doch der bereits seit Jahren zu beobachtende Trend des Rückgangs der Anzeigequote von Sexualdelikten fort. So lag die Anzeigequote solcher Delikte im Jahr 2020 noch bei 4,5 % und im Jahr 2016 sogar bei 6,0 %.

- Hinsichtlich des *Raubs* ist der Rückgang in der Anzeigequote im Jahr 2024 um 10,8 Prozentpunkte auf 21,8 % – der niedrigste bislang festgestellte Wert – nicht signifikant.
- Für *Hasskriminalität* ist die Anzeigequote gegenüber der letzten Befragung praktisch unverändert. Mit 4,0 % der Taten, die 2024 bei der Polizei zur Anzeige gebracht wurden, ist sie weiterhin sehr niedrig (2022: 4,2 %). Sie liegt allerdings auch deutlich unter den noch 2016 und 2020 errechneten Quoten. Statistische Signifikanz erreichen die beschriebenen Veränderungen aber nicht.
- Bei *Social-Media-Delikten* insgesamt ist die Anzeigequote ebenfalls sehr gering, nur 4,4 % dieser Taten wurden angezeigt. Damit liegt die Anzeigequote für Social-Media-Delikte 2024 tendenziell leicht über der im Jahr 2022 (3,4 %) und leicht unter der im Jahr 2020 (5,1 %), allerdings sind diese Unterschiede nicht statistisch signifikant.

Abbildung 20: Anzeigequote nach Deliktgruppen nach Jahren in Prozent

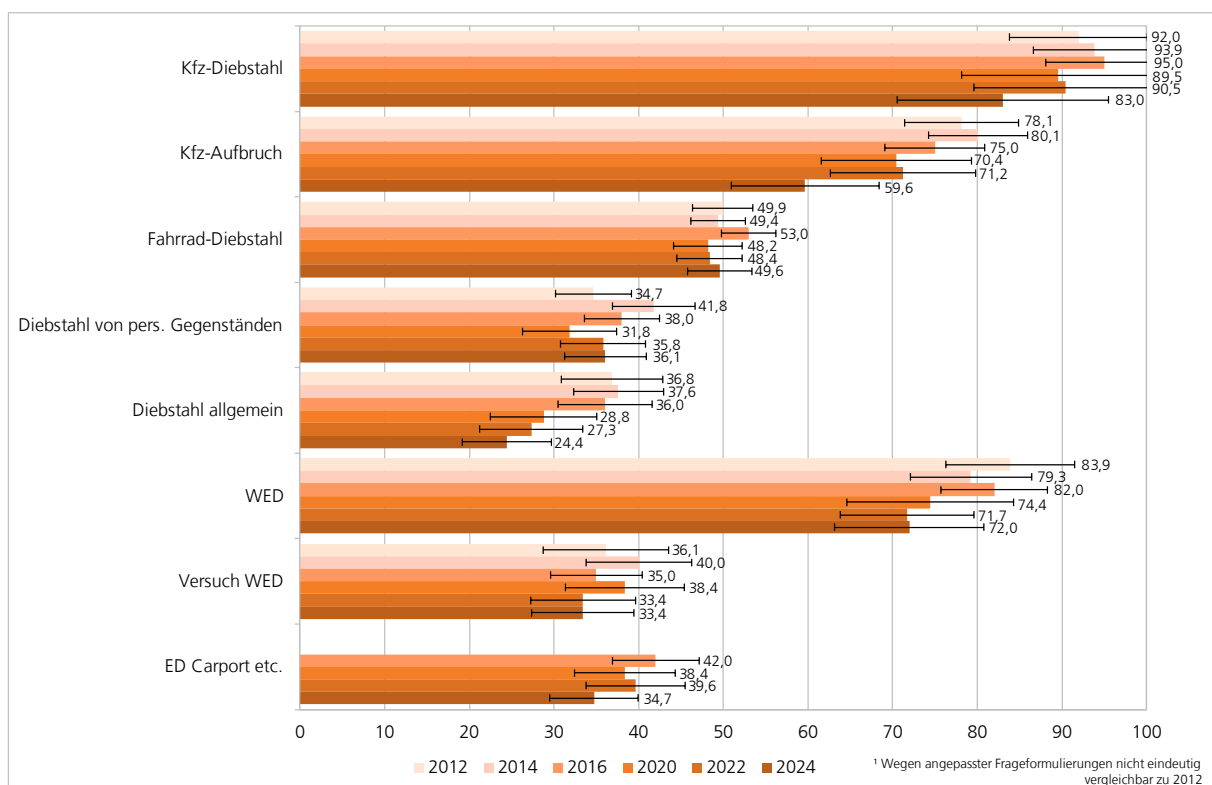


Im Folgenden werden die Anzeigequoten auf Ebene der einzelnen Delikte für die jeweiligen Deliktgruppen dargestellt.

Auf Ebene der Einzeldelikte im Diebstahlsbereich findet sich, wie in allen früheren Befragungswellen, die höchste Anzeigequote für Kfz-Diebstähle. Diese wurden im Jahr 2024 in 83,0 % der Fälle angezeigt. Die nächsthöheren Anzeigequoten werden für Wohnungseinbruchdiebstähle (72,0 %) und Kfz-Aufbrüche (59,6 %) verzeichnet. Bei Fahrraddiebstählen wurden etwas weniger als die Hälfte aller Fälle (49,6 %) auch bei der Polizei zur Anzeige gebracht. Noch einmal deutlich seltener werden Diebstähle von persönlichen Gegenständen (36,1 %), Einbrüche in Carports oder Garagen (34,7 %) sowie versuchte Wohnungseinbruchdiebstähle (33,4 %) angezeigt. Am wenigsten häufig wird schließlich der Diebstahl sonstiger Gegenstände angezeigt, bei diesem Delikt wird nur etwa jede vierte Opferwerdung (24,4 %) bei der Polizei gemeldet.

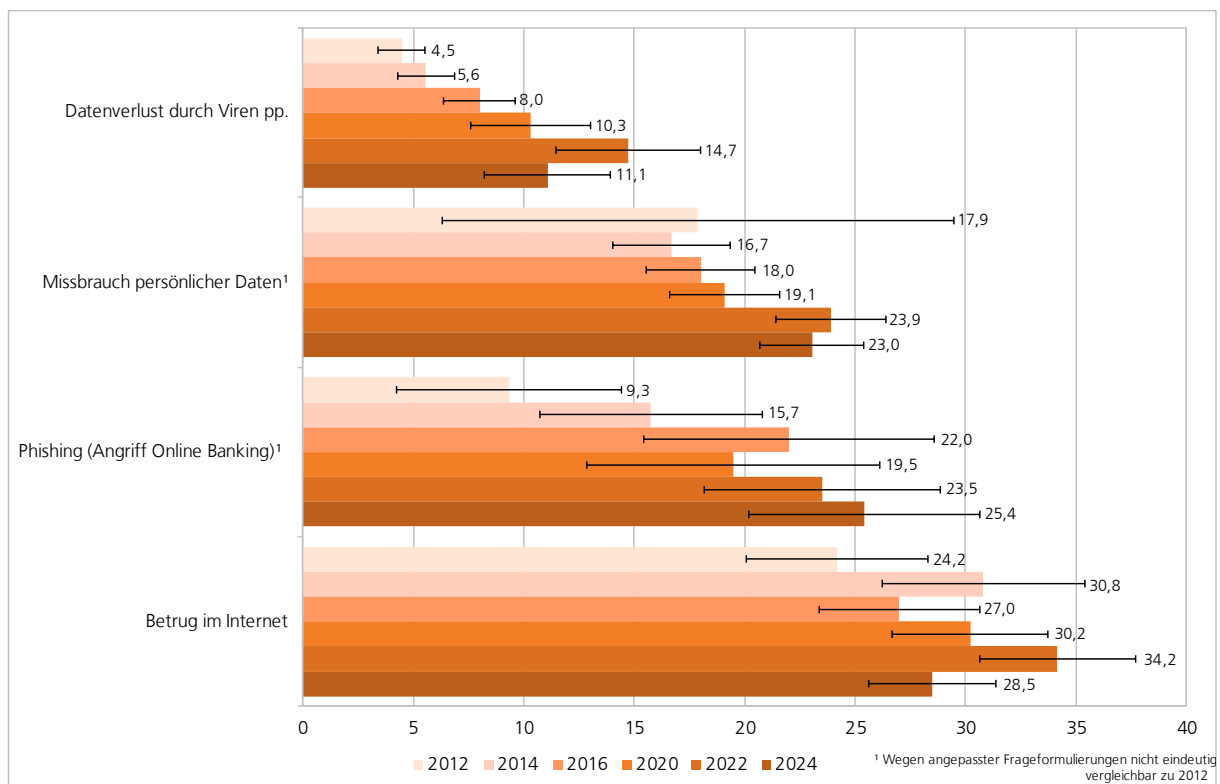
Im periodischen Vergleich zeigen sich gegenüber der letzten Befragungswelle keine statistischen Veränderungen auf Einzeldeliktsebene. Bei der Betrachtung über den gesamten Erhebungszeitraum seit 2012 zeigt sich aber eine leichte Tendenz, dass die Anzeigequote bei mehreren Diebstahlsdelikten sinkt (Kfz-Diebstähle und Aufbrüche, versuchte und vollendete Wohnungseinbruchdiebstähle, Einbrüche in Carports, Garage etc. und Diebstähle allgemein).

Abbildung 21: Anzeigequote von Diebstahlsdelikten nach Jahren in Prozent



Für die unter computerbezogener Kriminalität gefassten Einzeldelikte zeigt sich, dass die Anzeigequote am höchsten für Betrugsdelikte im Internet ist, hier werden 28,5 % aller Opferwerdungen angezeigt. Phishing-Angriffe auf das Online Banking der Befragten wurde von etwa jedem vierten Opfer angezeigt (25,4 %). Ähnlich häufig (23,0 %) wurde der Missbrauch persönlicher Daten im Internet zur Anzeige bei der Polizei gebracht. Deutlich seltener hingegen wurden Datenverluste durch Viren o.Ä. angezeigt (11,1 %). Statistisch signifikante Veränderungen oder klare Trends lassen sich im Vergleich zur vorherigen Erhebung nicht feststellen.

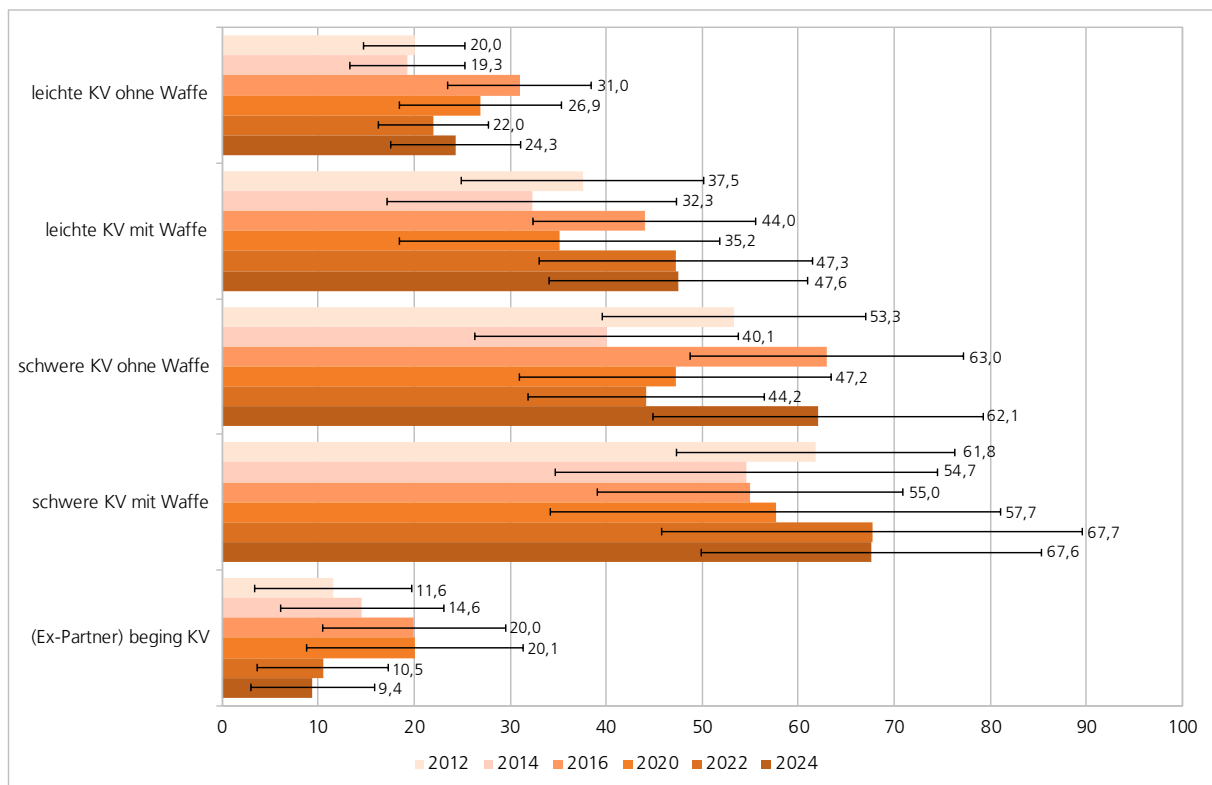
Abbildung 22: Anzeigequote von computerbezogenen Delikten nach Jahren in Prozent



Wie in vorherigen Befragungswellen ist festzustellen, dass mit zunehmender Schwere des Delikts auch die Anzeigebereitschaft steigt. Wurden leichte Körperverletzungen ohne Waffen noch in weniger als einem von vier Fällen (24,3 %) angezeigt, sind es bei leichten Körperverletzungen mit Waffen schon fast die Hälfte der Opferwerdungen (47,6 %). Nochmals häufiger, nämlich in ungefähr zwei Drittel der Fälle, wurden schwere Körperverletzungen ohne (62,1 %) und mit Waffen (67,6 %) angezeigt. Körperverletzungen im Rahmen einer (Ex-)Partnerschaft wurden hingegen ausgesprochen selten bei der Polizei gemeldet (9,4 %).

Eine Betrachtung der Veränderungen im Zeitverlauf der Anzeigequoten der einzelnen Körperverletzungsdelikte zeigt keine statistisch signifikanten Veränderungen im Vergleich mit den früheren Befragungswellen.

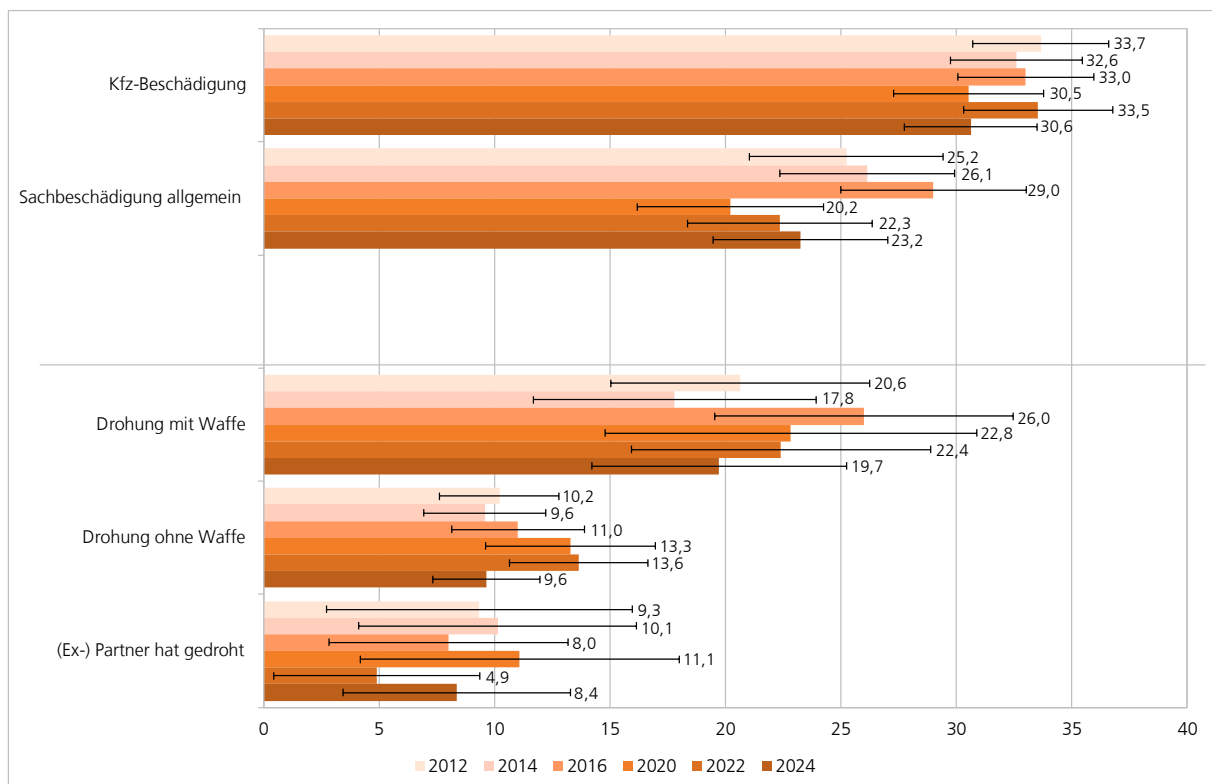
Abbildung 23: Anzeigequote von Körperverletzungsdelikten nach Jahren in Prozent



Auch bei den Einzeldelikten im Bereich der Sachbeschädigungen zeigen sich jeweils keine signifikanten Veränderungen gegenüber dem vorherigen Erhebungszeitraum. Deskriptiv liegt die Anzeigequote für Kfz-Beschädigungen mit 30,6 % um 2,9 Prozentpunkte unter der im Jahr 2022 (33,5 %). Der errechnete Wert gehört im periodischen Vergleich eher zu den geringen. Bei allgemeinen Sachbeschädigungen, die nicht Kfz betreffen, zeigt sich hingegen in der Tendenz seit 2020, als mit 20,2 % der geringste Wert festgestellt wurde, ein Anstieg in der Anzeigequote auf aktuell 23,2 %.

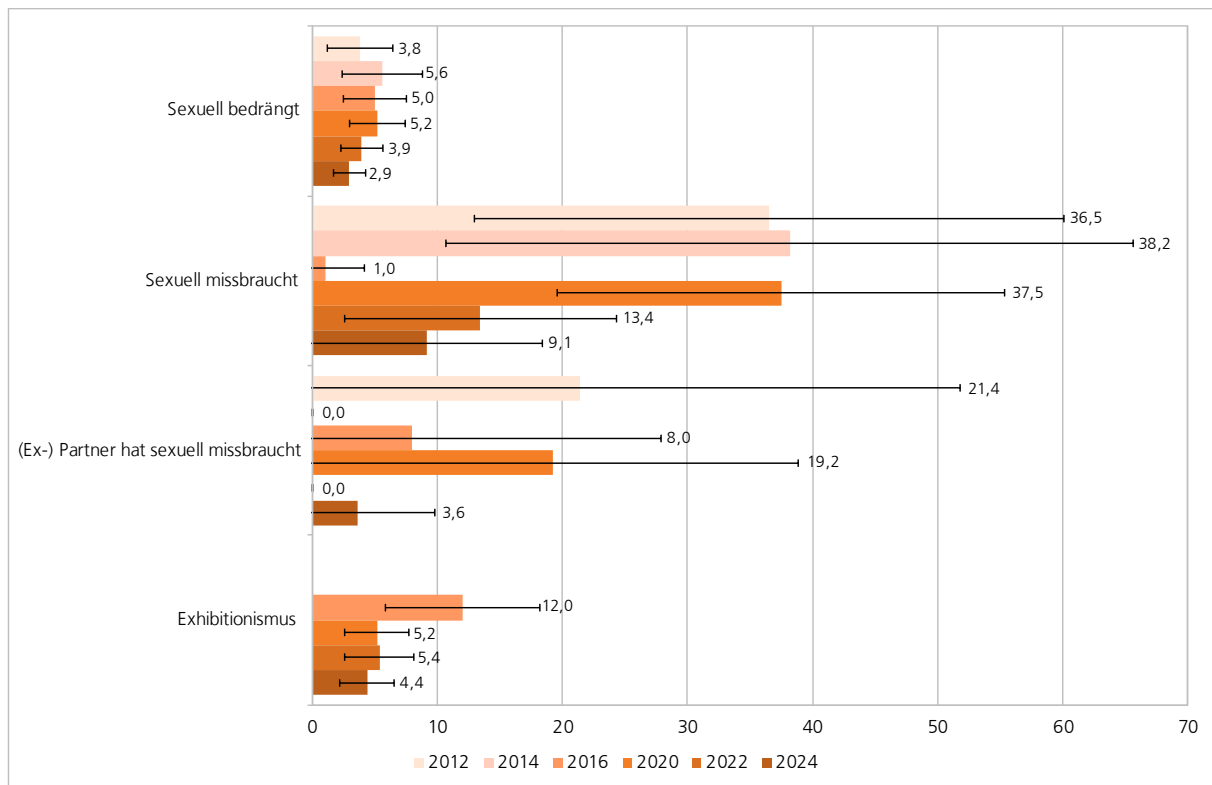
Die Anzeigequote von Bedrohungen mit Waffen ist um 2,7 Prozentpunkte auf den zweitniedrigsten jemals errechneten Wert gesunken (19,7 %). Die Anzeigequote bei Drohungen ohne Waffe ist um 4,0 Prozentpunkte zurückgegangen und erreicht den bislang niedrigsten Wert des Jahres 2014. Drohungen durch ehemalige oder aktuelle Partnerinnen oder Partner werden dagegen nach 2022 wieder häufiger angezeigt. Alle geschilderten Veränderungen erreichen dabei keine statistische Signifikanz.

Abbildung 24: Anzeigequote von Sachbeschädigungs- und Bedrohungsdelikten nach Jahren in Prozent



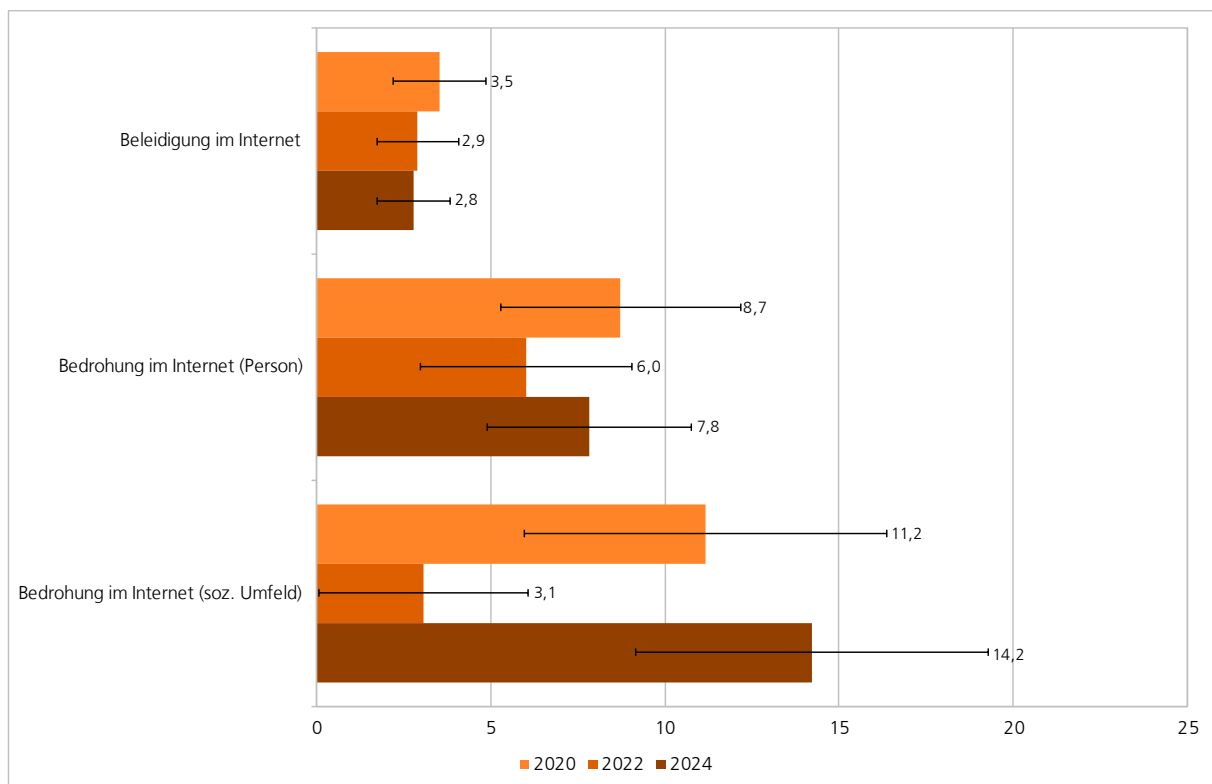
Aufgrund der geringen zugrunde liegenden Fallzahl bleiben die Angaben zu den Anzeigequoten auf Einzeldeliktsebene bei Sexualdelikten höchst volatil. Es zeigt sich jedoch, dass sexueller Missbrauch im Vergleich weiterhin die höchste Anzeigequote unter den Sexualdelikten aufweist, mit 9,1 % der Fälle, die polizeilich bekannt werden. Deutlich geringer sind die Anzeigequoten für Exhibitionismus (4,4 %), sexuellem Missbrauch in (Ex-)Partnerschaften (3,6 %) und sexueller Bedrängung (2,9 %). Im periodischen Vergleich finden sich keine signifikanten Veränderungen gegenüber der letzten Erhebungswelle.

Abbildung 25: Anzeigequote von Sexualdelikten nach Jahren in Prozent



Eine Betrachtung der Einzeldelikte im Bereich der Sozialen Medien zeigt, dass es bei Beleidigungen (2,9 %) und Bedrohungen der eigenen Person im Internet (7,8 %) keine signifikanten Veränderungen in der Anzeigequote gegenüber der letzten Befragung gibt. Für Bedrohungen des sozialen Umfelds der Befragten im Internet ist hingegen ein signifikanter Anstieg in der Anzeigebereitschaft gegenüber 2022 zu verzeichnen. Hier ist die Anzeigequote um 11,1 Prozentpunkte angestiegen, von 3,1 % der Fälle im Jahr 2022 auf 14,2 % in 2024; damit ist das Niveau der erstmaligen Messung des Anzeigeverhaltens 2020 (11,2 %) noch überschritten.

Abbildung 26: Anzeigequote von Social-Media-Delikten nach Jahren in Prozent



4.3.3 Nichtanzeigegegründe und Tatfolgen

Um ein besseres Verständnis der Folgen von Straftaten zu entwickeln, werden neben dem Anzeigeverhalten und der Kriminalitätsbelastung stets auch Folgen der Opferwerdung und Nichtanzeigegegründe von Straftaten erhoben. Diese ermöglichen es, Maßnahmen zum Beispiel im Bereich der Prävention anzupassen oder zu entwickeln.

Fragen zu Nichtanzeigegegründen und Tatfolgen bezogen sich in allen vorherigen Befragungen immer auf eine Tat, die den Befragten besonders wichtig war. Diese wählten sie aus und machten entsprechende Angaben. Dieser Fokus führte in der Vergangenheit dazu, dass zu manchen Delikten kaum oder gar nicht berichtet wurde, sodass keine deliktspezifischen Aussagen aufgrund kleiner Fallzahlen möglich waren. Stattdessen sollen die Befragten bei ihren Antworten nunmehr an alle erlebten Straftaten denken. Ein periodischer Vergleich mit den früheren Befragungswellen ist durch diese Änderung grundsätzlich nicht mehr möglich.

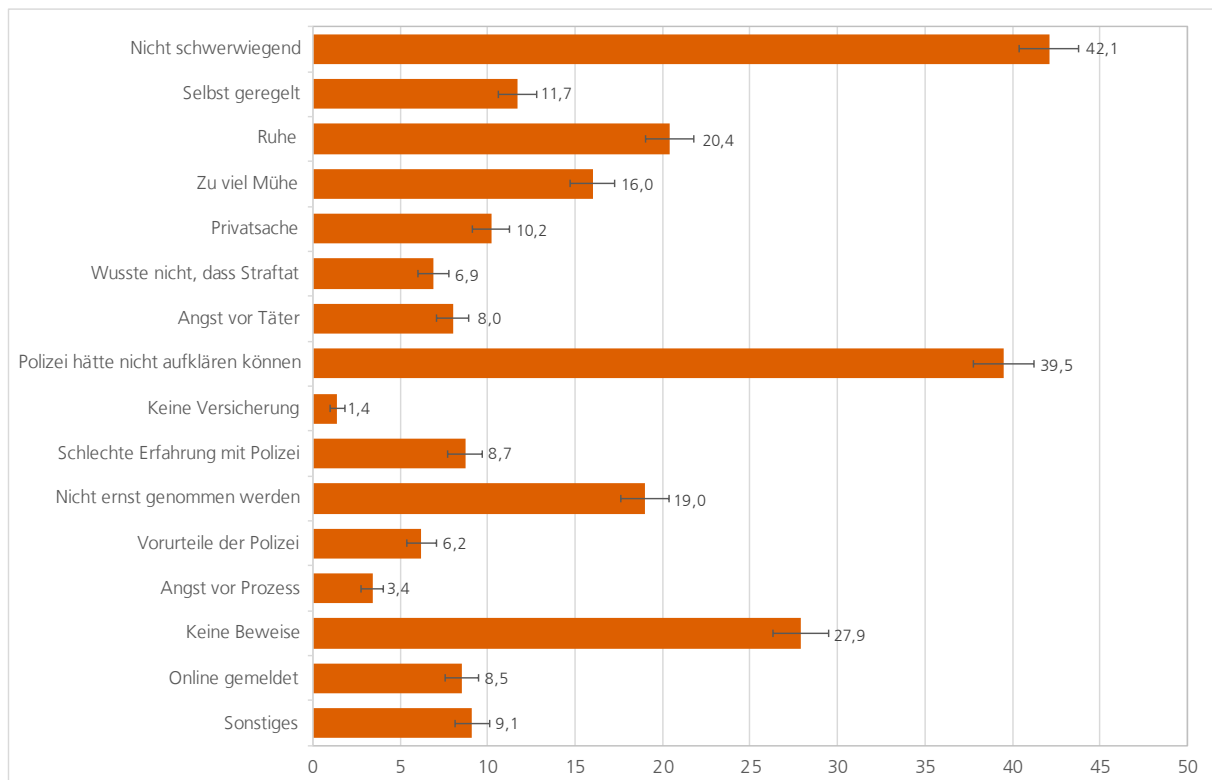
4.3.3.1 Nichtanzeigegegründe

Die Nichtanzeigegegründe wurden über eine Liste von 15 vorgegebenen Antwortoptionen erfragt. Zusätzlich war es den Befragten möglich, sonstige, nicht in der Liste enthaltene Gründe anzuführen. Mehrfachnennungen waren möglich.

Angaben zu den Nichtanzeigegegründen wurden von 3.194 Personen gemacht. Die beiden dominanten Gründe, die Personen für die Nichtanzeige einer Straftat nennen, sind, dass die Tat nicht schwerwiegend genug war (42,1 %) oder ohnehin nicht hätte aufgeklärt werden können (39,5 %). Etwas mehr als ein Viertel der Befragten gibt an, eine Straftat aufgrund fehlender Beweise nicht angezeigt zu haben (27,9 %). Ca. eine von fünf befragten Personen wollte schlicht Ruhe haben (20,4 %) oder hatte Angst, nicht ernstgenommen zu werden (19,0 %). 16,0 % der Befragten berichten, eine Tat nicht angezeigt zu haben, weil ihnen die Anzeige zu mühsam

erschien. Ungefähr jede zehnte befragte Person gibt an, sie habe das Problem selber geregelt (11,7 %), oder findet, es habe sich um eine Privatsache gehandelt (10,2 %). Eine Onlinemeldung (8,5 %), schlechte Erfahrungen mit der Polizei (8,7 %) oder Angst vor dem Täter (8,0 %) geben vergleichsweise wenige Befragte als Gründe für eine Nichtanzeige an. Noch seltener werden Vorurteile der Polizei gegenüber der anzeigenden Person (6,2 %), das Nichtwissen um die Strafbarkeit einer Tat (6,9 %), Angst vor einem möglichen Prozess (3,4 %) und das Fehlen einer Versicherung (1,4 %) genannt. 9,1 % geben an, aus einem anderen, nicht aufgelisteten Grund auf eine Anzeige verzichtet zu haben.

Abbildung 27: Nichtanzeigegegründe im Jahr 2024 in Prozent



Die Nichtanzeigegegründe unterscheiden sich in Abhängigkeit des soziodemographischen Hintergrunds der befragten Personen:

- So geben Männer häufiger als Frauen an, dass sie Straftaten nicht angezeigt haben, weil diese nicht schwerwiegend waren (Männer: 44,1 %; Frauen: 40,4 %), ohnehin nicht aufgeklärt werden könnte (Männer: 42,9 %; Frauen: 35,9 %), eine Anzeige zu viel Mühe gemacht hätte (Männer: 18,5 %; Frauen: 13,4 %), sie das Problem selber geregelt haben (Männer: 13,4 %; Frauen: 10,1 %) und in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen mit der Polizei gemacht wurden (Männer: 9,3 %; Frauen: 7,8 %). Frauen geben hingegen häufiger fehlende Beweise (Männer: 21,8 %; Frauen: 34,1 %), den Wunsch nach Ruhe (Männer: 17,5 %; Frauen: 23,1 %), Sorgen, nicht ernstgenommen zu werden (Männer: 13,5 %; Frauen: 24,4 %), die Einstufung der Tat als Privatsache (Männer: 8,7 %; Frauen: 11,8 %), Angst vor dem Täter (Männer: 4,9 %; Frauen: 11,0 %), das Nichtwissen um die Strafbarkeit der Tat (Männer: 4,1 %; Frauen: 9,8 %), bereits erfolgte Onlinemeldungen (Männer: 7,7 %; Frauen: 9,3 %) und Angst vor dem Prozess (Männer: 2,2 %; Frauen: 4,2 %) als Nichtanzeigegegründe an.
- Jüngere Personen geben fast alle Nichtanzeigegegründe häufiger an als ältere Personen. Eine Ausnahme bildet hier vor allem der Nichtanzeigegrund „Sonstiges“, welcher signifikant

häufiger von Personen mittleren Alters berichtet wird (unter 21 Jahre: 4,2 %; 21-35 Jahre: 8,1 %; 35-49 Jahre: 9,4 %; 50-64 Jahre: 13,1 %; 65-79 Jahre: 10,0 %; über 80 Jahre: 3,8 %).

- Personen mit Migrationshintergrund geben signifikant häufiger an, eine Straftat nicht angezeigt zu haben, weil sie nicht wussten, dass es sich bei dem Vergehen um eine Straftat gehandelt hat (Migrationshintergrund: 10,0 %; kein Migrationshintergrund: 6,2 %), sie in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen mit der Polizei gemacht haben (Migrationshintergrund: 12,2 %; kein Migrationshintergrund: 8,0 %), sie befürchteten, von der Polizei nicht ernstgenommen zu werden (Migrationshintergrund: 22,0 %; kein Migrationshintergrund: 18,2 %), sie Angst hatten, dass die Polizei ihnen gegenüber Vorurteile haben würde (Migrationshintergrund: 9,7 %; kein Migrationshintergrund: 5,4 %) und sie nicht versichert sind (Migrationshintergrund: 2,4 %; kein Migrationshintergrund: 1,2 %). Personen ohne Migrationshintergrund nannten bei den Nichtanzeigegegründen hingegen signifikant häufiger als Personen mit Migrationshintergrund, die Sache selbst geregelt zu haben (Migrationshintergrund: 8,6 %; kein Migrationshintergrund: 12,6 %) und die Tat online gemeldet zu haben (Migrationshintergrund: 5,9 %; kein Migrationshintergrund: 9,0 %).
- Personen aus großen Orten (über 100.000 EW) verweisen signifikant häufiger als andere darauf, eine Anzeige hätte zu viel Mühe gemacht (unter 20.000 EW: 14,6 %; 20.000-100.000 EW: 15,0 %; über 100.000 EW: 20,0 %). Außerdem geben Personen aus großen Orten signifikant häufiger an, eine Straftat nicht angezeigt zu haben, weil die Polizei ohnehin nichts hätte tun können (unter 20.000 EW: 37,3 %; 20.000-100.000 EW: 39,6 %; über 100.000 EW: 45,8 %) und es keine Beweise gab (unter 20.000 EW: 24,8 %, 20.000-100.000 EW: 27,6 %; über 100.000 EW: 31,3 %).

4.3.3.2 Nutzung der Online-Wache

Neu erfragt wurde in der aktuellen Befragungswelle die Nutzung der Online-Wache der Polizei als Weg, um Straftaten zur Anzeige zu bringen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Befragung, welche mindestens eine Straftat im Referenzzeitraum angegeben haben, sollten dabei angeben, ob sie die Online-Wache kennen und ob sie diese (erfolgreich) genutzt haben.

Es zeigt sich dabei, dass nur etwas mehr als ein Drittel die Online-Wache überhaupt kannte (37,3 %). Unter den Personen, die die Online-Wache kannten, gaben 39,8 % an, die Online-Wache erfolgreich zur Anzeigenerstattung genutzt zu haben. 74,9 % berichteten hingegen, die Tat/-en ausschließlich persönlich zur Anzeige gebracht zu haben. Knapp 8 % der Befragten, die die Online-Wache kannten, gaben an versucht zu haben, eine Tat anzuzeigen, den Vorgang aber abgebrochen und dann auf eine Anzeige verzichtet zu haben. Zusätzlich berichten 4,9 % derjenigen, die mit der Online-Wache vertraut waren, versucht zu haben, eine Straftat über diese anzuzeigen, den Vorgang dann aber abgebrochen und die Tat persönlich bei der Polizei gemeldet zu haben.

4.3.3.3 Folgen der Tat

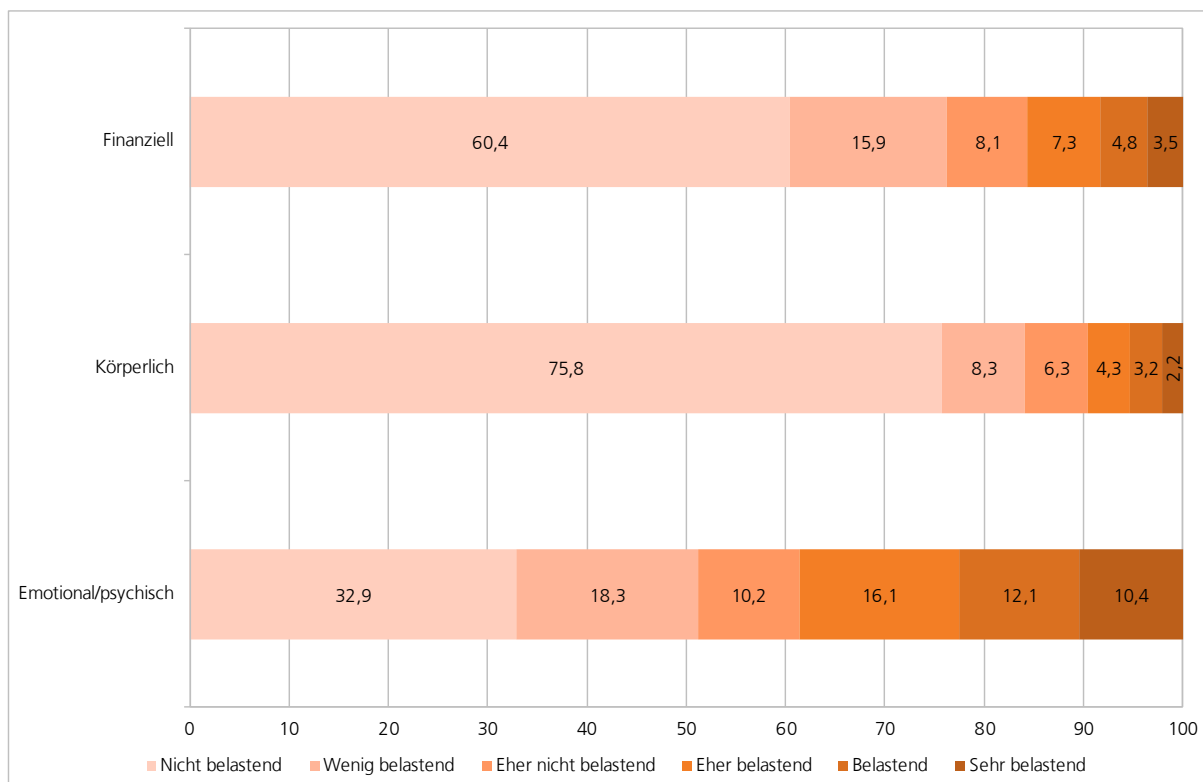
Abgesehen von den Nichtanzeigegegründen sind vor allem auch Folgen der Opferwerdung relevant. Dazu wurde im Rahmen der aktuellen Befragungswelle erfasst, wie hoch die Belastungen infolge einer Viktimisierung zum Zeitpunkt der Befragung noch waren. Differenziert wurde nach emotionalen, physischen und finanziellen Aspekten. Zusätzlich wurde untersucht, ob und gegebenenfalls welche Formen von Unterstützung Opfer wahrgenommen haben. Hier wurde unterschieden zwischen Unterstützung aus dem persönlichen Nahraum und professionellen

Angeboten, für die einige Antwortoptionen vorgegeben wurden. Inwieweit eine Opferwerdung Folgen für das Sicherheitsgefühl bzw. die Kriminalitätsfurcht der Befragten hat, wird abschließend untersucht.

Abbildung 28 bildet die empfundene finanzielle, körperliche und emotionale Belastung als Folge einer Viktimisierung ab.

Insgesamt wird die emotionale / psychische Belastung am höchsten eingestuft. Durch die Opferwerdung fühlten sich 38,6 % der Befragten emotional (eher / sehr) belastet. Verglichen damit ist die finanzielle Belastung durch die Viktimisierung deutlich geringer. Nur 15,6 % der befragten Personen berichten, infolge von Straftaten finanziell (eher / sehr) belastet zu sein. Noch seltener werden körperliche Belastungen als Folge einer Viktimisierung angegeben (9,7 %). Dabei hat der Anteil derjenigen, die berichten, emotional / psychisch (eher / sehr) belastet durch ihre Viktimisierung zu sein, gegenüber der letzten Befragungswelle (37,2 %) deskriptiv leicht um 1,4 Prozentpunkte zugenommen. Umgekehrt verhält es sich bei der finanziellen Belastung durch die Opferwerdung, hier berichten die Befragten in der aktuellen Erhebung deskriptiv leicht niedrigere Werte als für den letzten Referenzzeitraum 2022 (16,6 %). Die berichteten körperlichen Belastungen sind währenddessen praktisch unverändert geblieben, diese lagen für den Referenzzeitraum 2022 bei 9,8 %. Keine dieser Veränderungen erreicht dabei statistische Signifikanz. Dementsprechend sind diese Veränderungen nicht als allgemeingültiger Trend auf das Land Niedersachsen übertragbar.

Abbildung 28: Formen der Belastung in Folge einer Opferwerdung in Prozent



Folgende signifikante Unterschiede in Bezug auf soziodemographische Faktoren zeigen sich:

- Frauen berichten signifikant höhere körperliche und emotional / psychische Belastung durch eine Viktimisierung. Während 12,3 % der Frauen eher bis sehr hohe körperliche Belastung durch die Viktimisierung berichten, sind es bei Männern nur etwa halb so viele (7,0 %). Eher bis sehr hohe emotionale / psychische Belastung berichten fast die Hälfte aller viktimisierten Frauen (48,1 %), aber nur knapp ein Drittel der Männer (29,4 %).
- Eine eher bis sehr hohe finanzielle Belastung durch die Opferwerdung wird signifikant häufiger von älteren Personen berichtet (unter 21 Jahre: 7,6 %; über 80 Jahre: 22,4 %).
- Personen mit Migrationshintergrund berichten auf allen drei abgefragten Ebenen eine höhere Belastung. Während 8,9 % der befragten Personen ohne Migrationshintergrund angaben, durch eine Viktimisierung eher bis sehr belastet zu sein, sind es bei Personen mit Migrationshintergrund 12,2 %. Ähnlich stellt sich die Situation bei der finanziellen Belastung dar, hier geben unter den Personen mit Migrationshintergrund 19,1 % eine eher bis sehr hohe Belastung an, aber nur 14,9 % der Personen ohne Migrationshintergrund. Eher bis sehr hohe emotionale / psychische Belastung berichten schließlich 37,1 % der Personen ohne Migrationshintergrund, aber fast die Hälfte der Personen mit Migrationshintergrund (44,1 %).
- Personen aus kleinen (unter 20.000 EW) und mittelgroßen Wohnorten (20.000-100.000 EW) berichten signifikant höhere körperliche Belastungen als Personen in großen Wohnorten (über 100.000 EW). Während eine eher bis sehr hohe körperliche Belastung durch etwa jedes zehnte Opfer aus einem kleinen (10,1 %) oder mittelgroßen Ort (9,4 %) berichtet wird, sind es bei Befragten aus großen Orten nur 6,3 %.

Die Inanspruchnahme von Hilfe fällt insgesamt eher gering aus. So geben fast zwei Drittel der Personen, die mindestens einmal Opfer einer Straftat geworden sind, an, im Nachgang keinerlei Unterstützung in Anspruch genommen zu haben (61,2 %). Etwa ein Viertel der viktimisierten Befragten hat sich private Unterstützung gesucht (24,9 %) und etwa jedes fünfte Opfer hat professionelle Unterstützung in Anspruch genommen (20,9 %).²

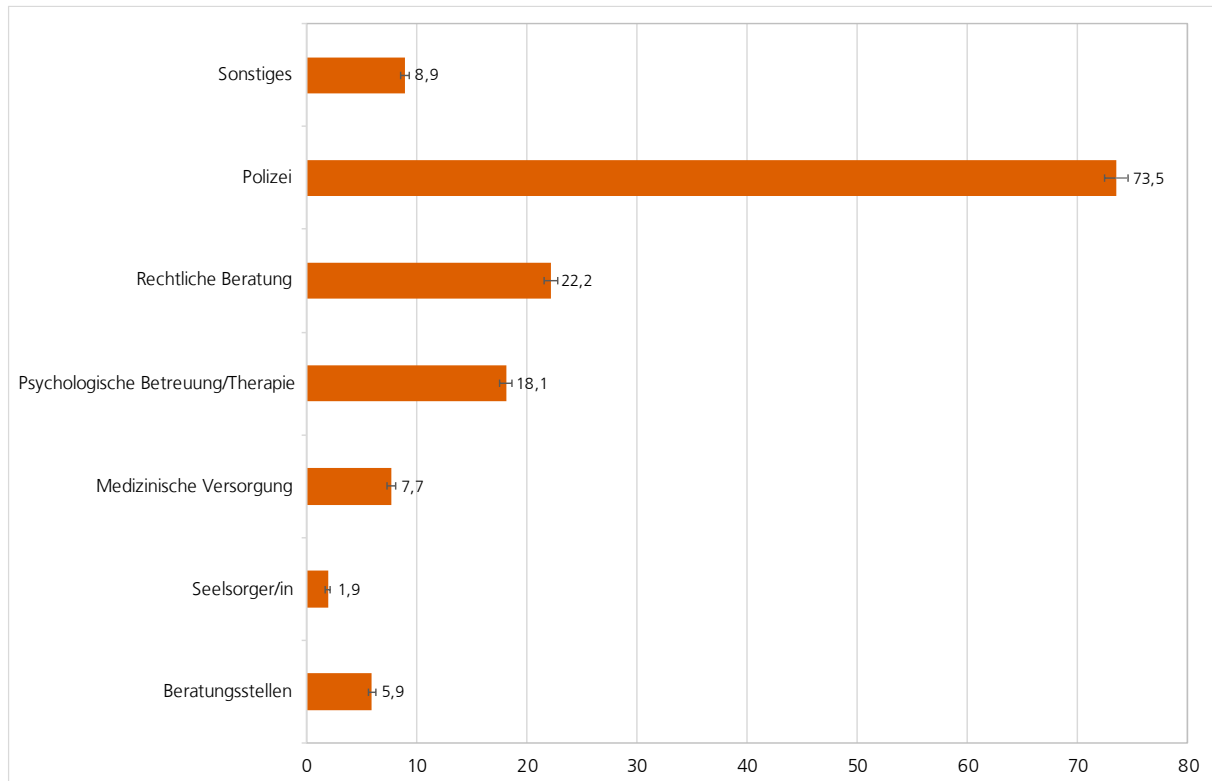
Frauen berichten dabei signifikant häufiger, sich Unterstützung gesucht zu haben als Männer (Frauen: 45,3 %; Männer: 32,6 %). Insbesondere berichten Frauen fast doppelt so oft wie Männer, private Unterstützung in Anspruch genommen zu haben (Frauen: 31,4 %; Männer: 18,5 %). Zusätzlich berichten Frauen auch signifikant häufiger, professionelle Unterstützung gesucht zu haben (Frauen: 23,8 %; Männer: 18,1 %). Ebenso wie das Geschlecht beeinflusst auch das Alter, ob und welche Form von Unterstützung im Nachgang einer Viktimisierung in Anspruch genommen wurde. Jüngere Personen nehmen häufiger private Unterstützung in Anspruch (unter 21 Jahre: 35,4 %; über 80 Jahre: 17,6 %), ältere Personen suchten dagegen signifikant häufiger professionelle Unterstützungsangebote (unter 21 Jahre: 13,6 %; über 80 Jahre: 39,8 %).

Diejenigen Befragten, die sich professionelle Unterstützung gesucht haben, sollten zusätzlich auswählen, welcher Art diese Unterstützung war. Wie Abbildung 29 veranschaulicht, ist das mit Abstand am häufigsten in Anspruch genommene Unterstützungsangebot die „Polizei“. Fast drei Viertel derjenigen, die professionelle Hilfe in Anspruch nahmen, suchten die Unterstützung der Polizei (73,5 %). Mit Abstand folgen „rechtliche Beratungen“ (22,2 %) und „psychologische Betreuung“ (18,1 %). Wesentlich seltener wurde eine „medizinische Versorgung“ in Anspruch genommen (7,7 %) – was freilich auch längst nicht bei allen Taten notwendig ist –, eine

² Diese Zahlen addieren sich zu mehr als 100 % auf, da es möglich ist, dass sich ein Teil der Befragten sowohl private als auch professionelle Unterstützung gesucht hat.

„Beratungsstelle“ aufgesucht (5,9 %) oder Kontakt zu einer „Seelsorgerin“ oder einem „Seelsorger“ aufgenommen (1,9 %). 8,9 % der Befragten berichten zudem, ein sonstiges, nicht gesondert aufgeführtes, professionelles Unterstützungsangebot genutzt zu haben.

Abbildung 29: Inanspruchnahme professioneller Unterstützungsangebote in Folge einer Opferwerdung in Prozent



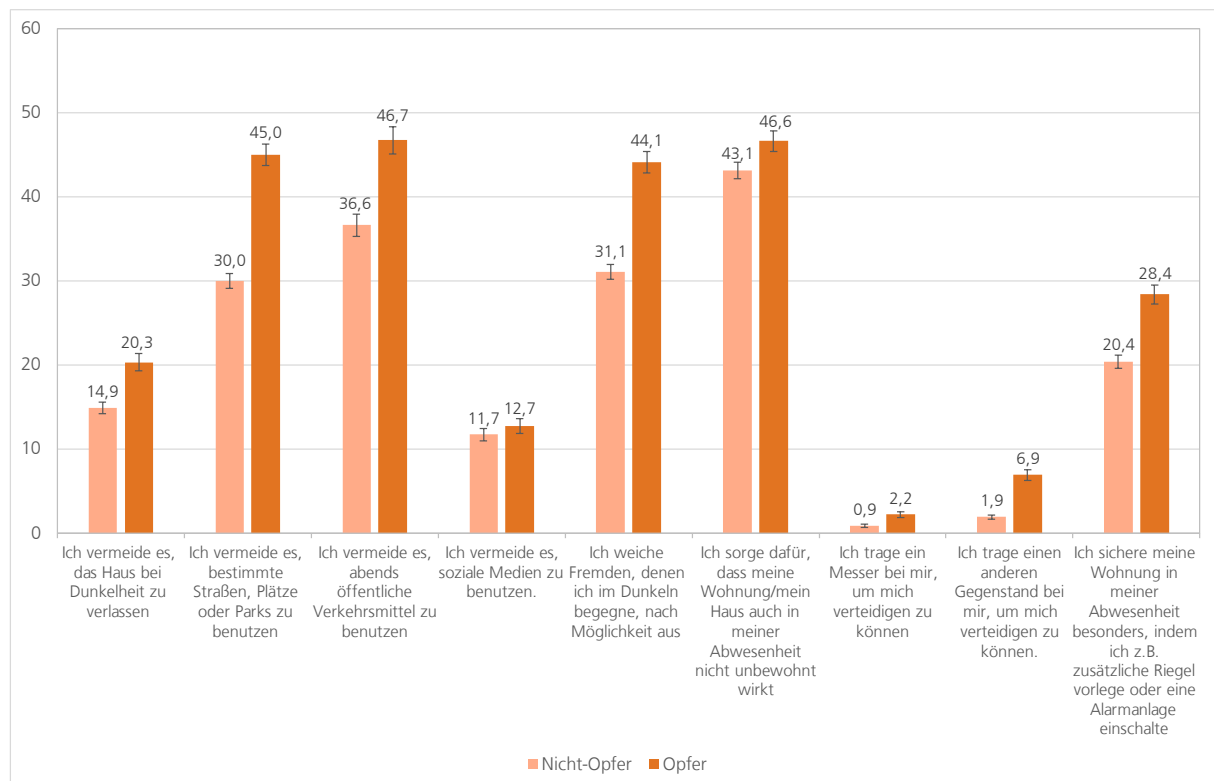
Im Nachgang einer Opferwerdung ist neben den direkten Folgen und Belastungen auch eine Veränderung in der Kriminalitätsfurcht möglich, wenn Opfer beispielsweise im Nachgang einer Straftat eine erneute Opferwerdung für wahrscheinlicher halten oder mehr Schutz- und Vermeidungsverhalten an den Tag legen. Der Einfluss einer einfachen oder mehrfachen Viktimisierung auf die verschiedenen Formen der Kriminalitätsfurcht findet sich in Tabelle 26. Unter den Befragten, die im Jahr 2024 mindestens einmal Opfer einer Straftat wurden, finden sich für alle Dimensionen höhere Werte als bei Befragten, die keiner Straftat zum Opfer fielen. Der Anteil der Personen, die ein (eher) hohes Niveau der Furcht aufweisen, ist unter Opfern etwa dreimal so hoch wie bei Nicht-Opfern. Eine Ausnahme bildet die raumbezogene Kriminalitätsfurcht im öffentlichen Raum, wo die Unterschiede nicht so hoch sind. Eine mehrfache Viktimisierungserfahrung verstärkt die Kriminalitätsfurcht noch einmal deutlich.

Tabelle 26: Kriminalitätsfurcht nach Opferwerdung im Jahr 2024 in Prozent ([leher] hoch)

Opferwerdung im Jahr 2024?	Affektive Furcht	Raumbezogene Furcht im persönlichen Nahraum	Raumbezogene Furcht im öffentlichen Raum	Persönliche Risikoeinschätzung
Nicht-Opfer	7,0	4,0	48,3	5,3
Einfachviktimsierung	14,0	5,7	57,7	11,3
Mehrfachviktimsierung	27,2	14,2	70,9	22,6
Opfer insgesamt	22,2	10,9	65,9	18,3

Darüber hinaus ist festzustellen, dass Personen, die Opfer einer Straftat geworden sind, insgesamt auch mehr Schutz- und Vermeidungsverhalten zeigen. Insbesondere beim Vermeidungsverhalten finden sich teils deutliche Unterschiede zwischen Opfern und Nicht-Opfern. Während nur knapp ein Drittel der Befragten, die im Jahr 2024 nicht Opfer einer Straftat wurden, angeben, bestimmte Straßen, Plätze oder Parks „häufig“ oder „immer“ zu meiden (30,0 %), waren es bei den Befragten, die mindestens eine Opferwerdung erlebten, fast die Hälfte der Befragten (45,0 %). Ähnlich verhält es sich beim Meiden von öffentlichen Verkehrsmitteln in den Abendstunden (Opfer: 46,7 %; Nicht-Opfer: 36,6 %) und dem Ausweichen von Fremden in der Dunkelheit (Opfer: 44,1 %; Nicht-Opfer: 31,1 %). Aber auch weitere Vermeidungsverhaltensweisen werden von Personen mit Viktimisierungserfahrungen häufiger berichtet, ebenso wie das abgefragte Schutzverhalten. Eine komplette Übersicht der Werte findet sich in Abbildung 30.

Abbildung 30. Schutz- und Vermeidungsverhalten nach Opferwerdung im Jahr 2024 in Prozent („häufig“ und „immer“)



4.4 Bewertung der Polizei

Die öffentliche Wahrnehmung und Bewertung der Polizei ist ein zentrales Thema in demokratischen Gesellschaften, da sie eng mit dem Vertrauen in staatliche Institutionen, dem Sicherheitsgefühl der Bevölkerung sowie der Legitimität staatlicher Gewaltmonopole verknüpft ist (vgl. Loader / Mulcahy 2003; vgl. Jackson et al. 2012). Daher stehen auch in der „Befragung zu Sicherheit und Kriminalität“ sowohl die generelle Bewertung der Polizei und ihrer Arbeit als auch spezifische Aspekte ihres Handelns im Fokus.

Die Einschätzung der Polizei durch die Bevölkerung kann positive und negative Konsequenzen haben. So kann sie die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden, die Legitimation von Sicherheitsmaßnahmen sowie die Bereitschaft, normkonformes Verhalten zu zeigen, beeinflussen (vgl. Jackson et al. 2013). Ein positives Bild der Polizei kann Vertrauen und Kooperation fördern, während ein negatives Bild Misstrauen, Rückzug oder sogar offene Ablehnung begünstigt (vgl. Tyler 2006). Besonders relevant ist in diesem Zusammenhang das Konzept der Procedural Justice – also der wahrgenommenen Fairness und Rechtsstaatlichkeit polizeilichen Handelns. Studien zeigen, dass deren Wahrnehmung einen stärkeren Einfluss auf die Akzeptanz und Befolgung von Polizeihandeln hat als bloße Effektivität oder Erfolgsraten (vgl. Sunshine / Tyler 2003).

Zudem ist das Bild der Polizei ein Gradmesser für gesellschaftliche Kohäsion und soziale Gerechtigkeit. In pluralistischen Gesellschaften mit ausdifferenzierten sozialen Gruppen und Lebensrealitäten treten unterschiedliche Erfahrungen mit der Polizei zutage, die sich erheblich unterscheiden können. Eine differenzierte Analyse der Wahrnehmungen und Bewertungen der Polizei – etwa nach Alter, Geschlecht, Bildung oder Migrationshintergrund – ist daher unerlässlich, um etwaige Spannungen zu identifizieren und gezielte Maßnahmen zur Vertrauensbildung zu entwickeln (vgl. Weitzer / Tuch 2006).

4.4.1 Beurteilung der allgemeinen Polizeiarbeit

Zunächst wurde hinsichtlich der Bewertung der Polizei erfragt, wie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Befragung die Polizeiarbeit im Allgemeinen beurteilen. Aus den in diesem Zusammenhang gestellten Fragen wurde ein Index für die Bewertung der allgemeinen Polizeiarbeit gebildet, indem über alle Einzelitems ein Mittelwert errechnet wurde.

Insgesamt zeigt sich auf Ebene des Index, dass die allgemeine Polizeiarbeit weiterhin von der Mehrheit der befragten Niedersachsen als (eher) positiv bewertet wird. 85,6 % der Befragten geben an, dass sie die Arbeit der Polizei insgesamt als (eher) gut empfinden. Damit liegt dieser Wert deskriptiv leicht höher als bei der letzten Befragungswelle im Jahr 2023, wo er bei 85,4 % lag. Dieser leichte Anstieg erreicht jedoch keine statistische Signifikanz und kann daher nicht als genereller Trend auf die Gesamtbevölkerung des Landes Niedersachsens übertragen werden.

Einen Überblick über die Bewertung der einzelnen abgefragten Aspekte findet sich in nachfolgender Tabelle 27.

Auf Ebene der Einzelaspekte der Polizeiarbeit zeigt sich, dass insbesondere bejaht wird, dass die Polizei Opfern von Straftaten hilft (89,7 %). Ebenfalls gut bewertet wird die Legitimität der Gewaltanwendung der Polizei: 87,0 % der Befragten sind (eher) der Meinung, dass die Polizei nur zu Gewalt greift, wenn diese auch gerechtfertigt ist. 80,9 % der Befragten finden, dass die Polizei gute Arbeit bei der Verbrechensbekämpfung leistet. Etwas schlechter, aber immer noch sehr

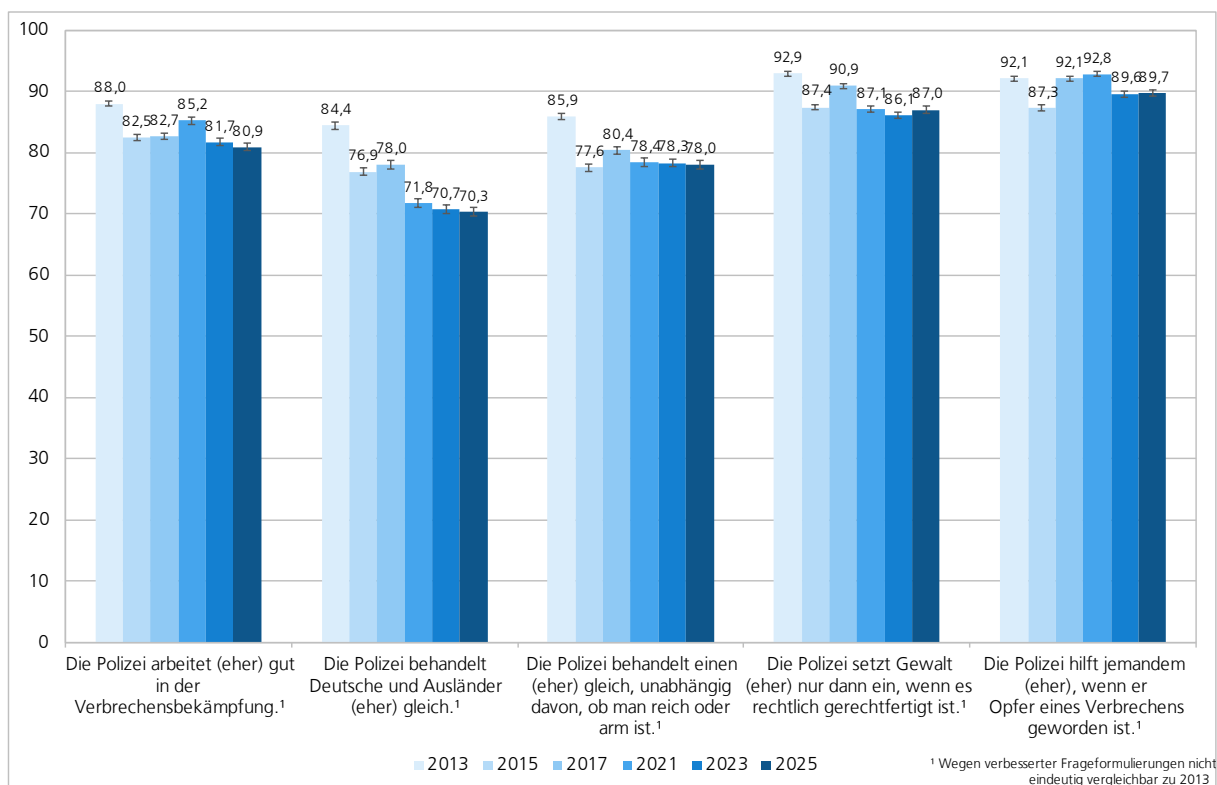
positiv bewertet wird die Polizei bezüglich der Gleichbehandlung unterschiedlicher Personengruppen. 78,0 % der Befragten sind der Ansicht, dass die Polizei Personen unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Situation gleichbehandelt. 70,3 % sehen (eher) keinen Unterschied in der Behandlung von Deutschen und Ausländern.

Tabelle 27: Einzelaspekte der Bewertung der allgemeinen Polizeiarbeit in Prozent

Die Polizei...	Stimme gar nicht zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme völlig zu
arbeitet gut in der Verbrechensbekämpfung.	2,0	17,1	66,4	14,5
behandelt Deutsche und Ausländer gleich.	6,2	23,5	54,4	15,9
behandelt einen gleich, unabhängig davon, ob man reich oder arm ist.	3,6	18,4	56,1	21,9
setzt Gewalt nur dann ein, wenn es rechtlich gerechtfertigt ist.	2,6	10,4	58,2	28,8
hilft jemandem, wenn er / sie Opfer einer Straftat geworden ist.	1,6	8,7	55,6	34,1

Die Betrachtung der Entwicklung der Bewertung verschiedener Aspekte der Polizeiarbeit im periodischen Vergleich zeigt im Großen und Ganzen keine signifikanten Veränderungen zur letzten Befragung auf. Einen Überblick gibt Abbildung 31. Es zeichnet sich aber über alle Befragungswellen ein Trend dahingehend ab, dass die Bewertung auf Ebene der einzelnen Items in den letzten zwei bis drei Befragungswellen schlechter ausfällt als in den vorhergehenden Befragungswellen. Dieser Trend wird jedoch stark durch die zum Teil deutlich besseren Werte in der ersten Befragungswelle 2013 getrieben, die auf seinerzeit andere Formulierungen der Fragen zurückgehen. Daher können diese Werte nur eingeschränkt als Vergleichsgrundlage herangezogen werden. Ohne die Werte aus dem Jahr 2013 ist der Trend wesentlich schwächer.

Abbildung 31: Einzelaspekt der Bewertung der allgemeinen Polizeiarbeit nach Jahren in Prozent



Hinsichtlich des Einflusses des soziodemographischen Hintergrunds der Befragten auf die *Bewertung der Polizeiarbeit* zeigen sich für den Index und die einzelnen Aspekte grundsätzlich folgende Zusammenhänge:

- Männer und Frauen unterscheiden sich nicht signifikant in ihrer Bewertung der Polizeiarbeit. Personen, die ihr Geschlecht als divers oder nicht angeben, bewerten die Arbeit der Polizei allerdings signifikant schlechter als Männer oder Frauen.
- Es gibt insgesamt einen deutlichen Trend, dass mit zunehmendem Alter die Bewertung der Arbeit der Polizei positiver wird, wobei Personen zwischen 21 und 34 Jahren die Polizei insgesamt am schlechtesten bewerten.
- Personen mit Migrationshintergrund bewerten die Arbeit der Polizei häufiger als Personen ohne Migrationshintergrund (eher) schlecht. Während etwa jede fünfte Person mit Migrationshintergrund die Arbeit der Polizei als (eher) schlecht einstuft (19,2 %), sind es bei Personen ohne Migrationshintergrund nur 13,6 %.
- Je größer der Wohnort der Befragten ist, desto negativer wird die Arbeit der Polizei bewertet.
- Personen, die sich politisch (eher) links oder (eher) rechts einordnen, bewerten die Arbeit der Polizei signifikant schlechter als Personen, die sich in der politischen Mitte positionieren. Dabei bewerten politisch (eher) linke Personen die Polizeiarbeit nochmals etwas schlechter als Personen, die sich politisch (eher) rechts verorten. Hinsichtlich einzelner Items zeigt sich ein Einfluss der politischen Einstellung hinsichtlich der Frage, ob Polizei gut in der Verbrechensbekämpfung arbeitet: (eher) links eingestellte Personen bewerten diesen Aspekt signifikant positiver als (eher) rechte Personen und deskriptiv sogar leicht besser als Personen, die sich in der politischen Mitte verorten.

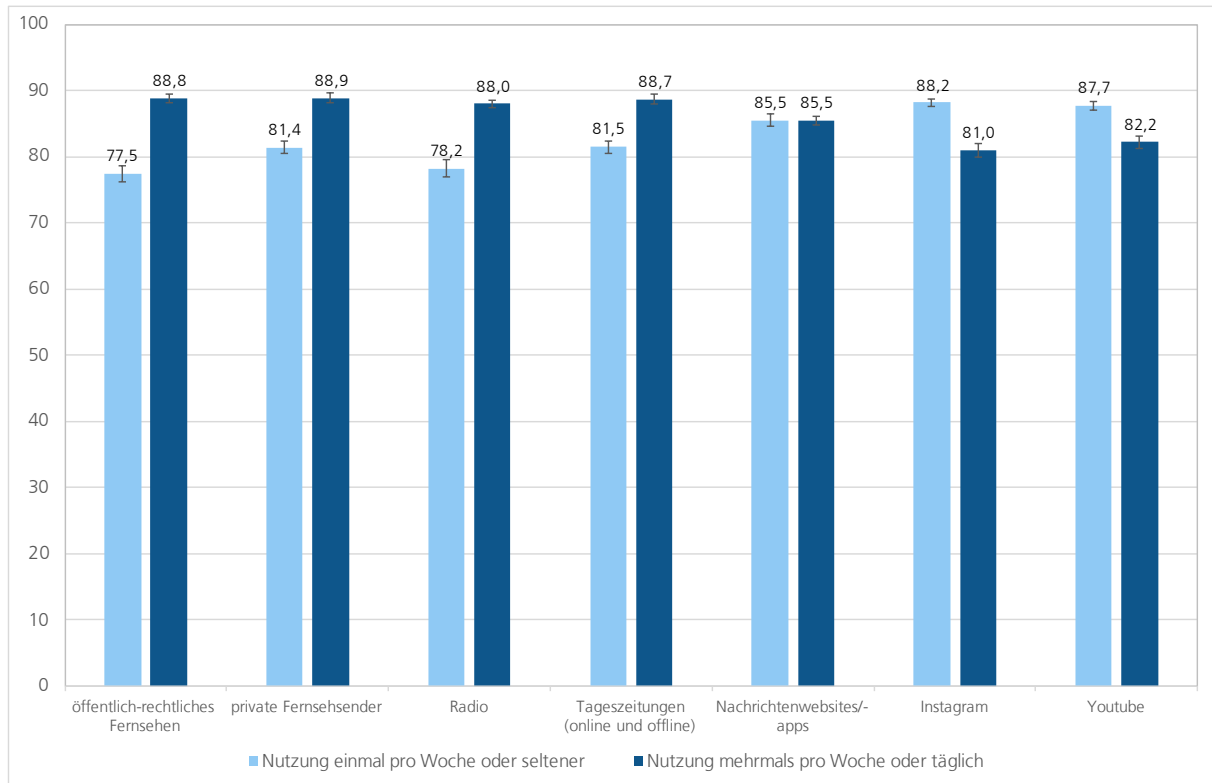
- Auch die Mediennutzung der Befragten steht im Zusammenhang mit ihrer Bewertung der allgemeinen Polizeiarbeit. Personen, die „mehrmals in der Woche“ das öffentlich-rechtliche Fernsehen, private Fernsehsender, Radio und (Tages-)Zeitungen konsumieren, bewerten die Polizeiarbeit insgesamt jeweils signifikant positiver als Personen, die diese Medien „einmal in der Woche“ oder seltener nutzen. Eine Nutzung von YouTube oder Instagram „mehrmals in der Woche“ steht hingegen mit einer signifikant schlechteren Bewertung der allgemeinen Polizeiarbeit in Zusammenhang.

Tabelle 28: Index der Bewertung der allgemeinen Polizeiarbeit nach Soziodemographie in Prozent

	(eher) schlecht	(eher) gut
Geschlecht		
weiblich	14,5	85,5
männlich	14,1	85,9
divers / ich kann bzw. möchte mich nicht zuordnen.	51,0	49,0
Alter		
16 bis 20 Jahre	21,9	78,1
21 bis 34 Jahre	23,6	76,4
35 bis 49 Jahre	16,6	83,4
50 bis 64 Jahre	11,3	88,7
65 bis 79 Jahre	8,3	91,7
80 Jahre und älter	6,1	93,9
Migrationshintergrund		
ja	19,2	80,8
nein	13,6	86,4
Wohnortgröße		
unter 20.000 EW	12,9	87,1
20.000 bis unter 100.000 EW	14,0	86,0
100.000 EW und mehr	18,4	81,6
Politische Einstellung		
(eher) links	22,9	77,1
Mitte	10,9	89,1
(eher) rechts	18,0	82,0

Die Arbeit der Polizei wird auch unterschiedlich bewertet, je nachdem, ob eine Person im Jahr 2024 Opfer einer Straftat geworden ist oder nicht. Personen, die im Jahr 2024 keine Opferwerdung erfahren haben, bewerten die Arbeit der Polizei signifikant häufiger als Opfer von Straftaten als (eher) gut (89,8 % vs. 78,2 %).

Abbildung 32: Index der Bewertung der allgemeinen Polizeiarbeit nach Mediennutzung in Prozent (eher gut und gut)



4.4.2 Eigenschaften der Polizei

Die zweite Dimension der Bewertung der Polizei umfasst verschiedene zugeschriebene Eigenschaften. Auch aus diesen wurde ein Mittelwertindex über alle Eigenschaften hinweg gebildet, der das Bild der Befragten insgesamt von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten abzubilden hilft.

Dieses Bild fällt bei der niedersächsischen Bevölkerung insgesamt sehr vorteilhaft aus. 94,0 % der befragten Personen berichten, ein (eher) positives Bild der Eigenschaften der Polizeibeamtinnen und -beamten in Niedersachsen zu haben. Damit fällt das Bild, das die Menschen in Niedersachsen haben, leicht positiver aus als in der letzten Befragungswelle, in der 93,1 % der Befragten ein eher positives Bild der Polizei berichteten.

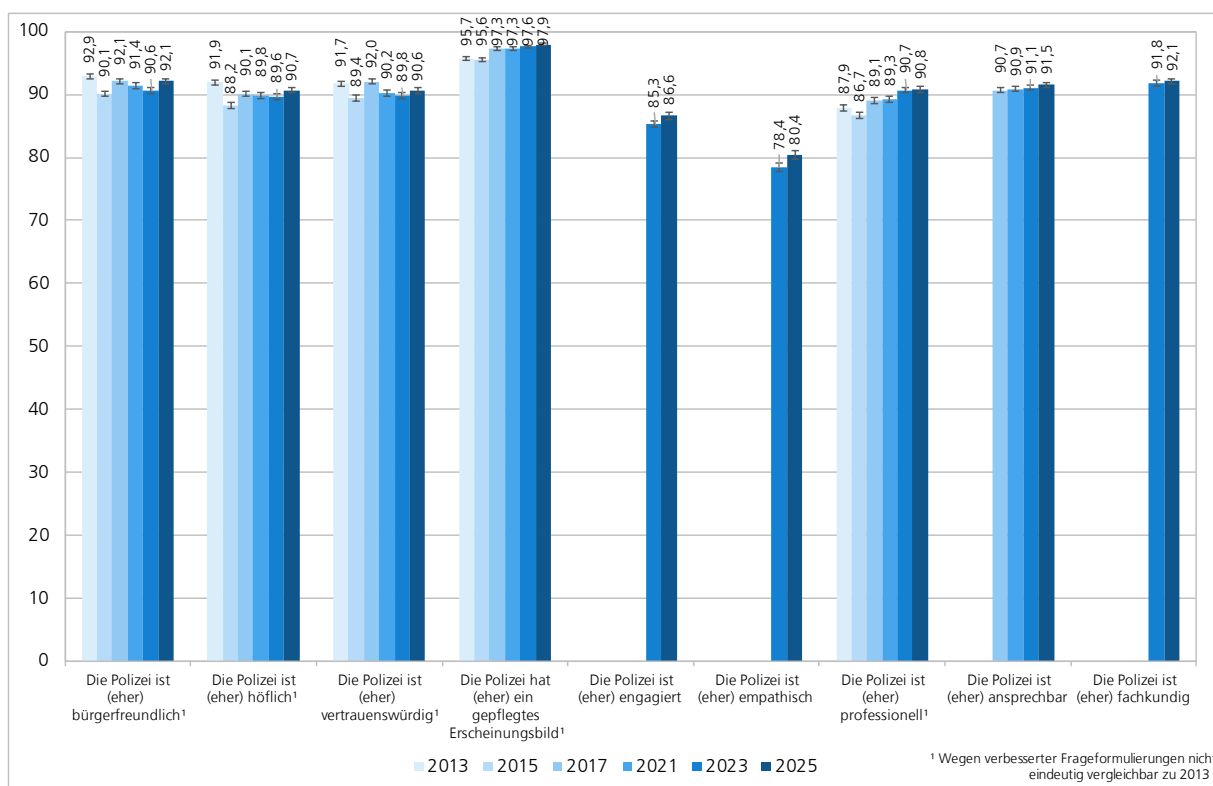
Die Bewertung der einzelnen abgefragten Eigenschaften der Polizei sind in Tabelle 29 dargelegt. Besonders positiv wurde dabei das Erscheinungsbild der Polizei bewertet. 97,9 % der Befragten bewerteten dieses als (eher) gepflegt. Auch bezüglich der Bürgerfreundlichkeit, der Höflichkeit, der Vertrauenswürdigkeit, der Professionalität, der Ansprechbarkeit und der Fachkundigkeit haben mehr als 90 % der Befragten ein (eher) positives Bild. Etwas weniger, aber immer noch deutlich positiv, werden das Engagement und die Empathie der Polizei gesehen (hier geben 86,6 % bzw. 80,4 % der Befragten [eher] positive Bewertungen ab).

Tabelle 29: Einzelaspekte der Bewertung von Eigenschaften der Polizei in Prozent

Die Polizei...	Trifft nicht zu	Trifft eher nicht zu	Trifft eher zu	Trifft völlig zu
ist bürgerfreundlich	1,2	6,7	63,2	28,9
ist höflich	1,0	8,3	60,4	30,3
ist vertrauenswürdig	1,5	7,9	55,5	35,1
hat ein gepflegtes Erscheinungsbild	0,5	1,6	46,9	51,0
ist engagiert	1,2	13,4	59,3	27,3
ist empathisch	2,0	17,6	59,5	21,0
ist professionell	1,1	8,1	58,7	32,1
ist ansprechbar	1,1	7,4	53,6	37,8
ist fachkundig	1,0	6,9	59,6	32,6

Der periodische Vergleich der Bewertung der einzelnen Eigenschaften zeigt ein grundsätzlich positiveres Bild der Polizei in Niedersachsen als noch bei der letzten Befragungswelle im Jahr 2023. Der Trend einer verbesserten Wahrnehmung des Erscheinungsbildes, der Professionalität und der Ansprechbarkeit setzt sich weiter fort, wenngleich keine statistisch signifikanten Veränderungen erreicht werden. Auch die Fachkundigkeit, die erstmals einem periodischen Vergleich unterzogen werden kann, wird durch die Befragten besser bewertet, doch auch hier liegt keine statistische Signifikanz vor. Verbesserungen hinsichtlich der Bewertung der Bürgerfreundlichkeit und der Höflichkeit um 1,5 bzw. 1,1 Prozentpunkte sind dagegen signifikant. Diese beiden Veränderungen können dabei fast als Trendwende bezeichnet werden, da die Bewertungen beider Eigenschaften sich zuvor seit der Befragungswelle im Jahr 2017 kontinuierlich verschlechtert hatten. Ebenfalls statistisch signifikant sind die erstmals im periodischen Vergleich feststellbaren Verbesserungen das Engagement (1,3 Prozentpunkte) sowie die Empathie (2,0 Prozentpunkte) betreffend.

Abbildung 33: Einzelaspekte der Bewertung von Eigenschaften der Polizei nach Jahren in Prozent



Auch bei der Bewertung der Eigenschaften der Polizei finden sich Unterschiede in Abhängigkeit vom soziodemographischen Hintergrund der Befragten:

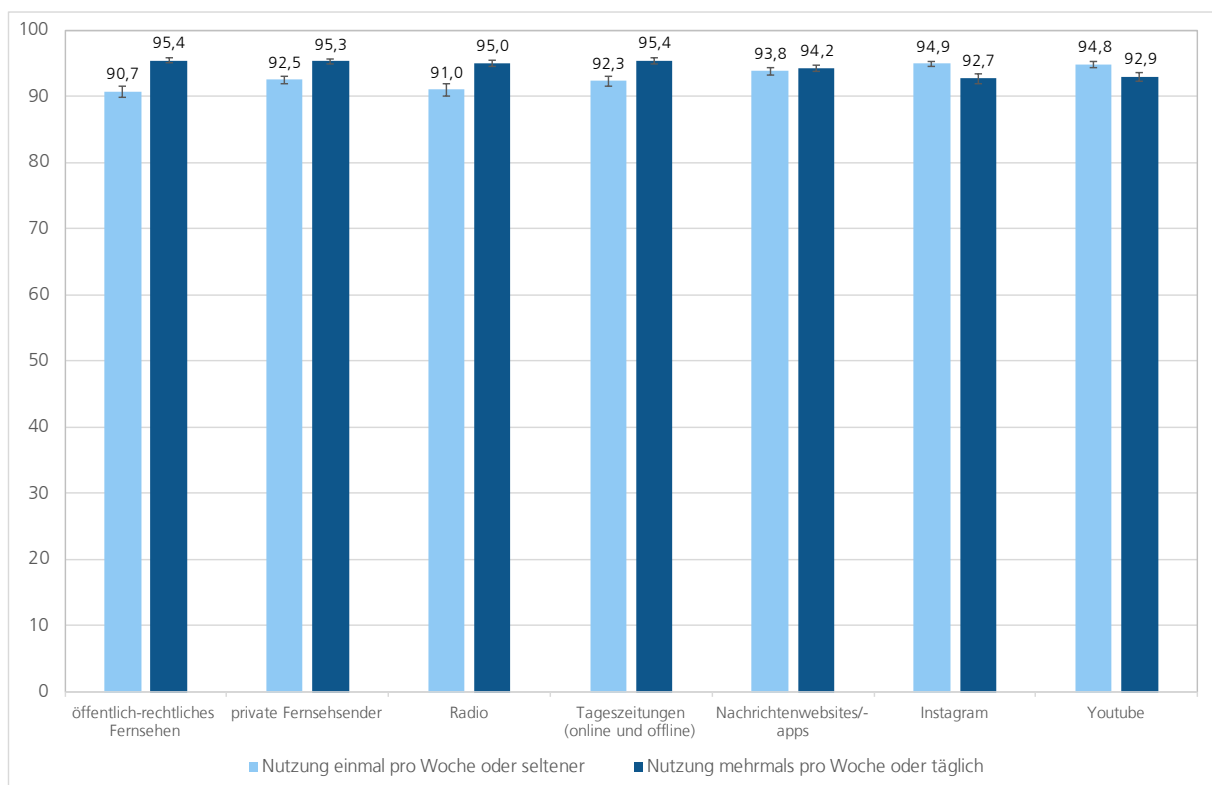
- Frauen bewerten die Eigenschaften der Polizei insgesamt positiver als Männer und Personen, die ihr Geschlecht als divers oder gar nicht angeben. Wobei die zuletzt genannte Gruppe nochmals ein deutlich negativeres Bild der Polizei berichtet als Männer.
- Jüngere und ältere befragte Personen unterscheiden sich in ihrer Bewertung der Eigenschaften der Polizei insofern, als dass ältere Personen die Polizei hinsichtlich aller abgefragten Eigenschaften positiver bewerten als jüngere Personen.
- Personen mit Migrationshintergrund bewerten Eigenschaften der Polizei etwas negativer als Personen ohne Migrationshintergrund. Dieser Unterschied in der Bewertung der Eigenschaften der Polizei zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund findet sich dabei auch für alle einzelnen abgefragten Aspekte außer bezüglich der Ansprechbarkeit, bei deren Bewertung es keinen signifikanten Unterschied gibt.
- Die Bewertung der Eigenschaften der Polizei fällt bei Befragten aus größeren Wohnorten negativer aus. Dieser Zusammenhang findet sich für alle abgefragten Eigenschaften außer dem Erscheinungsbild der Polizei, welches unabhängig von der Größe des Wohnorts als überwiegend gepflegt bewertet wurde.
- Insgesamt geben Personen, die angeben, politisch (eher) rechts zu sein, auf Ebene des Index die negativste Bewertung der Polizei ab, gefolgt von politisch (eher) linken Personen. Menschen, die sich der politischen Mitte zuordnen, haben insgesamt das positivste Bild der abgefragten Eigenschaften. Dieser Zusammenhang findet sich auch für die meisten Eigenschaften wieder, es gibt jedoch eine Ausnahme. So wird die Empathie der Polizei von (eher) linken Personen am negativsten bewertet (28,8 % geben an, dass die Polizei [eher] nicht empathisch ist).
- Das Bild von der Polizei, welches die befragten Personen berichten, steht im Zusammenhang mit ihrer Mediennutzung. Befragte, die höchstens „einmal in der Woche“ das öffentlich-rechtliche Fernsehen, private Fernsehsender, Radio und (Tages-)Zeitungen nutzen, berichten ein signifikant schlechteres Bild der Polizei als Personen, die diese Medien „mehrmals in der Woche“ oder öfter konsumieren. Ebenso berichten Personen, die „mehrmals in der Woche“ oder öfter die Plattformen YouTube oder Instagram verwenden, ein signifikant negativeres Bild der Polizei.

Tabelle 30: Index der Bewertung von Eigenschaften der Polizei nach Soziodemographie in Prozent

	(eher) schlecht	(eher) gut
Geschlecht		
weiblich	5,4	94,6
männlich	6,4	93,6
divers / ich kann bzw. möchte mich nicht zuordnen.	23,5	76,5
Alter		
16 bis 20 Jahre	9,0	91,0
21 bis 34 Jahre	8,6	91,4
35 bis 49 Jahre	7,6	92,4
50 bis 64 Jahre	5,1	94,9
65 bis 79 Jahre	3,0	97,0
80 Jahre und älter	2,8	97,2
Migrationshintergrund		
ja	8,0	92,0
nein	5,6	94,4
Wohnortgröße		
unter 20.000 EW	4,9	95,1
20.000 bis unter 100.000 EW	6,2	93,8
100.000 EW und mehr	7,6	92,4
Politische Einstellung		
(eher) links	7,0	93,0
Mitte	4,8	95,2
(eher) rechts	10,1	89,9

Auch für die Bewertung der Eigenschaften der Polizei findet sich ein Zusammenhang mit Opferwerdungserfahrungen der Befragten. Personen, die 2024 mindestens einmal Opfer einer Straftat wurden, hatten ein signifikant weniger positives Bild von der Polizei: Zwar bewerteten auch hier, bezogen auf den Index, 90,4 % die Eigenschaften der Polizei als (eher) positiv, aber unter Nicht-Opfern beträgt der entsprechende Wert 96,1 %. Dass Opfer von Straftaten die Polizeieigenschaften schlechter beurteilten, findet sich für alle einzeln abgefragten Eigenschaften. Die größte Differenz zwischen Opfern und Nicht-Opfern findet sich dabei bei der Bewertung der Empathie der Polizei: Während 85,6 % der Befragten, die 2024 nicht Opfer einer Straftat wurden, die Polizei als (eher) empathisch bewertet, sind es bei Personen, die mindestens eine Straftat erlebt haben, 14,1 Prozentpunkte weniger (71,5 %). Auch bei der Bewertung des Engagements der Polizei unterscheidet sich der Anteil der (eher) positiven Einschätzungen bei Personen mit und ohne Viktimisierungserfahrung um mehr als 10 Prozentpunkte (Personen ohne Opferwerdungserfahrung: 90,4 %; Personen mit Opferwerdungserfahrung: 80,0 %). Die übrigen Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Opferwerdungserfahrung bezüglich der Bewertung der Eigenschaften der Polizei liegen unter 10 Prozentpunkten und reichen von 9,6 Prozentpunkten für die Vertrauenswürdigkeit bis 1,0 Prozentpunkt für das Erscheinungsbild.

Abbildung 34: Index der Bewertung von Eigenschaften der Polizei nach Mediennutzung in Prozent (eher gut und gut)



4.4.3 Vertrauen in die Polizei

Als dritte Dimension der Polizeibewertung wurde das Vertrauen der niedersächsischen Bürgerinnen und Bürger in die Polizei und den Rechtsstaat an sich abgefragt. Zu dieser Dimension wurde erneut ein Index gebildet, in dem ein Durchschnittswert für die vier dieser Dimension zugehörigen Fragen ermittelt wurde. Dabei zeigt sich, dass das grundsätzliche Vertrauen der Befragten in Polizei und Rechtsstaat sehr hoch ist. 90,6 % geben an, dass sie ein (eher) hohes Vertrauen in die Polizei haben. Somit hat also weniger als einer von zehn Befragten (9,4 %) ein (eher) geringes Vertrauen in die Polizei. Gegenüber der letzten Befragungswelle, bei der der Anteil derjenigen, die ein (eher) hohes Vertrauen berichteten, bei 89,9 % lag, hat sich das berichtete Vertrauen leicht, um 0,7 Prozentpunkte, gesteigert.

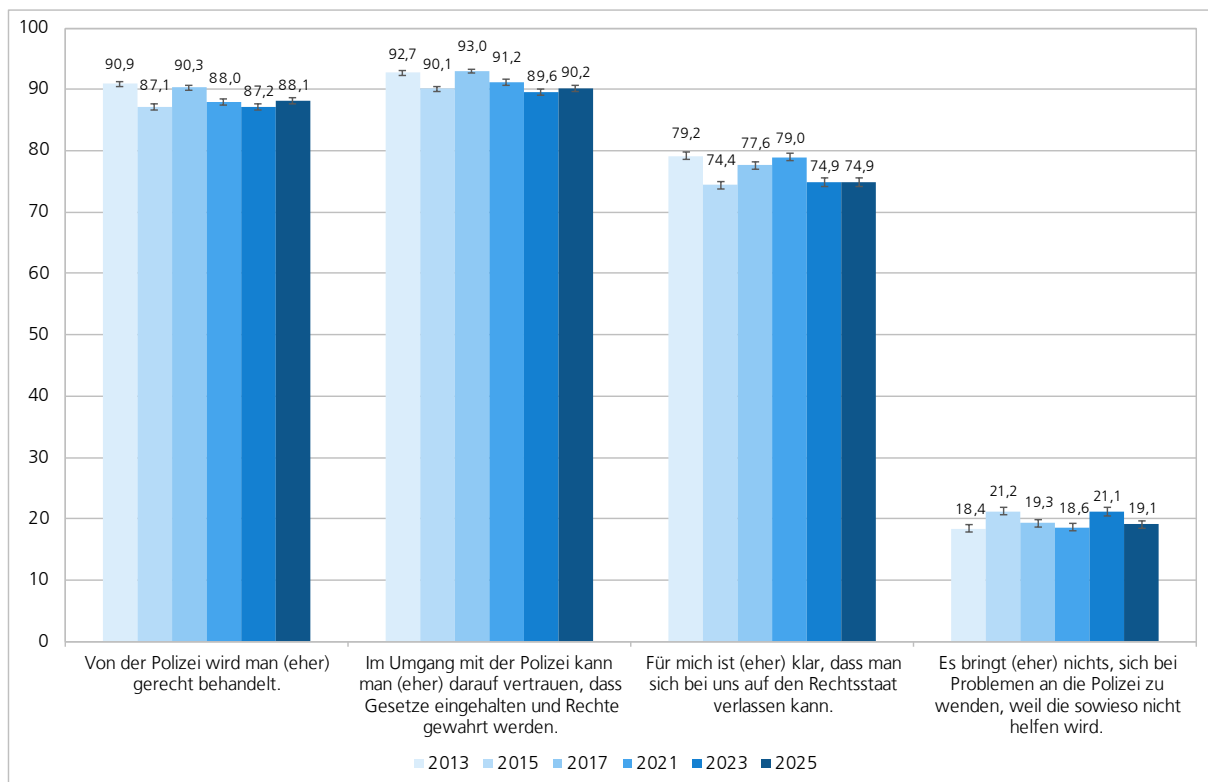
Heruntergebrochen auf die einzelnen Aspekte wird insbesondere die Gesetzestreue der Polizei hoch bewertet. 90,2 % der Befragten geben an, dass sie eher oder völlig darauf vertrauen, dass die Polizei die Gesetze einhält. Die große Mehrheit der Befragten (88,1 %) gibt außerdem an, dass sie (eher) darauf vertrauen, dass die Polizei sie gerecht behandelt. Etwas weniger Vertrauen haben die Menschen in Niedersachsen darin, dass es sinnvoll ist, sich an die Polizei zu wenden. Aber auch hier findet das Gros (80,9 %), dass es (eher) etwas bringt, sich an die Polizei zu wenden. Das im Vergleich geringste Vertrauen berichten die befragten Personen gegenüber dem Rechtsstaat an sich, nur 74,9 % geben an, dass man sich (eher) auf den Rechtsstaat verlassen kann.

Tabelle 31: Einzelaspekte der Bewertung des Vertrauens in die Polizei und den Rechtsstaat in Prozent

	Stimme gar nicht zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme völlig zu
Von der Polizei wird man gerecht behandelt.	1,5	10,3	64,8	23,4
Im Umgang mit der Polizei kann man darauf vertrauen, dass Gesetze eingehalten und Rechte gewahrt werden.	1,5	8,3	58,1	32,0
Es bringt nichts, sich bei Problemen an die Polizei zu wenden, weil die sowieso nicht helfen wird.	40,1	40,8	15,7	3,4
Für mich ist klar, dass man sich auf den Rechtsstaat verlassen kann.	5,7	19,4	53,3	21,6

Im periodischen Vergleich der Einzelaspekte des Vertrauens in die Polizei fällt auf, dass im Jahr 2025 signifikant weniger Menschen als 2023 angeben, dass es (eher) nicht sinnvoll ist, sich an die Polizei zu wenden (19,1 % vs. 21,1 %), ein Abfall von 2,0 Prozentpunkten. Beim Vertrauen in eine gerechte Behandlung durch die Polizei ist ein signifikanter Anstieg um 0,9 Prozentpunkte gegenüber der letzten Befragungswelle zu verzeichnen: Während 2023 87,2 % der Befragten angaben, (eher) davon auszugehen, dass sie von der Polizei gerecht behandelt würden, waren es im Jahr 2025 88,1 %. Die Überzeugung, dass die Polizei sich gesetzestreu verhält, hat deskriptiv auch um 0,6 Prozentpunkte auf 90,2 % zugenommen, dieser Zuwachs erreicht jedoch keine statistische Signifikanz. Das Vertrauen in die Verlässlichkeit des Rechtsstaats bleibt gänzlich unverändert gegenüber der letzten Befragungswelle, mit 74,9 % der Befragten, die den Rechtsstaat für (eher) verlässlich halten.

Abbildung 35: Einzelaspekte der Bewertung des Vertrauens in die Polizei und den Rechtsstaat nach Jahren in Prozent



Auch das Vertrauen in Polizei und Rechtsstaat steht im Zusammenhang mit dem soziodemographischen Hintergrund der befragten Personen:

- Männer und Frauen unterscheiden sich bezüglich des Gesamtindex' nicht signifikant in ihrem Vertrauen gegenüber der Polizei und dem Rechtsstaat. Männer haben jedoch ein leicht, aber signifikant, höheres Vertrauen darauf, dass es sinnvoll ist, sich an die Polizei zu wenden, um Hilfe zu erhalten (Männer: 81,8 %; Frauen: 80,2 %). Frauen hingegen haben ein etwas höheres Vertrauen darauf, dass sich die Polizei an geltendes Recht und Gesetze hält (Männer: 89,6 %; Frauen: 90,8 %). Personen, die ihr Geschlecht als divers angeben oder keine Angaben zu ihrem Geschlecht machten, berichten hingegen insgesamt und auf Ebene der Einzelitems ein sehr viel geringeres Vertrauen in die Polizei und den Rechtsstaat und unterscheiden sich damit von Männern und Frauen signifikant.
- Je jünger die befragten Personen sind, desto geringer war ihr Vertrauen in Polizei und Rechtsstaat. Mit zunehmendem Alter fällt dieses Vertrauen kontinuierlich höher aus.
- Menschen mit Migrationshintergrund berichten insgesamt signifikant seltener ein (eher) hohes Vertrauen in die Polizei als Personen ohne Migrationshintergrund. Bei allen Einzelaspekten des Vertrauens in Polizei und Rechtsstaat geben Personen mit Migrationshintergrund signifikant geringere Werte als Personen ohne Migrationshintergrund an. Einzige Ausnahme bildet hierbei die Frage nach der Verlässlichkeit des Rechtsstaates, hier gibt es keine Unterschiede.
- Je kleiner der Wohnort der befragten Personen ist, desto häufiger berichten diese ein insgesamt (eher) hohes Vertrauen in Polizei und Rechtsstaat. Dieser Zusammenhang bleibt auch auf der Ebene der einzelnen Aspekte bestehen.
- Einen besonders starken Zusammenhang gibt es schließlich für das Vertrauen in die Polizei und die politische Einstellung der Befragten. Personen, die sich selbst als politisch (eher)

rechts einstufen, berichten ein signifikant geringeres Vertrauen in Polizei und Rechtsstaat als (eher) linke oder in der politischen Mitte verortete Personen. Insbesondere halten Personen, die (eher) rechts eingestellt sind, den Rechtsstaat für signifikant weniger verlässlich als Personen, die politisch (eher) links oder in der Mitte sind. Unter den Personen, die sich (eher) rechts einordnen, halten etwas mehr als die Hälfte (54,8 %) den Rechtsstaat für (eher) verlässlich, mit 77,2 % und 78,6 % sind die Werte für Personen, die sich der politischen Mitte oder (eher) links zuordnen, deutlich höher. Ein ebenfalls deutlicher Unterschied zwischen den verschiedenen politischen Lagern findet sich bei der Frage danach, wie sinnvoll es ist, sich an die Polizei zu wenden. Während mehr als ein Viertel der befragten Personen, die sich als (eher) rechts kategorisieren, angeben, dass es (eher) nichts bringt, sich an die Polizei zu wenden (26,2 %), sind es bei Personen in der politischen Mitte 18,2 % und bei Menschen, die sich (eher) der politischen Linken zugehörig fühlen, sogar nur 15,8 % – auch dieser Unterschied ist klar signifikant. Ähnliches zeigt sich beim Vertrauen der Befragten darin, dass die Polizei gesetzestreu handelt. Auch hier berichten Personen, die sich (eher) der politischen Rechten zuordnen, mit 16,4 % am häufigsten, dass sie (eher) nicht glauben, dass die Polizei sich gesetzestreu verhält ([eher] links: 12,2 %; Mitte: 7,8 %). Das Vertrauen darauf, dass man von der Polizei gerecht behandelt wird, fällt schließlich bei Personen der politischen Mitte signifikant am höchsten aus. In dieser Personengruppe glauben 90,9 % (eher), dass die Polizei sie gerecht behandeln würde ([eher] links: 83,3 %; [eher] rechts: 82,5 %).

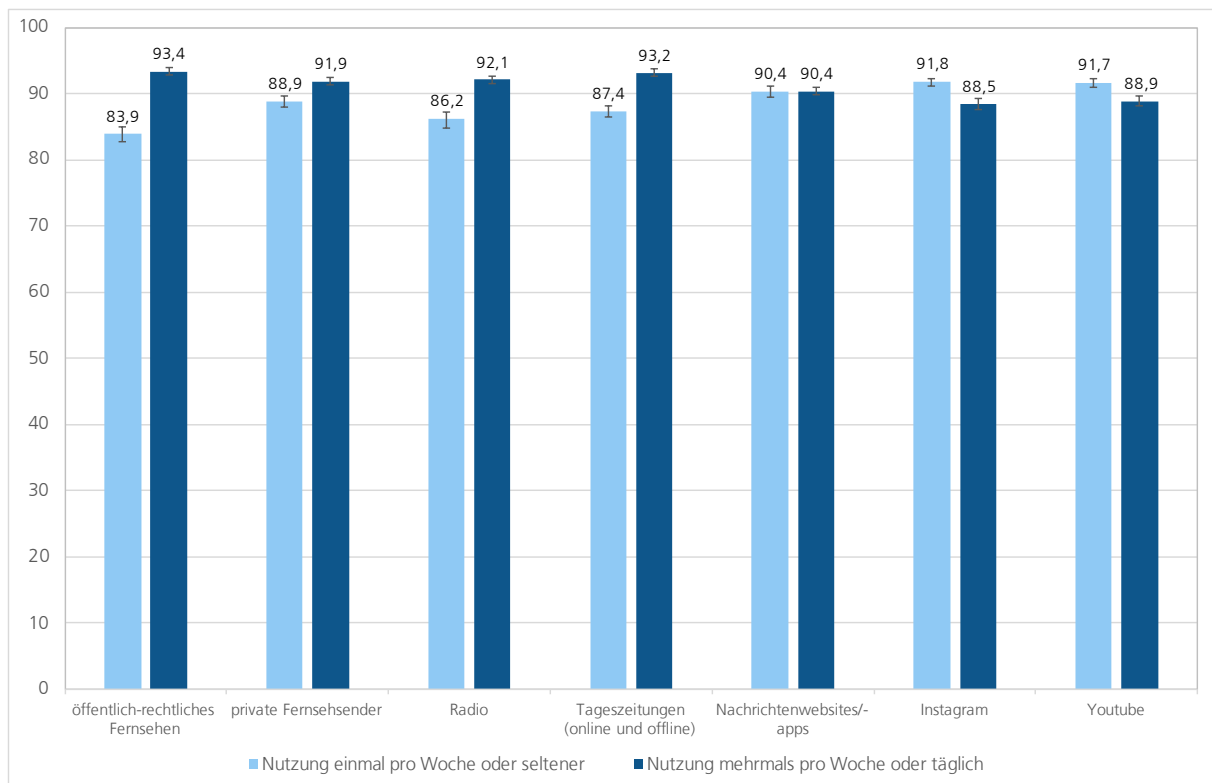
- Die Mediennutzung der befragten Personen wirkt sich dahingehend auf ihr Vertrauen in die Polizei und den Rechtsstaat aus, als dass Personen, die regelmäßig „mehrmals in der Woche“ das öffentlich-rechtliche oder das private Fernsehen konsumieren, sowie Personen, die „mehrmals in der Woche“ (oder öfter) Radio hören oder (Tages-)Zeitungen lesen, ein signifikant höheres Vertrauen berichten als Personen, die diese Medien nur „einmal in der Woche“ oder seltener nutzen. Umgekehrt berichten Personen, die „mehrmals in der Woche“ oder öfter Instagram oder YouTube verwenden, ein signifikant geringeres Vertrauen in Polizei und Rechtsstaat als Personen, die dies höchstens „einmal in der Woche“ tun.

Tabelle 32: Index der Bewertung des Vertrauens in die Polizei und den Rechtsstaat nach Soziodemographie in Prozent

	(eher) gering	(eher) hoch
Geschlecht		
weiblich	9,0	91,0
männlich	9,6	90,4
divers / ich kann bzw. möchte mich nicht zuordnen.	41,7	58,3
Alter		
16 bis 20 Jahre	13,5	86,5
21 bis 34 Jahre	13,5	86,5
35 bis 49 Jahre	11,9	88,1
50 bis 64 Jahre	7,9	92,1
65 bis 79 Jahre	5,9	94,1
80 Jahre und älter	2,7	97,3
Migrationshintergrund		
ja	12,2	87,8
nein	8,9	91,1
Wohnortgröße		
unter 20.000 EW	8,6	91,4
20.000 bis unter 100.000 EW	9,2	90,8
100.000 EW und mehr	10,4	89,6
Politische Einstellung		
(eher) links	9,8	90,2
Mitte	7,7	92,3
(eher) rechts	16,9	83,1

Ein Blick auf den Einfluss der Opferwerdung zeigt wenig überraschend, dass Personen, die im Jahr 2024 Opfer mindestens einer Straftat geworden sind, gemessen am Index signifikant weniger auf Polizei und Rechtsstaat vertrauen. Während 94,3 % der Personen, die 2024 nicht Opfer einer Straftat geworden sind, ein (eher) hohes Vertrauen in Polizei und Rechtsstaat berichteten, waren es unter Opfern nur 84,2 %. Dieser Unterschied ist auch auf Ebene der Einzelitems für alle Fragen signifikant.

Abbildung 36: Index der Bewertung des Vertrauens in die Polizei und den Rechtsstaat nach Mediennutzung in Prozent (eher hoch und hoch)



4.4.4 Polizeikontakt

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der „Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen“ wurden auch danach gefragt, ob sie im Jahr 2024 Kontakt mit der Polizei hatten. Falls sie Kontakt hatten, wurde nach der Art und dem Anlass des Kontakts gefragt; hierfür wurde eine Liste mit möglichen Kontexten vorgelegt. Zusätzlich wurde dann erfragt, wie die Zufriedenheit mit dem Kontakt war, und wie spezifische Aspekte des Kontakts bewertet wurden.

Insgesamt berichtete knapp ein Drittel der befragten Personen (30,6 %), im Jahr 2024 Kontakt mit der Polizei gehabt zu haben. Männer berichten dabei signifikant häufiger als Frauen einen solchen Kontakt (33,5 % vs. 27,6 %).

Darüber hinaus berichten Personen in der Altersgruppe von 21 bis 34 Jahren (40,6 %) und in der Altersgruppe von 35 bis 49 Jahren (38,8 %) am häufigsten, Kontakt mit der Polizei gehabt zu haben. Bei Personen im gehobenen Alter ist der Kontakt mit der Polizei hingegen signifikant seltener, in der Altersgruppe von 65 bis 79 Jahre hatten nur 18,1 % der Befragten im Jahr 2024 Kontakt mit Polizei, und in der Altersgruppe der über 80-Jährigen waren es nur noch 14,7 %.

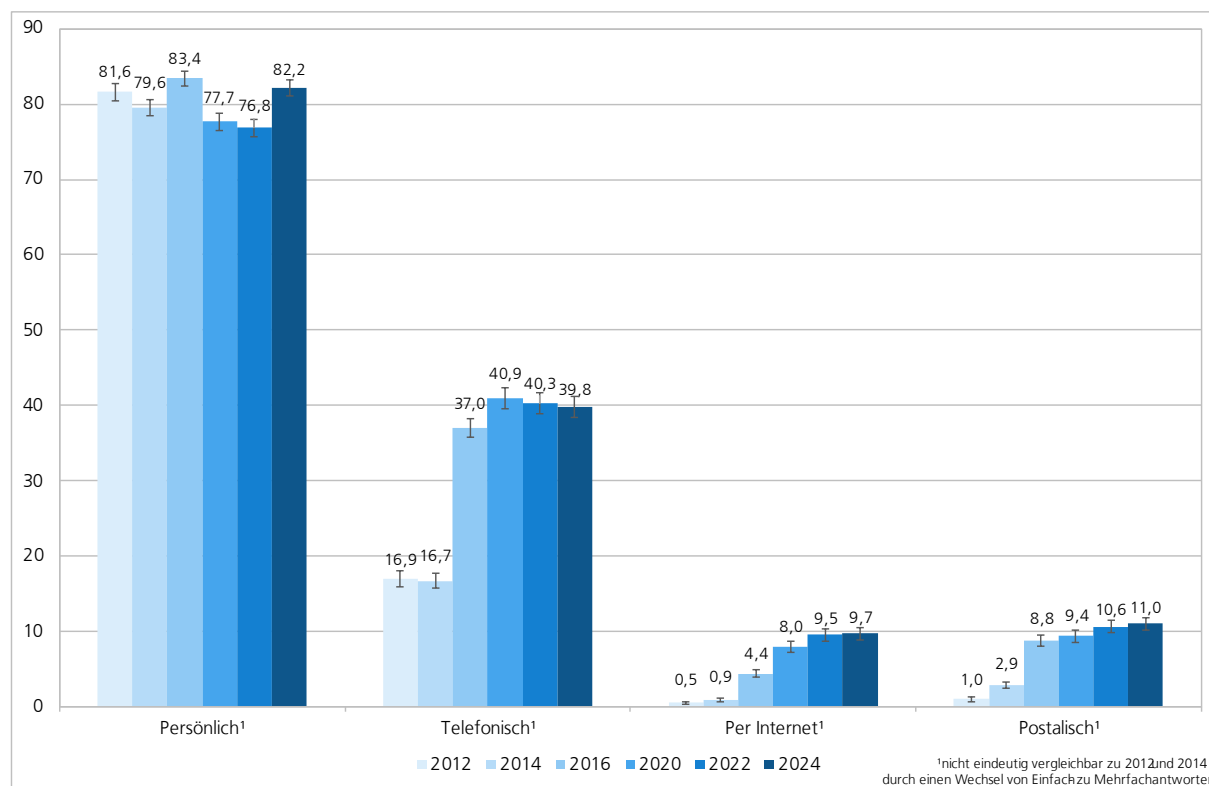
Befragte aus großen Städten mit 100.000 und mehr EW berichteten ebenfalls häufiger, in Kontakt mit der Polizei gewesen zu sein (34,7 %) als Personen aus kleinen (29,0 %) oder mittelgroßen Wohnorten (31,3 %).

Der Migrationshintergrund hat keinen Einfluss darauf, ob die befragten Personen Kontakt mit der Polizei hatten.

Befragte, die sich selbst als politisch (eher) links oder (eher) rechts einordnen, hatten signifikant häufiger Kontakt mit der Polizei als Personen, die sich der politischen Mitte zugehörig fühlen ([eher] links: 33,1 %; Mitte: 29,1 %; [eher] rechts: 37,7 %).

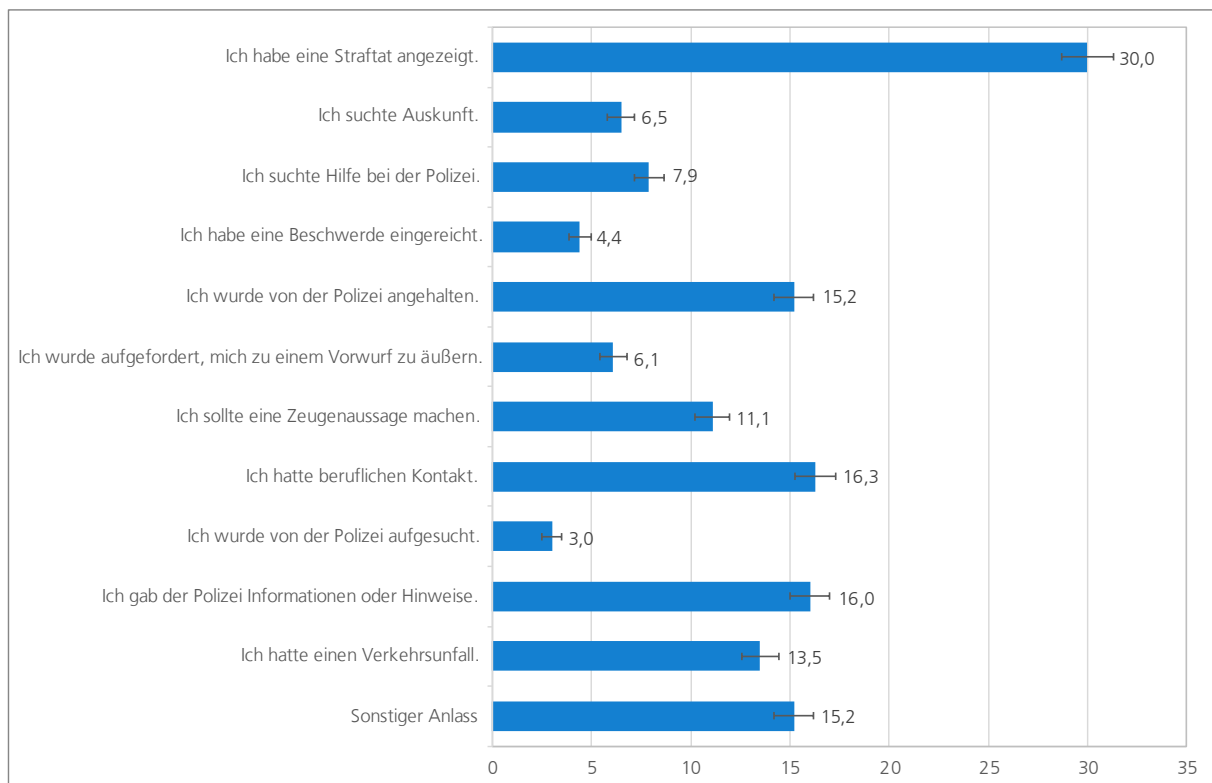
Am häufigsten war der persönliche Kontakt (82,2 %). Diese Art des Kontakts wurde damit für das Jahr 2024 wieder signifikant häufiger berichtet als in den letzten beiden Befragungswellen (2022: 76,8 %; 2020: 77,7 %) und liegt damit fast wieder so hoch wie 2016 (83,4 %). Der Kontakt per Telefon stellt wie in allen bisherigen Befragungswellen die zweithäufigste Kontaktform dar. 39,8 % der befragten Personen berichten telefonischen Kontakt mit der Polizei. Dieser Wert unterscheidet sich nicht signifikant von den Werten der letzten und der vorletzten Erhebung (2022: 40,3 %; 2020: 40,9 %). Während Kontakt per Post oder Internet mit 11,0 % und 9,7 % weiterhin eine eher geringe Bedeutung haben, ist doch eine deskriptive Tendenz dahingehend zu erkennen, dass beide Kontaktformen langsam an Bedeutung gewinnen. Verglichen mit 2016 ist der Anteil derjenigen, die per Internet Kontakt mit der Polizei hatten, um 1,7 Prozentpunkte gestiegen. Der Anteil derjenigen, die postalisch mit der Polizei in Kontakt gekommen sind, hat sich sogar um 2,2 Prozentpunkte erhöht.

Abbildung 37: Art der Kontaktaufnahme mit der Polizei nach Jahren in Prozent



Der häufigste genannte Grund für Kontakt war, wie auch in den vergangenen Befragungswellen, das Anzeigen einer Straftat (30,0 %). Der zweithäufigste Grund war der Kontakt aus beruflichen Gründen (16,3 %), gefolgt vom Kontakt, um Informationen oder Hinweise an die Polizei weiterzugeben (16,0 %). 15,2 % der Befragten wurden von der Polizei z.B. im Rahmen einer Verkehrskontrolle angehalten. 13,5 % der befragten Personen hatten wiederum Kontakt mit der Polizei, weil sie in einen Verkehrsunfall verwickelt waren. 11,1 % machten eine Zeugenaussage bei der Polizei, 7,9 % suchten in einer Not- oder Gefahrensituation Hilfe. 6,5 % der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer holten Auskünfte bei der Polizei ein. Ähnlich häufig (6,1 %) kamen Befragte mit der Polizei in Kontakt, weil sie aufgefordert worden waren, sich zu einem Vorwurf zu äußern. Weniger als einer von 20 Befragten (4,4 %) nahm Kontakt mit der Polizei auf, um eine Beschwerde einzureichen. Nur 3,0 % wurden direkt von der Polizei aufgesucht. Zusätzlich geben 15,2 % der Menschen an, aus einem anderen, nicht separat aufgeführten Grund Kontakt mit der Polizei gehabt zu haben.

Abbildung 38: Anlass des letzten Polizeikontakts in Prozent



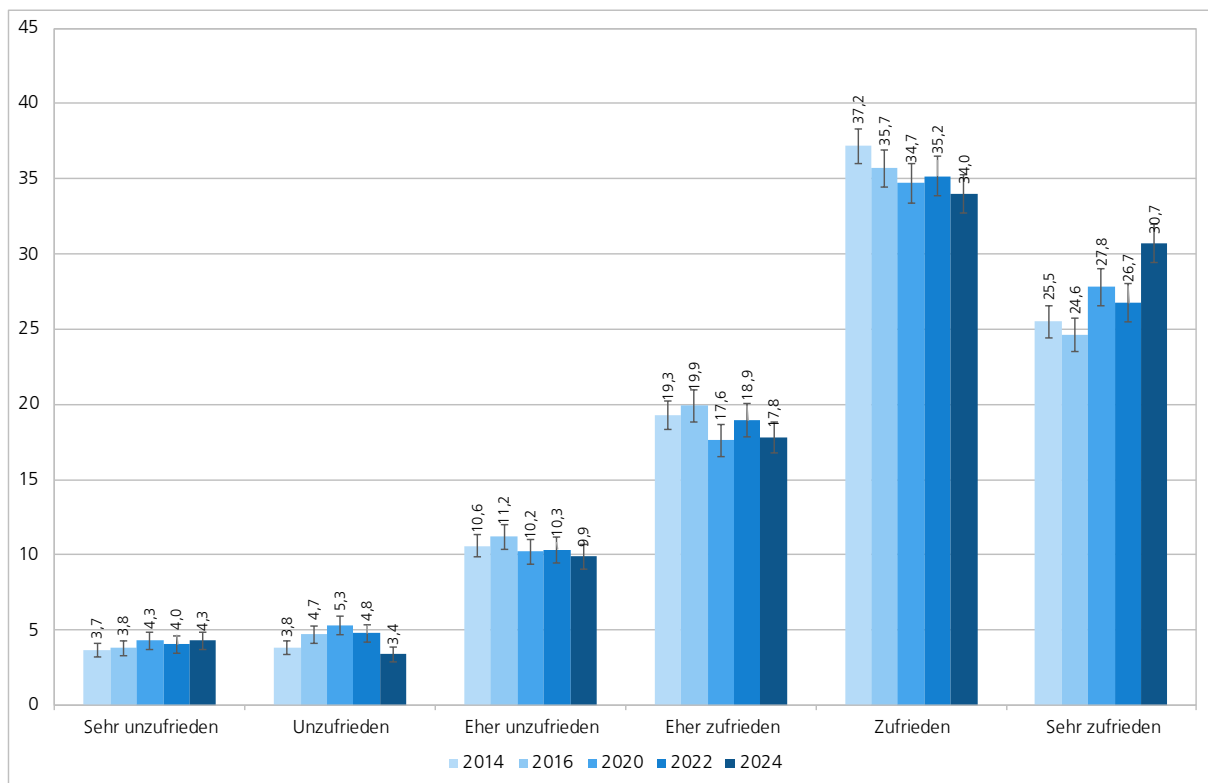
Auf einer sechspoligen Skala, die von „sehr unzufrieden“ bis „sehr zufrieden“ reichte, sollten die Menschen die Zufriedenheit mit ihrem Polizeikontakt beurteilen. Die meisten berichteten, „(sehr) zufrieden“ mit dem Kontakt gewesen zu sein (64,7 %). Weitere 17,8 % der Befragten waren „eher zufrieden“ mit ihrem letzten Polizeikontakt. Hingegen waren 17,6 % der Befragten „eher“ bis „sehr unzufrieden“ mit dem letzten Kontakt, den sie mit der Polizei hatten.

Nachdem die Zufriedenheit der Menschen in Niedersachsen bei Kontakt mit der Polizei lange Zeit weitgehend unverändert geblieben ist (die letzte signifikante Änderung gab es von 2016 auf 2020), ist gegenüber der letzten Befragungswelle für den aktuellen Referenzzeitraum (2024) ein signifikanter Zuwachs bei den Personen zu verzeichnen, die „sehr zufrieden“ mit ihrem letzten Polizeikontakt waren. Der Anteil dieser Personen nahm um 4,0 Prozentpunkte von 26,7 % im Referenzjahr 2022 auf aktuell 30,7 % zu.

In Abhängigkeit vom soziodemographischen Hintergrund gibt es zudem einige relevante Unterschiede in der Zufriedenheit der Befragten mit ihrem letzten Polizeikontakt:

- Mit zunehmendem Alter der Befragten nimmt die Zufriedenheit mit dem letzten Polizeikontakt kontinuierlich zu. Während bei den unter 21-Jährigen und den 21- bis 34-Jährigen nur etwa 80 % der Befragten eher bis sehr zufrieden mit ihrem letzten Polizeikontakt waren (79,7 % und 80,9 %), lag dieser Wert bei den 65- bis 79-Jährigen bereits bei 84,7 % und bei den über 80-Jährigen sogar bei 90,7 %.
- Politisch (eher) rechts eingestellte Personen berichten eine signifikant geringere Zufriedenheit mit ihrem Polizeikontakt (78,2 % waren eher bis sehr zufrieden) als Personen, die sich politisch in der Mitte (83,1 %) oder (eher) links (83,5 %) verorteten.
- Das Geschlecht, der Migrationshintergrund und die Größe des Wohnorts der Befragten stehen nicht signifikant mit der Zufriedenheit mit dem letzten Polizeikontakt in Zusammenhang.

Abbildung 39: Zufriedenheit mit dem letzten Polizeikontakt nach Jahren in Prozent



Zu guter Letzt waren die Befragten noch dazu aufgefordert, neben ihrer grundsätzlichen Zufriedenheit mit ihrem letzten Polizeikontakt das Verhalten der Polizeibeamtinnen und -beamten in diesem Rahmen anhand verschiedener vorgegebener Aspekte zu beurteilen.

Die meisten Aspekte werden sehr positiv bewertet, wie Tabelle 33 zu entnehmen ist. Die Anteile derer, die den Aussagen (eher) zustimmen, liegt zumeist bei etwa 85 % oder mehr. Noch immer weit überwiegend positiv, aber im Vergleich weniger Zustimmung, erreicht die Aussage, die Polizei habe über rechtliche Möglichkeiten aufgeklärt (76,0 %). Die Aufklärungsarbeit bezüglich anderer Hilfsangebote fällt noch weniger positiv aus, denn nur 62,9 % der befragten Personen stimmen (eher) zu, dahingehende Informationen erhalten zu haben. Auch fühlte sich etwa die Hälfte der Befragten (49,8 %) nicht ausreichend von der Polizei auf dem Laufenden gehalten. Als überlastet nahm etwa jede vierte befragte Person (26,9 %) die Polizei bei ihrem letzten Kontakt wahr. Nur

wenige Menschen stimmten (eher) zu, die Polizei habe ungerecht behandelt (9,6 %) oder Vorurteile gehabt (9,4 %).

Tabelle 33: Verhalten der Polizei beim letzten Kontakt in Prozent

Die Polizei...	Stimme gar nicht zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme völlig zu
war hilfsbereit.	2,7	8,6	31,4	57,3
hat mir Informationen über Hilfsangebote gegeben.	14,8	22,3	27,3	35,6
hat mich über rechtliche Möglichkeiten aufgeklärt.	9,5	15,4	31,7	44,3
war fachlich kompetent.	3,0	8,8	34,1	54,1
hat zu wenig getan.	42,9	31,2	15,2	10,6
war freundlich.	2,3	5,4	24,6	67,7
war engagiert.	2,9	12,5	34,1	50,4
hat mich ungerecht behandelt.	73,3	17,1	5,4	4,2
war überlastet.	44,3	28,8	17,0	9,9
hat mich auf dem Laufenden gehalten.	24,6	25,2	28,2	22,0
hatte mir gegenüber Vorurteile.	76,4	14,3	5,6	3,8
war gut erreichbar.	3,7	9,1	32,9	54,2
drückte sich klar und verständlich aus.	1,9	5,1	27,4	65,6
hat sich ausreichend Zeit für mich genommen.	3,7	10,4	31,3	54,6

5 Zusammenfassung

Insgesamt nahmen an der sechsten „Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen“ 16.929 der 40.000 angeschriebenen Personen ab 16 Jahren mit Hauptwohnsitz in Niedersachsen teil. Die Durchführung der Erhebung fand vom 17.03. bis 15.05.2025 statt. Für die Auswertung wurden die erhobenen Daten hinsichtlich des Alters und des Geschlechts so gewichtet, dass die Ergebnisse sowohl für das Land Niedersachsen als auch für jede der sechs niedersächsischen Polizeidirektionen repräsentativ sind.

Zusammenfassend können die folgenden Erkenntnisse als zentral angesehen werden:

- In der periodischen Betrachtung zeigt sich bei der Wohndauer der Befragten keine wesentliche Veränderung. Nahezu zwei Drittel leben bereits seit zehn Jahren oder länger an ihrem gegenwärtigen Wohnort. Grundsätzlich nimmt die Wohndauer mit steigendem Alter der Befragten zu und nimmt mit zunehmender Größe des Wohnortes ab. Personen mit Migrationshintergrund leben im Schnitt deutlich kürzer an ihrem aktuellen Wohnort als Personen ohne Migrationshintergrund (Kapitel 4.1.1).
- Wie schon in den vorausgegangenen Erhebungen beurteilt die große Mehrheit der Befragten die Qualität ihrer Nachbarschaft in Bezug auf Ordnung und Sauberkeit sowie auf baulich-räumliche Attraktivität und Gestaltung als (eher) positiv. Allerdings geben in der aktuellen Befragungswelle trotz weiterhin hoher Werte signifikant weniger Personen eine solche positive Einschätzung der Nachbarschaftsqualität an als in der letzten Welle. Personen aus größeren Wohnorten und jüngere Personen berichten dabei insgesamt schlechtere Werte bezüglich der Qualität der Nachbarschaft. Zusätzlich berichten Frauen höhere Werte nur bezüglich der baulich-räumlichen Attraktivität der Nachbarschaft als Männer (Kapitel 4.1.2).
- Für die Nachbarschaftsintensität ergibt sich auch 2025 insgesamt eine überwiegend gute Bewertung, gegenüber früheren Erhebungszeitpunkten ist sie jedoch statistisch signifikant weniger positiv. Mehr als 80 % der Befragten schätzen sie als (eher) hoch ein. Den meisten Einzelitems wird von mindestens drei Vierteln der Befragten zugestimmt, einzig gegenseitige Besuche in der Nachbarschaft werden deutlich seltener bejaht, nämlich nur von knapp der Hälfte der Befragten. Besonders stark hängt die wahrgenommene Nachbarschaftsintensität mit der Größe des Wohnortes und der Wohndauer zusammen: In kleineren Orten und bei längerer Wohndauer wird sie deutlich höher eingeschätzt. Auch höheres Alter und Kinder im Haushalt gehen mit einer höheren wahrgenommenen Nachbarschaftsintensität einher. Männer bewerten sie etwas häufiger als gering als Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund deutlich häufiger als Menschen ohne Migrationshintergrund (Kapitel 4.1.3).
- Im Vergleich zur vorherigen Erhebung hat sich das raumbezogene Unsicherheitsgefühl insgesamt verstärkt. Weiterhin ist es nachts deutlich höher als tagsüber. Am sichersten fühlen sich die Befragten in der eigenen Wohnung und in der Nachbarschaft, während die Unsicherheit außerhalb der Nachbarschaft sowie im Kontext des öffentlichen Personennahverkehrs am größten ist. Besonders junge Menschen und Frauen weisen häufiger ein erhöhtes Unsicherheitsgefühl auf. Zudem berichten politisch (eher) rechts eingeordnete Personen deutlich höhere Unsicherheitswerte. Darüber hinaus finden sich auch Zusammenhänge mit der Mediennutzung: Die häufige Nutzung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens, von Zeitungen, Nachrichtenwebsites beziehungsweise -apps und YouTube geht eher mit geringerer Unsicherheit einher, während Privatfernsehen und

Instagram eher mit höherer Unsicherheit im öffentlichen Raum assoziiert sind (Kapitel 4.2.1).

- Die affektive Kriminalitätsfurcht der Niedersächssinnen und Niedersachsen insgesamt ist weiterhin eher gering ausgeprägt. Bei allen abgefragten Delikten geben jeweils weniger als 15 % der Befragten an, „häufig“ oder „immer“ eine Opferwerdung zu befürchten. Am stärksten ausgeprägt ist die Furcht vor Betrug, Diebstahl, Einbruch und Sachbeschädigung; deutlich geringer ist sie bei Körperverletzung, Raub, sexueller Belästigung und Hasskriminalität. Allerdings setzt sich im Zeitvergleich der bereits 2023 beobachtete Anstieg der allgemeinen Kriminalitätsfurcht fort. Beispielsweise ist die Furcht vor Betrug sowie vor Hasskriminalität gegen die eigene Person oder das soziale Umfeld gegenüber 2023 gestiegen und erreicht 2025 die bislang höchsten Werte. Frauen, jüngere Personen und Menschen in Großstädten berichten häufiger eine höhere Kriminalitätsfurcht; bei Personen mit Migrationshintergrund zeigt sich dies insbesondere mit Blick auf Hasskriminalität. Zudem hängt eine häufigere Nutzung sozialer und digitaler Medien teilweise mit höherer Kriminalitätsfurcht zusammen (Kapitel 4.2.2).
- Auch die persönliche Risikoeinschätzung der Niedersächssinnen und Niedersachsen fällt 2025 überwiegend gering aus. Die große Mehrheit der Befragten schätzt das Risiko, in den nächsten zwölf Monaten Opfer einer Straftat zu werden, als (eher) gering ein. Wie schon bei der affektiven Kriminalitätsfurcht werden Eigentums- und Betrugsdelikte als wahrscheinlicher eingeschätzt als Delikte gegen die Person. Am höchsten ist die wahrgenommene Wahrscheinlichkeit bei Sachbeschädigung, Betrug, Diebstahl und Einbruch, deutlich geringer bei Körperverletzung, Raub, sexueller Belästigung und Hasskriminalität. Aber auch das persönliche Opferwerdungsrisiko wird insgesamt 2025 signifikant höher eingeschätzt als noch 2023. Frauen, jüngere Personen, Menschen in größeren Städten und sich politisch eher rechts verortende Befragte schätzen ihr Risiko häufiger als hoch ein; zugleich zeigen sich auch hier Zusammenhänge mit der Mediennutzung (Kapitel 4.2.3).
- Beim Schutz- und Vermeidungsverhalten ist für das Jahr 2025 ein weiterer Anstieg zu beobachten; beim Vermeidungsverhalten wird sogar der höchste Stand seit Beginn der Erhebung im Jahr 2013 erreicht. Am häufigsten werden nächtliche Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln, bestimmte Straßen, Plätze oder Parks sowie Begegnungen mit Fremden im Dunkeln vermieden. Frauen, ältere Personen, Menschen mit Migrationshintergrund, Befragte aus mittelgroßen und großen Wohnorten sowie politisch eher rechts eingestellte Personen berichten häufiger ein ausgeprägtes Vermeidungsverhalten. Schutzverhalten richtet sich vor allem auf die Sicherung der eigenen Wohnung. Das Mitführen von Messern oder anderen Gegenständen zur Verteidigung bleibt weiterhin selten, kommt jedoch häufiger bei Männern, jüngeren Erwachsenen und sich selbst als politisch eher rechts einordnenden Personen vor. Frauen tragen hingegen häufiger andere Gegenstände zur Verteidigung bei sich und zeigen mehr Schutzverhalten bezogen auf die eigene Wohnung. Ebenfalls ein erhöhtes Schutzverhalten in Bezug auf den Wohnraum zeigen ältere Personen und Personen, die politisch eher rechts eingestellt sind. Personen mit Migrationshintergrund berichten hingegen ein geringes Schutzverhalten bezüglich der eigenen Wohnung (Kapitel 4.2.4).
- Die erstmalig erhobene Einschätzung der subjektiven Fähigkeit zur Vermeidung von Angriffen fällt insgesamt eher gering aus. Für alle abgefragten Verteidigungsweisen geben jeweils mehr Befragte an, es für („eher) unwahrscheinlich“ zu halten, sich auf diese Weise erfolgreich gegen einen plötzlichen Angriff schützen zu können. Am ehesten trauen sich die Befragten noch zu, durch Weglaufen einen Angriff zu vermeiden. Am seltensten wird

angenommen, sich erfolgreich körperlich verteidigen zu können. Männer, jüngere bzw. mittelalte Personen, Menschen mit Migrationshintergrund sowie sich politisch eher rechts einordnende Befragte schätzen ihre Verteidigungsfähigkeit in mehreren Bereichen höher ein als andere Gruppen. Zudem zeigen sich Zusammenhänge mit der Mediennutzung, wobei diese zumindest teilweise durch andere Faktoren wie das Alter beeinflusst sein dürften (Kapitel 4.2.5).

- Ebenfalls erstmals erfasst wurde die soziale Kriminalitätsfurcht. Diese ist deutlich ausgeprägt. Eine klare Mehrheit der Befragten bewertet Kriminalität in Niedersachsen als ernstzunehmendes Problem, und fast drei Viertel sind der Ansicht, dass sich die Kriminalitätslage in den vergangenen Jahren verschlechtert hat. Frauen, Personen ohne Migrationshintergrund sowie politisch eher rechts stehende Befragte stimmen beiden Aussagen jeweils häufiger zu. Menschen aus Großstädten sehen Kriminalität dagegen etwas seltener als Problem und nehmen auch seltener eine Verschlechterung der Lage wahr. Zudem zeigen sich auch bei der sozialen Kriminalitätsfurcht Zusammenhänge mit der Mediennutzung, insbesondere bei der häufigen Nutzung von öffentlich-rechtlichem und Privatfernsehen, Radio sowie Instagram (Kapitel 4.2.6).

- Mit 36,3 % ist die Opferwerdungsquote in Niedersachsen im Referenzzeitraum 2024 erneut angestiegen und erreicht den bislang höchsten Wert seit Beginn der Befragung. Mehr als ein Drittel der Befragten wurde damit im Vorjahr Opfer mindestens einer Straftat. Unter den Betroffenen berichten zudem 61,8 % von Mehrfachviktimsierungen, was ebenfalls einen Höchststand darstellt.

Wie bereits in den vorherigen Befragungen sind jüngere Menschen, Männer, Personen mit Migrationshintergrund sowie Bewohnerinnen und Bewohner größerer Städte häufiger von Straftaten betroffen. Besonders hoch ist die Opferwerdungsquote bei den unter 35-Jährigen, bei Menschen mit diversem oder nicht angegebenem Geschlecht sowie in Großstädten. Auch Mehrfachviktimsierungen treten bei jüngeren Personen, Menschen mit Migrationshintergrund und in größeren Wohnorten häufiger auf. Unter den Deliktgruppen bleibt computerbezogene Kriminalität weiterhin am weitesten verbreitet, gefolgt von Diebstahl, Sachbeschädigung und Social-Media-Delikten. Sexualdelikte, Drohungen, Hasskriminalität und Raub erreichen für den Referenzzeitraum 2024 jeweils die höchsten bislang gemessenen Werte, während sich bei Diebstahl, computerbezogener Kriminalität, Betrug, Körperverletzung und Sachbeschädigung gegenüber dem Referenzzeitraum 2022 keine signifikanten Veränderungen zeigen. Die Betroffenheit durch Sexualdelikte, Hasskriminalität und Social-Media-Delikte setzt damit ihren bereits zuvor erkennbaren Anstieg fort.

Bei den Einzeldelikten bleibt der Missbrauch persönlicher Daten das häufigste computerbezogene Delikt, bei den Diebstahlsdelikten ist es weiterhin der Fahrraddiebstahl. Bei Körperverletzungen dominieren leichte Formen ohne Waffe, bei Sexualdelikten die sexuelle Bedrängung und bei Social-Media-Delikten die Beleidigung im Internet. Signifikante Veränderungen zeigen sich auf Ebene der Einzeldelikte nur vereinzelt, etwa beim Rückgang vollendeter Wohnungseinbrüche sowie beim Anstieg von Internetbetrug und Bedrohungen im Internet gegen die eigene Person (Kapitel 4.3.1).

- Für den Referenzzeitraum 2024 ist die Anzeigebereitschaft der Niedersächsinen und Niedersachsen erneut gesunken und liegt mit 22,0 % auf dem bislang niedrigsten bzw. gemeinsam niedrigsten Stand seit Beginn der Erhebung. Damit wird nur etwa jede fünfte Opferwerdung bei der Polizei angezeigt. Besonders auffällig ist, dass mehrfach viktimsierte Personen deutlich seltener Anzeige erstatten als Personen, die nur von einer einzelnen Straftat betroffen sind. Zudem steigt die Anzeigebereitschaft mit dem Alter,

während sich nach Geschlecht, Migrationshintergrund und Wohnortgröße keine signifikanten Unterschiede zeigen.

Deutliche Unterschiede bestehen weiterhin zwischen den Deliktgruppen. Am häufigsten werden Diebstahlsdelikte angezeigt, während die Anzeigequoten bei computerbezogener Kriminalität, Sachbeschädigung und Körperverletzung deutlich niedriger ausfallen. Besonders selten werden Drohungen, Sexualdelikte, Hasskriminalität und Social-Media-Delikte bei der Polizei gemeldet. Im Zeitvergleich zeigen sich bei den meisten Deliktgruppen keine signifikanten Veränderungen; deskriptiv ist jedoch bei mehreren Bereichen ein rückläufiger Trend erkennbar.

Auf Ebene der Einzeldelikte werden insbesondere schwerwiegende oder versicherungsrelevante Delikte vergleichsweise häufig angezeigt. Sehr hohe Anzeigequoten finden sich etwa bei Kfz-Diebstahl, Wohnungseinbruch und Kfz-Aufbruch. Auch bei Körperverletzungen steigt die Anzeigebereitschaft mit der Schwere des Delikts deutlich an, während Gewalt in (Ex-)Partnerschaften nur sehr selten angezeigt wird. Bei Sexualdelikten bleiben die Anzeigequoten insgesamt sehr niedrig, wobei sexueller Missbrauch noch am ehesten angezeigt wird. Sehr gering bleibt die Anzeigebereitschaft insgesamt auch bei Social-Media-Delikten. Eine Ausnahme bildet allein die Bedrohung von Personen aus dem sozialen Umfeld im Internet, für die gegenüber 2022 ein signifikanter Anstieg der Anzeigequote festgestellt wird (Kapitel 4.3.2).

- Über mehrere vorgegebene Antwortoptionen wurden die Gründe für eine Nichtanzeige erfasst. Am häufigsten wurde auf eine Anzeige verzichtet, weil die Tat als nicht schwerwiegend genug eingeschätzt wurde, eine Aufklärung durch die Polizei als unwahrscheinlich erschien oder nicht genügend Beweise vorlagen. Ebenfalls häufiger genannt wurden der Wunsch nach Ruhe, die Sorge, nicht ernstgenommen zu werden, sowie der Aufwand einer Anzeige. Dabei unterscheiden sich die genannten Gründe auch nach soziodemographischen Merkmalen. Frauen nennen häufiger fehlende Beweise, Angst vor dem Täter und die Befürchtung, von der Polizei nicht ernstgenommen zu werden, während Männer öfter angeben, die Tat sei nicht schwerwiegend gewesen, nicht auflösbar oder von ihnen selbst geregelt worden. Personen mit Migrationshintergrund berichten zudem häufiger fehlendes Wissen über die Strafbarkeit einer Tat sowie negative Erwartungen gegenüber der Polizei; in Großstädten werden geringe Erfolgsaussichten, fehlende Beweise und der Aufwand einer Anzeige häufiger als Gründe genannt (Kapitel 4.3.3.1).
- Am deutlichsten zeigen sich die Folgen einer Opferwerdung in emotionalen bzw. psychischen Belastungen, die wesentlich häufiger berichtet werden als finanzielle oder körperliche Folgen. Frauen und Personen mit Migrationshintergrund geben dabei höhere Belastungen an. Finanzielle Belastungen werden häufiger von älteren Personen berichtet. Unterstützung wird insgesamt eher selten in Anspruch genommen, am häufigsten noch aus dem privaten Umfeld oder in professioneller Form über die Polizei. Frauen suchen nach einer Viktimisierung häufiger Hilfe als Männer, jüngere Personen eher private und ältere eher professionelle Unterstützung. Zugleich geht eine Opferwerdung deutlich mit höherer Kriminalitätsfurcht einher, wobei sich dieser Zusammenhang bei Mehrfachviktimisierungen nochmals verstärkt. Auch Schutz- und insbesondere Vermeidungsverhalten werden von Opfern häufiger berichtet als von Nicht-Opfern (Kapitel 4.3.3.3).
- Weiterhin wird die allgemeine Polizeiarbeit in Niedersachsen überwiegend positiv bewertet. Die große Mehrheit der Befragten beurteilt die Arbeit der Polizei insgesamt als (eher) gut; besonders positiv fallen die Einschätzungen zur tatsächlichen Hilfe für Opfer,

zur Gewaltanwendung nur bei rechtlicher Rechtfertigung sowie zur Verbrechensbekämpfung aus. Weniger günstig wird die Polizei bei Fragen der Gleichbehandlung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen bewertet. Hier zeigt sich im Zeitvergleich ein leichter Trend dahingehend, dass das Vertrauen der Bevölkerung des Landes Niedersachsen in die Gleichbehandlung aller Personengruppen durch die Polizei abgenommen hat. Positiver fällt die Bewertung vor allem bei älteren Personen, Menschen ohne Migrationshintergrund, Bewohnerinnen und Bewohnern kleinerer Wohnorte sowie politisch in der Mitte verorteten Befragten aus. Negativer bewerten hingegen jüngere Personen, Menschen mit Migrationshintergrund, Großstädterinnen und Großstädter sowie Opfer von Straftaten die Polizeiarbeit. Zusätzlich findet sich auch hier ein Einfluss der Mediennutzung auf die Bewertung. Während die häufige Nutzung klassischer Medien (Fernsehen, Radio und Printmedien) mit einer positiveren Bewertung der allgemeinen Polizeiarbeit assoziiert ist, steht eine häufige Nutzung sozialer Online-Medien (Instagram, YouTube) mit einer negativeren Beurteilung der Polizeiarbeit in Verbindung (Kapitel 4.4.1).

- Ein ausgesprochen positives Bild der Polizei berichten weiterhin die meisten befragten Personen. Besonders günstig werden das gepflegte Erscheinungsbild sowie Bürgerfreundlichkeit, Höflichkeit, Vertrauenswürdigkeit, Professionalität, Ansprechbarkeit und Fachkundigkeit bewertet. Etwas zurückhaltender fallen die Einschätzungen zu Engagement und Empathie aus. Im Zeitvergleich zeigt sich insgesamt eine leichte Verbesserung, wobei insbesondere Bürgerfreundlichkeit, Höflichkeit, Engagement und Empathie signifikant positiver bewertet werden als noch 2023. Frauen, ältere Personen, Menschen ohne Migrationshintergrund, Befragte aus kleineren Wohnorten sowie sich politisch in der Mitte verortende Personen bewerten die Eigenschaften der Polizei insgesamt positiver. Zudem fällt das Bild der Polizei bei Personen ohne Viktimisierungserfahrung deutlich günstiger aus als bei Befragten, die 2024 mindestens einmal Opfer einer Straftat wurden. Schließlich findet sich auch ein Einfluss der Mediennutzung auf das Bild der Polizei. Personen, die häufig die klassischen Medien nutzen, berichten ein positiveres Bild der Polizei, während häufige Nutzer von sozialen Online-Medien ein vergleichsweise negativeres Bild der Polizei berichten (Kapitel 4.4.2).
- Sehr hoch ausgeprägt ist auch im Jahr 2025 das Vertrauen in Polizei und Rechtsstaat bei den Menschen in Niedersachsen. Die große Mehrheit der Befragten gibt an, ein (eher) hohes Vertrauen in die Polizei zu haben; besonders hoch ist das Vertrauen in die Gesetzestreue der Polizei und in eine gerechte Behandlung, etwas geringer fällt es hinsichtlich der Nützlichkeit polizeilicher Hilfe und der Verlässlichkeit des Rechtsstaats aus. Im Zeitvergleich ist das Vertrauen in die Polizei leicht gestiegen, insbesondere mit Blick auf die Einschätzung, dass es sinnvoll ist, sich an die Polizei zu wenden, sowie auf die Erwartung einer gerechten Behandlung. Höheres Vertrauen zeigen vor allem ältere Personen, Menschen ohne Migrationshintergrund, Befragte aus kleineren Wohnorten sowie politisch in der Mitte verortete Personen, während Opfer von Straftaten, jüngere Personen und politisch eher rechts stehende Befragte Polizei und Rechtsstaat deutlich kritischer bewerten. Auch Personen, die häufig soziale Online-Medien nutzen, berichten ein geringeres Vertrauen in Polizei und Rechtsstaat, wohingegen Personen, die häufig klassische Medienangebote nutzen, ein stärkeres Vertrauen berichten (Kapitel 4.4.3).
- Knapp ein Drittel der befragten Menschen in Niedersachsen hatte im Referenzzeitraum 2024 Kontakt mit der Polizei. Dabei haben Männer, jüngere bis mittelalte Personen und Menschen, die in Großstädten leben, sowie politisch eher links oder rechts stehende Befragte häufiger Polizeikontakt als andere. Am häufigsten erfolgt der Kontakt persönlich. Wichtigster Anlass ist weiterhin die Anzeige einer Straftat, daneben spielen berufliche

Kontakte, das Weitergeben von Informationen, Verkehrskontrollen und Verkehrsunfälle eine größere Rolle. Die Zufriedenheit mit dem letzten Polizeikontakt fällt überwiegend positiv aus und ist gegenüber der letzten Erhebung leicht gestiegen, insbesondere im Anteil sehr zufriedener Personen. Besonders zufrieden sind ältere Befragte, während politisch eher rechts stehende Personen den Kontakt etwas kritischer bewerten. Auch das konkrete Verhalten der Polizei beim letzten Kontakt wird mehrheitlich positiv beurteilt, vor allem hinsichtlich Verständlichkeit, Freundlichkeit, Hilfsbereitschaft, Kompetenz und Erreichbarkeit, während die Information über weitere Hilfsangebote und das Auf-dem-Laufenden-Halten vergleichsweise zurückhaltender bewertet werden (Kapitel 4.4.4).

6 Literaturverzeichnis

- Balschmiter, P. (2017): Erste Untersuchung zum Dunkelfeld der Kriminalität in Mecklenburg-Vorpommern – Befragung zu Sicherheit und Kriminalität 2015 in Mecklenburg-Vorpommern, Güstrow.
- Balschmiter, P. (2018): Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Mecklenburg-Vorpommern – Abschlussbericht zur zweiten Befragung 2018, Güstrow.
- Birkel, C. et al. (2014): Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2012 – Erste Ergebnisse zu Opfererfahrungen, Einstellungen gegenüber der Polizei und Kriminalitätsfurcht, Freiburg im Breisgau.
- Birkel, C. et al. (2019): Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2017 – Opfererfahrungen, kriminalitätsbezogene Einstellungen sowie die Wahrnehmung von Unsicherheit und Kriminalität in Deutschland, Wiesbaden.
- Birkel, C. et al. (2020): Sicherheit und Kriminalität in Deutschland – SKiD 2020 – Bundesweite Kernbefunde des Viktimisierungssurveys des Bundeskriminalamts und der Polizeien der Länder, Wiesbaden.
- Bosold, V. et al. (2024): Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen 2023 – Bericht zu Kernbefunden der Studie, Hannover.
- Bundeskriminalamt (2022): Sicherheit und Kriminalität in Deutschland, unter URL: https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Forschung/ForschungsprojekteUndErgebnisse/Dunkelfeldforschung/SKiD/skid_node.html;jsessionid=1274A61CE98A106127E8CFFF63560CCF.live602 (Stand: 25.04.2026).
- Corrieri, S. (2023): Kriminalsoziologie, Paderborn.
- Cruz, B. et al. (2023): Gender Perspective of Victimization – Crime and Penal Policy, in: Vujadinović, Dragica et al. (Hrsg.): Gender-Competent Legal Education, Wiesbaden, S. 467–502.
- Dölling, D. et al. (2022): Kriminologie, Heidelberg.
- Echterhoff, G. (2023): Quantitative Erhebungsmethoden, in: Schreier, M. et al. (Hrsg.): Forschungsmethoden in Psychologie und Sozialwissenschaften für Bachelor, Heidelberg, S. 61–126.
- Farrall, S. et al. (2009): Social Order and the Fear of Crime in contemporary Times, Oxford.
- Feldmann-Hahn, F. (2011): Opferbefragungen in Deutschland – Bestandsaufnahme und Bewertung, Bochum.
- Gabriel, U. / Greve, W. (2003): The Psychology of Fear of Crime – Conceptual and methodological Perspectives, in: British Journal of Criminology, Heft 3, S. 600–614.
- Glas, I. (2021): Crime is down and so is Fear? Analyzing Resident Perceptions of Neighborhood Unsafety in Rotterdam, the Netherlands, in: European Journal on Criminal Policy and Research, Heft 1, S. 27–49.
- Häder, M. (2019): Empirische Sozialforschung – Eine Einführung, 4. Auflage, Wiesbaden.
- Hahne, M. et al. (2020): (Un-)Sicherheitsgefühle und subjektive Sicherheit im urbanen Raum, Berlin.

- Haverkamp, R. (2019): Ein Überblick zur Dunkelfeldforschung in Deutschland – Begriff, Methoden und Entwicklung, in: *SIAK-Journal – Zeitschrift für Politikwissenschaft und polizeiliche Praxis*, Heft 2, S. 15–30.
- Heimann, D. (2020): Statistische Betrachtungen, in: Heimann, R. / Fritzsche, J. (Hrsg.): *Gewaltprävention in Erziehung, Schule und Verein*, Wiesbaden, S. 21–34.
- Hochstätter, U. (2023): *Die Fragen der Opfer im Strafprozess – Bedürfnisse und Erwartungen im Kontext der strafverfahrensrechtlichen Bewältigung*, Wiesbaden.
- Horten, B. / Gräber, M. (2019): Kriminologischer Beitrag – Ergebnisse des Deutschen Viktimisierungssurveys 2017, in: *Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie*, Heft 13, S. 297–300.
- Hough, M. / Mayhew, P. (1983): *The British Crime Survey – First Report*, London.
- Jackson, J. et al. (2012). Why do People comply with the Law? Legitimacy and the Influence of legal Institutions, in: *British Journal of Criminology*, Heft 6, S. 1051–1071.
- Jackson, J. et al. (2013). *Policing the Neighbourhood – Developing a European Measure of Police Legitimacy*, London.
- Janssen, H. J. et al. (2020): Victimization and Its Consequences for Well-Being – A Between- and Within-Person Analysis, in: *Journal of Quantitative Criminology*, Heft 1, S. 101–140.
- Koning, L. et al. (2025): Reporting Fraud Victimization to the Police: Factors that affect whether Victims report, in: *Psychology, Crime & Law*, Heft 1, S. 1–29.
- Landesamt für Statistik Niedersachsen (o.J.): Ergebnisse des Zensus 2022, unter URL: <https://www.statistik.niedersachsen.de/zensus2022/ergebnisse-des-zensus-2022-233166.html#Migration> (Stand: 24.9.2026).
- Landeskriminalamt Niedersachsen (2015): *Sicherheit im Wohnumfeld – Gegenüberstellung von Angsträumen und Gefahrenorten*, Hannover.
- Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (2019a): *Kriminalitätsmonitor NRW*, unter URL: <https://lka.polizei.nrw/artikel/kriminalitaetsmonitor-nrw> (Stand: 27.3.2026).
- Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (2019b): *Sicherheit und Gewalt in Nordrhein-Westfalen*, Düsseldorf.
- Lanfear, C. C. (2022): Collective Efficacy and the built Environment, in: *Criminology*, Heft 2, S. 370–396.
- Liebl, K. (2019): *Dunkelfeldstudien im Vergleich – Bewertung der Aussagekraft von Untersuchungen zur Kriminalitätsbelastung*, Wiesbaden.
- Loader, I. / Mulcahy, A. (2003). *Policing and the Condition of England – Memory, Politics and Culture*. Oxford.
- Miko-Schefzig, K. (2019): *Subjektive Sicherheit in Situation, Organisation und Diskurs – Zur wissenssoziologischen Analyse sozialer Situationen im öffentlichen Raum*, Wiesbaden.
- Möhring, W. / Schlütz, D. (2019): *Die Befragung in der Medien- und Kommunikationswissenschaft – Studienbücher zur Kommunikations- und Medienwissenschaft*, Wiesbaden.
- Morgan, R. E. / Truman, J. L. (2021): *Criminal Victimization 2020*, Washington.

- Noack, M. (2015): Methodische Probleme bei der Messung von Kriminalitätsfurcht und Viktimisierungserfahrungen, Wiesbaden.
- Prätor, S. (2015): Ziele und Methoden der Dunkelfeldforschung – Ein Überblick mit Schwerpunkt auf Dunkelfeldbefragungen im Bereich Jugenddelinquenz, in: Eifler, S. / Pollich, D. (Hrsg.): Empirische Forschung über Kriminalität – Methodologische und methodische Grundlagen, Wiesbaden, S. 31–66.
- Reinecke, J. (2019): Grundlagen der standardisierten Befragung, in: Baur, N. / Blasius, J. (Hrsg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, Wiesbaden, S. 717–734.
- Reuband, K.-H. (2019): Schriftlich-postalische Befragung, in: Baur, N. / Blasius, J. (Hrsg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, Wiesbaden, S. 769–786.
- Schwind, H.-D. et al. (1975): Dunkelfeldforschung in Göttingen 1973 / 74, Wiesbaden.
- Shaw, C. / McKay, H. (1969): Juvenile Delinquency in urban Areas – A study of Rates of Delinquency in Relation to differential Characteristics of local Communities, Chicago.
- Starcke, J. (2019): Nachbarschaft und Kriminalitätsfurcht – Eine empirische Untersuchung zum Collective-Efficacy-Ansatz im Städtevergleich, Wiesbaden.
- Stephan, E. (1976): Die Stuttgarter Opferbefragung. Eine kriminologisch-viktimologische Analyse zur Erforschung des Dunkelfelds unter besonderer Berücksichtigung der Einstellung der Bevölkerung zur Kriminalität, Wiesbaden.
- Sunshine, J., & Tyler, T. R. (2003). The Role of procedural Justice and Legitimacy in Shaping public Support for Policing, in: Law and Society Review, Heft 3, S. 513–548.
- Tyler, T. R. (2006). Why People obey the Law, Princeton.
- Van Dijk, J. J. M. et al. (1990): Experiences of Crime across the World – Key Findings from the 1989 International Crime Survey, Deventer.
- Van Dijk, J. J. M. et al. (2008): Criminal Victimization in International Perspective – Key Findings from the 2004–2005 ICVS and EU ICS, Den Haag.
- Verneuer, L. M. (2020): Selbstbericht und Vignette als Instrumente zur empirischen Abbildung von Gewalt als Sanktionshandlung, in: Krumpal, I. / Berger, R. (Hrsg.): Devianz und Subkulturen – Theorien, Methoden und empirische Befunde, Wiesbaden, S. 241–278.
- Viberg, J. (2021): Swedish Crime Survey 2021, Stockholm.
- Weitzer, R., / Tuch, S. A. (2006). Race and Policing in America – Conflict and Reform, Cambridge.
- Wickert, C. (2018): Kriminalitätsfurcht, unter URL: https://soztheo.de/kriminologie/kriminalitaetsfurcht/#zusammenhang_der_ebenen_und_relevanz_der_begriffe_brennpunkt_und_angsttraum (Stand: 1.8.2026).
- Wilson, J. Q. / Kelling, G. L. (1982): Broken Windows – The Police and Neighborhood Safety, in: The Atlantic Monthly, Heft 3, S. 29–38.